

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

FEBRUAR 1949

Inhalt:	Seite
Die Wirtschaftslage des westdeutschen Währungsgebietes im Januar 1949	1
Die Entwicklung der Bankenliquidität seit der Währungsreform	14
Der organisatorische Aufbau des Zentralbanksystems	21
Die bankstatistischen Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	25
Statistischer Teil	27

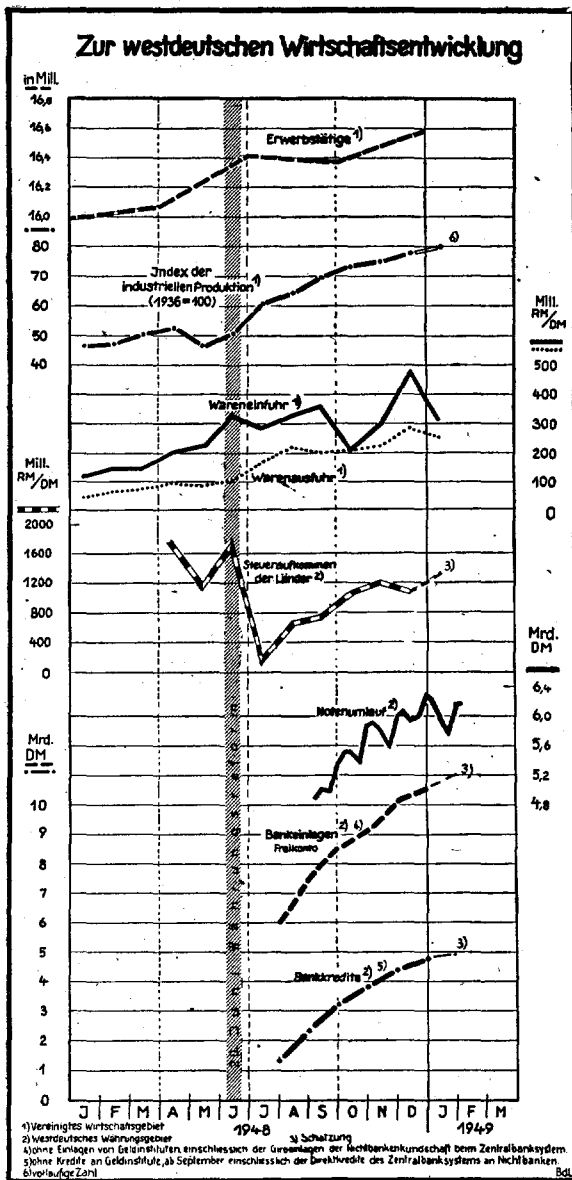
Die Wirtschaftslage des westdeutschen Währungsgebietes im Januar 1949

1. Geld und Kredit

Kreditgewährung

In den ersten drei Januar-Wochen ist im Gegensatz zu der Entwicklung in allen anderen Monaten seit der Währungsreform ein nahezu völliger Stillstand in der Ausweitung der Bankkredite eingetreten. Allerdings sind die ersten Januar-Wochen ebenso wie die letzte Dezember-Woche — in der dieses Mal zumindest bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten sogar ein leichter Rückgang der kurzfristigen Kredite an die Nichtbankenkundschaft eingetreten war — seit jeher geschäftstill gewesen, so daß die eingetretene Beruhigung der Kreditausweitung durchaus vorübergehender Natur sein kann. In der Tat hat sich in der 4. Januar-Woche diese im Hinblick auf die Preissituation durchaus notwendige Einschränkung der Kreditgewährung nicht fort-

gesetzt. Jedenfalls nahmen bei den 112 wöchentlich berichtenden Banken, unter denen sich die Hauptstellen der meisten größeren Kreditbanken befinden, die an die Kundschaft (ohne Banken) gewährten kurzfristigen Kredite erneut um 40 Mill. DM zu. Zusammen mit dem Zuwachs der ersten drei Januar-Wochen, der 20 Mill. DM betrug, ist demnach bei diesem repräsentativen Kreis von Geldinstituten im Januar eine Gesamtzunahme der Kredite von 60 Mill. DM eingetreten. Die Kreditausweitung kam dabei wiederum fast ausschließlich der Wirtschaft zugute, nur 8 Mill. DM wurden an die öffentliche Hand gewährt. Bemerkenswert ist, daß die Kreditzunahme vor allem auf Kontokorrentkredite (+ 78 Mill. DM) entfällt, während die Wechselkredite (Wechselbestand der Geldinstitute plus weiterbegebene Wechsel) nicht unbeträchtlich abnahmen (— 39 Mill. DM).



Zahlen über die Gesamtentwicklung der Bankkredite an die Nichtbankenkundschaft im Monat Januar liegen im Augenblick der Drucklegung dieses Berichts noch nicht vor. Das vermutliche Gesamtwachstum kann jedoch ziemlich zuverlässig geschätzt werden, wenn die bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten eingetretene Kreditausweitung entsprechend dem Anteil, den die Kredite dieser Gruppe Ende Dezember an der Gesamtsumme aller Bankkredite hatten, auf die Gesamtheit umgerechnet und sonstige, zur Beurteilung der Entwicklung wesentliche Informationen berücksichtigt werden. Für den Monat Januar wäre

danach mit einer Gesamtzunahme der Bankkredite an Wirtschaft und Private um vielleicht 230 Mill. DM zu rechnen, während die Kredite an die öffentliche Hand um etwa 30 Mill. DM abgenommen haben dürften.

Im Zentralbanksystem ist demgegenüber die Kreditgewährung an die Nichtbankenkundschaft im Januar rückläufig gewesen. Die Kassenvorschüsse an die öffentliche Hand, deren in den einzelnen Landeszentralbank-Gesetzen und dem Gesetz über die Errichtung der Bank deutscher Länder festgelegten Höchstbeträge bisher nur in wenigen Ländern erreicht wurden, gingen um 31 Mill. DM auf 68 Mill. DM zurück; lediglich der Bestand an Schatzwechseln der Länder nahm ganz geringfügig (um 0,6 Mill. DM) auf 1,1 Mill. DM zu. Die direkten Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private, die nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone — entsprechend den gesetzlichen Vorschriften für die frühere Reichsbank — noch gewährt werden dürfen, sanken ebenfalls um 7 Mill. auf 18 Mill. DM. Insgesamt belief sich somit Ende Januar der an Nichtbanken gewährte Zentralbankkredit auf 87 Mill. DM gegenüber 124 Mill. DM einen Monat zuvor.

Die Geldbewegungen zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts, die sämtlich über die Bank deutscher Länder laufen, sowie die über die Außenhandelskonten gebuchten sonstigen Zahlungen haben im Januar ebenfalls nicht geldschöpfend gewirkt. Im Gegenteil wurde infolge höherer Einzahlungen der Importeure eine, wenn auch nur ganz geringe, kontraktive Wirkung erzielt, indem der Aktivsaldo der zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts geführten Konten nach einem Anstieg bis auf 226 Mill. DM am 23. Januar bis zum Monatsende auf 155 Mill. DM zurückging und damit dem Stand von Ende Dezember um 13 Mill. DM unterschritt.

Die gesamte Kreditschöpfung (Bankkredite, Direktkredite des Zentralbanksystems an die Nichtbankenkundschaft, Geldbewegungen über die Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der Bank deutscher Länder) wäre somit für den Monat Januar auf

Kreditgewährung von 112 Geldinstituten im Januar 1949
(in Mill. DM)

Stand am	insgesamt	d a v o n					
		an Wirtschaftsunternehmen und Private				an öffentliche Hand	an Geldinstitute
		insgesamt	d a v o n				
			Kontokorrent- und Akzept- Kredite	Wechselobligo der Kundschaft	sonstige kurzfristige Kredite		
31. 12. 1948	2592	1788	967	805	16	30	774
7. 1. 1949	2573	1792	968	807	17	32	749
15. 1. 1949	2563	1801	994	785	22	31	731
23. 1. 1949	2561	1806	1017	764	26	33	723
31. 1. 1949	2608	1839	1044	766	29	39	730
Veränderung im Januar 1949	+ 16	+ 51	+ 77	- 39	+ 13	+ 9	- 44
Anteil an der monatlichen Bankenstatistik (Gesamterhebung) in v. H.							
31. 12. 1948	44,8	40,7	40,0	42,6	20,3	10,5	70,4

netto etwa 150 Mill. DM gegenüber 375 Mill. im Dezember und 685 Mill. im November zu veranschlagen. Damit hätte die Kreditschöpfung des Bankenapparates insgesamt — einschließlich der Finanzierung des Auslandsgeschäfts und eines geschätzten Betrages für die Kredite der statistisch nicht erfaßten Geldinstitute — am 31. Januar 1949 die Summe von fast 5200 Mill. DM erreicht.

Liquidität der Banken

Zweifellos von Einfluß auf die Neigung der Geschäftsbanken zu erhöhter Kreditgewährung war neben der regen Kreditnachfrage die günstige Entwicklung der Liquidität. Infolge des sich in den ersten drei Wochen des Jahres außerordentlich rasch rückbildenden Notenumlaufs — bis 23. 1. flossen nicht weniger als 490 Mill. DM Noten aus dem Verkehr in die Kassen der Banken — wurden die Geldinstitute in den Stand gesetzt, ihre angekauften Wechsel zeitweise überwiegend ins eigene Portefeuille zu nehmen und so ihre Engagements beim Zentralbanksystem allmählich zu vermindern. Erst in der 4. Januar-Woche wurden die Geldinstitute wieder mehr angespannt, da der Notenumlauf sprunghaft um 337 Mill. DM zunahm; er lag zum Monatsende nur noch 152 Mill. DM oder 2 v. H. unter dem bisherigen Höchststand, der am Jahresultimo mit 6 319 Mill. DM erreicht wurde.

Die Liquiditätsentwicklung wird im einzelnen durch die Tatsache beleuchtet, daß die 112 wöchentlich berichtenden Geldinstitute in der ersten Woche des Monats Januar nur 39 Mill. DM, in der dritten Woche nur 60 Mill. DM zum Rediskont weitergegeben haben. Im Durchschnitt aller Wochen des Monats Januar wurde — weil insgesamt im Januar weniger Wechsel angekauft wurden als im Dezember (nur 168 Mill. DM gegenüber 217 Mill. DM jeweils im Wochendurchschnitt) — zwar mit 79 Mill. DM der gleiche Vom-Hundert-Satz wie im Dezember mit 102 Mill. DM zum Rediskont weitergegeben; bezogen auf die Gesamtheit der von den 112 Banken gewährten Kredite (einschl. Kredite an Geldinstitute) sank indessen die Summe der Rediskontierungen von 5% im Wochendurchschnitt November über 4% im Wochendurchschnitt Dezember auf 3% im Wochendurchschnitt Januar. Hierin kommt der steigende Anteil der Kontokorrentkredite an der Kreditexpansion zum Ausdruck. Die Gesamtbeanspruchung des Zentralbankkredits durch die Geldinstitute ging als Resultat dieser Entwicklung im Monat Januar um 10 v. H. zurück und betrug am Monatsende noch 1499 Mill. DM, darunter 1297 Mill. DM auf Wechselbasis.

Die Entwicklung der kurzfristigen Kredite an Geldinstitute bei den 112 wöchentlich berichtenden Banken scheint ebenfalls eine ge-

wisse Verflüssigung des Bankenapparates anzudeuten. Jedenfalls gingen diese Kredite im Januar um 44 Mill. DM auf 730 Mill. DM zurück. Zwar spiegelt sich dieser Rückgang nicht auch in einem Rückgang der statistisch ausgewiesenen Gesamtsumme der Nostroverpflichtungen des gleichen Kreises von Geldinstituten — diese stiegen vielmehr sogar um 50 Mill. DM auf 287 Mill. DM —; indessen scheint hier das Bild durch Berichtigungen getrübt zu sein. Ein sicheres Indiz der eingetretenen Liquidierung liegt jedoch in der Abnahme der Nostroverpflichtungen der 112 Banken gegenüber den Landeszentralbanken um 32 Mill. auf 70 Mill. DM, und hier insbesondere der gegen Lombardierung von Ausgleichsforderungen um 26 Mill. auf 51 Mill. DM.

Geldpolitisch ist die Bewegung der interbankmäßigen Verschuldung unter Ausschluß der Verschuldung der Banken an das Zentralbanksystem indessen kaum von Bedeutung. Ein Rückgang, wie er im Januar zu verzeichnen war, neutralisiert daher auch nicht die mit gleichzeitiger Ausweitung der Kredite an die Nichtbankenkundschaft verbundenen Vergrößerung des Geldvolumens. Die Kreditverflechtung der Banken untereinander, gleichviel ob sie zunimmt oder zurückgeht, kann geldpolitisch stets erst dann bedeutsam werden, wenn die Zentralnotenbank bereit ist, die durch diese Kreditbeziehungen geschaffenen Wechsel anzukaufen. Der weitgehende Ausschluß der Bankakzepte vom Rediskont bildete jedoch seit Monaten eine der wichtigsten Restriktionsmaßnahmen des Zentralbankrats.

Schon während des ganzen Monats Dezember hatten die Geldinstitute insgesamt recht erhebliche Überschußreserven beim Zentralbanksystem gehalten; im Monatsdurchschnitt betragen sie 342 Mill. DM oder 30 v.H. des Reserve-Solls. Im Januar ließ das schnelle Sinken des Notenumlaufs die Guthaben der Geldinstitute erneut anschwellen, so daß sie am 23. 1. mit 1668 Mill. DM einen Höchststand erreichten. Erst in der 4. Januar-Woche trat in Auswirkung der Notenumlaufssteigerung ein Rückgang auf 1440 Mill. DM ein, womit der Stand vom 31. 12. zwar um fast 100 Mill. DM unterschritten wurde, das Reserve-Soll aber noch immer er-

heblich überdeckt war. Im Durchschnitt des Monats Januar haben die Überschußreserven der Geldinstitute mit 382 Mill. DM oder 33 v.H. des Reserve-Solls (1161 Mill. DM) nicht unwesentlich höher gelegen als im Dezember. Im Gegensatz zu der Entwicklung im Dezember, die weitgehend auf verstärkter Inanspruchnahme des Zentralbankkredits — wohl wegen befürchteter Diskonterhöhung — beruhte, war jedoch die zeitweise bedeutende Erhöhung der Barreserve im Januar im wesentlichen ungewollt. Sie brachte die Banken teilweise in gewisse Verlegenheit, da sie ihre verbesserte Liquidität nicht zu entsprechend großer neuer Kreditgewährung benutzen durften, wenn sie nicht den kreditpolitischen Richtlinien des Zentralbankrats zuwider handeln wollten. Andererseits war es den Banken auch vielfach angenehm, daß sie in Übereinstimmung mit der Zentralbankpolitik in den vergangenen Wochen manchen Kredit abgelehnt hatten, dessen Bonität sich in Betracht der neueren konjunkturellen Entwicklung als fragwürdig erwiesen hätte.

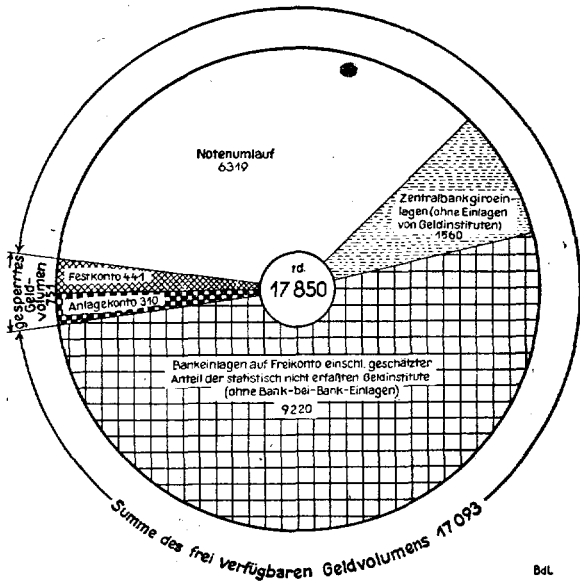
Eine gewisse Gegenwirkung gegen die den Status der Banken verflüssigenden Faktoren ging im Januar von der zeitweise — vor allem um die Monatsmitte — recht beträchtlichen Zunahme der öffentlichen Guthaben im Zentralbanksystem aus, die um 230 Mill. auf 1564 Mill. DM (15. 1.) stiegen und zum Monatsende mit 1413 Mill. DM noch immer um 78 Mill. DM über dem Vormonatsstand lagen. Die Steigerung betraf vor allem die Guthaben der Staatskassen.

Einlagen

Bei den Banken sind die Einlagen der Nichtbankenkundschaft im Januar entsprechend dem Fortgang der Kreditexpansion und dem Rückgang des Notenumlaufs, verstärkt durch die noch immer nicht beendete Umstellung der RM-Konten, erneut erheblich gestiegen. Bei den 112 wöchentlich berichtenden Banken hat die Zunahme 226 Mill. DM betragen. Indessen entfällt der Großteil dieser Steigerung auf die Konten der öffentlichen Hand (+ 194 Mill. DM), wogegen den Spareinlagen nur 31 Mill. DM und den Giroeinlagen („Sonstige Gläubiger“) nur 1 Mill. DM zuwachsen. Aus diesen Ziffern der 112 wöchent-

Die Struktur des Geldvolumens im Währungsgebiet
am 31. Dezember 1948

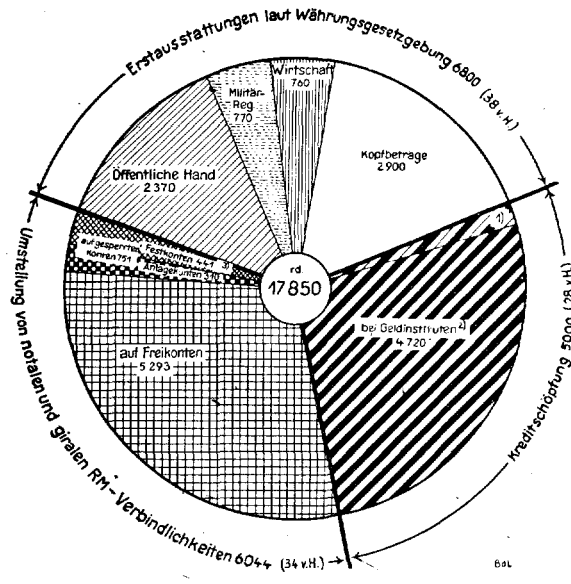
in Mill. DM



84L

Der Ursprung des Geldvolumens im Währungsgebiet
am 31. Dezember 1948

in Mill. DM



85L

- 1) Im Zentralbanksystem einschl. Finanzierung des Auslandsgeschäfts 280
- 2) einschl. geschätzter Anteil der statisch nicht erfassten Geldinstitute
- 3) Das Festkonto kann noch gewisse Beträge enthalten, die nach Ges. No. 65 (Festkontenentscheidung) zu streichen sind

lich berichtenden Institute kann angesichts dieser ungleichen Verteilung des Einlagenwachses kaum mit Sicherheit auf die Gesamtzunahme der Bankeinlagen im Januar geschlossen werden. Werden doch die öffentlichen Guthaben zu beträchtlichen Teilen bei Girozentralen und Landesbanken gehalten, die ihrerseits größtenteils dem Kreise der wöchentlich

berichtenden Banken angehören. Die Entwicklung macht es wahrscheinlich, daß der Anteil der 112 Geldinstitute am Gesamtbestand der Einlagen der öffentlichen Hand sich im Januar erhöht hat, zumal auch im Zentralbanksystem andere Einlagen als die der öffentlichen Hand im Januar nicht gestiegen sind. Insgesamt ist auf Grund bereits vorliegender Teilzahlen der

Einlagen bei 112 Geldinstituten im Januar 1949
(in Mill. DM)

Stand am	Blockierte Einlagen		Freie Einlagen				Einlagen von Geldinstituten
	Festkonto	Anlagekonto	insgesamt (ohne Einlagen von Geldinst.)	davon			
				Einlagen der öffentl. Hand	Einlagen sonstiger Gläubiger	Spareinlagen	
31. Dez. 1948	84	76	3 060	1 065	1 756	239	628
7. Jan. 1949	73	79	3 110	1 063	1 800	247	649
15. " "	68	80	3 231	1 238	1 740	553	667
23. " "	63	82	3 417	1 402	1 756	259	682
31. " "	54	86	3 286	1 259	1 757	270	656
Veränderung im Januar	- 30	+ 10	+ 226	+ 194	+ 1	+ 31	+ 28
Anteil an der monatlichen Bankenstatistik (Gesamterhebung) in v. H.							
31. Dez. 1948	19,1	23,8	33,6	52,3	32,2	14,9	48,6

Einlagenzuwachs im Januar (ohne die Zunahme der Einlagen von Geldinstituten) auf gut 300 Mill. DM zu veranschlagen.

Bemerkenswert ist, daß sich auf den Sparkonten eine erfreulichere Entwicklung abzuzeichnen beginnt. Der Zugang auf Sparkonten, den die 112 Institute und unter ihnen 21 Sparkassen — wie erwähnt — mit 31 Mill. DM ausweisen, dürfte nur noch zu einem Teil aus der Umstellung alter RM-Spareinlagen, zum anderen Teil aber auch aus echten Neuzugängen stammen. Im Wochendurchschnitt des Monats Januar haben auf den bei den 112 Geldinstituten geführten Sparkonten die Bareinzahlungen 3,2 Mill. DM, die Barauszahlungen 3,7 Mill. DM, der Barauszahlungsüberschuß mithin nur 0,5 Mill. DM betragen. Da über Sparkonten nur in bar verfügt werden darf, Einzahlungen dagegen durchschnittlich schätzungsweise zur Hälfte im Überweisungswege geleistet werden, läßt die Geringfügigkeit dieses Defizits im Barverkehr mit Sicherheit auf das Vorhandensein von Einzahlungsüberschüssen schließen. Die seit der Währungsreform anhaltende Periode starker, allerdings seit längerem rückläufiger Auszahlungsüberschüsse im Sparverkehr, die in der Abhebung umgestellter Spareinlagen begründet war, scheint damit überwunden zu sein und der Bildung von neuem Sparkapital Platz gemacht zu haben.

Geldsätze

Der Geldmarkt lag besonders in den ersten zwei Dritteln des Monats sehr leicht; lediglich im letzten Drittel machte sich ein Nachlassen des Geldangebots bemerkbar. Der Ultimo selbst brachte keine besondere Anspannung. Die überwiegend flüssige Verfassung des Marktes ließ die Sätze weiter sinken, wobei hervorzuheben ist, daß die genannten Sätze wie im Vormonat meist nominell sind und Abschlüsse auf dieser Basis schwer zustande kamen. Tagesgeld lag in Frankfurt bei $2\frac{1}{2}$ — $2\frac{3}{4}$ ‰ und Monatsgeld bei ca. $4\frac{1}{2}$ ‰. Bankgierte Warenwechsel, die besonders gefragt waren, weil Bankakzepte kaum angeboten wurden, waren zu $4\frac{7}{8}$ ‰ gesucht; für rediskontfähige Bankakzepte wurde ein nomineller Satz von 5‰ genannt.

Kapitalmarkt

Der Rentenmarkt war im Januar durch beachtliche Kurssteigerungen — bei allerdings sehr kleinen Umsätzen — gekennzeichnet. Der Abstand zwischen der Rendite der alten auf RM lautenden 4‰ Pfandbriefe und den bisher aufgelegten 5‰ Ausgaben verringerte sich infolgedessen. Ende Januar errechneten sich folgende Renditen:

4‰ Pfandbriefe Kurs 8‰ Laufzeit 10 Jahre =	6,80‰
4‰ Pfandbriefe Kurs 8‰ Laufzeit 20 Jahre =	5 $\frac{3}{4}$ ‰
4‰ Pfandbriefe Kurs 8‰ Laufzeit 30 Jahre =	5 $\frac{3}{8}$ ‰
5‰ Pfandbriefe Kurs 9 $\frac{1}{2}$ ‰ Laufzeit 20 Jahre =	5,16‰

Eine 40 Mill. DM betragende Anleihe eines großen bayrischen Elektrizitätsversorgungsbetriebes wurde bei 10 Jahren Laufzeit mit $6\frac{1}{2}$ ‰ Zinsen ausgestattet. Die Emission wurde überzeichnet. Neben den genehmigungspflichtigen Emissionen sind im Januar seitens einiger namhafter industrieller Unternehmen in letzter Zeit Schuldscheindarlehen aufgenommen worden, die nicht der Genehmigungspflicht nach § 795 BGB unterliegen, da die Urkunden auf Namen lauten. Diese Schuldscheindarlehen sind mit variablen, 1‰ über dem jeweiligen Zentralbankdiskont liegenden Zinssätzen ausgestattet und wurden außerhalb des Marktes untergebracht. Vom betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus erscheinen derartige Emissionen wegen ihrer ungewissen, unter Umständen stark schwankenden Zinsbelastung nicht ganz unbedenklich.

Der Aktienmarkt stand nach anfänglicher leichter Erholung erneut unter Abgabedruck, der die Kurse mit wenigen Ausnahmen teilweise beträchtlich zurückwarf. In den letzten Januar-Tagen trat indessen ein Tendenzumschwung ein, der einige Kurse wieder kräftig ansteigen ließ.

2. Öffentliche Finanzen

Die L ä n d e r f i n a n z e n scheinen sich im Januar wieder günstiger entwickelt zu haben, nachdem sich im Dezember erneut Defizite eingestellt hatten. Zahlenangaben sind wegen des Fortfalls gewisser Statistiken allerdings noch spärlicher als sonst. Dafür, daß sich die Lage der öffentlichen Haushalte wieder gebessert hat, sprechen jedoch allgemeine Über-

legungen über den jahreszeitlichen Rhythmus der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben sowie die aus der Bankenstatistik zu erkennende Bewegung der Einlagen der öffentlichen Hand einerseits und der Verschuldung der öffentlichen Hand andererseits.

Trotz der im Zusammenhang mit der Währungsreform eingeführten monatlichen Vorauszahlungen auf die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer schlägt der Quartaltermin, wie schon die Entwicklung im Oktober zeigte, immer noch durch. Schon aus diesem Grunde dürften die Steuereinnahmen im Januar nicht unerheblich höher gewesen sein als im Dezember, wo sie im Vereinigten Wirtschaftsgebiet rd. 1 Mrd. DM (im Währungsgebiet rd. 1,1 Mrd. DM) betragen. Infolge der weiterhin angestiegenen Umsätze und Einkommen ist darüber hinaus aber noch mit einer weiteren Erhöhung zu rechnen. Nimmt man an, daß sich die im Durchschnitt der letzten Monate zu beobachtende Steigerungstendenz des Steueraufkommens fortgesetzt hat, so dürften die Steuereinnahmen des Währungsgebiets im Januar um mindestens 250 Mill. DM über dem Oktoberstand (1122 Mill. DM) gelegen und sich auf rd. 1,4 Mrd. DM belaufen haben. Im Vierteljahr November 1948 bis Januar 1949 hätten demnach die Steuereinnahmen im Währungsgebiet rd. 3,7 Mrd. DM betragen. Auf das Jahr umgerechnet ergäbe das einen Betrag von rd. 14,8 Mrd. DM, so daß man annehmen kann, daß das Steueraufkommen trotz der im Juni und November 1948 vorgenommenen Tarifsenkung nunmehr höher als im Finanzjahr 1947/48 (rd. 14,3 Mrd. DM) liegt. Zweifellos spiegelt sich hierin ein erheblicher Teil des seit dem Vorjahr eingetretenen Produktions- und Preisanstiegs wider.

Daß sich die Einnahmen der Länder im Januar wieder günstiger entwickelt haben dürften, zeigt auch der verhältnismäßig starke Anstieg der öffentlichen Einlagen bei den Geldinstituten. Wenngleich diese Einlagen erhebliche Kassensmittel auch anderer öffentlicher Stellen (Sozialversicherungen, Militärregierungen, Gemeinden, Bahn, Post usw.) enthalten und ihr absoluter Stand daher nur bedingt etwas über die Kassen-

bestände der Länder aussagt, so haben sie sich in den letzten Monaten doch immer annähernd in der gleichen Richtung bewegt wie die Kassenreserven der Länder. Die Zunahme der Einlagen der öffentlichen Hand war nun bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten im Januar etwa so stark wie in den Monaten Oktober und November, in denen die Länderhaushalte Überschüsse aufwiesen, und bei den Landeszentralbanken war sie sogar noch stärker.

Da Angaben über die Ausgaben der Länder nicht zur Verfügung stehen, läßt sich die Höhe des im Januar erzielten Überschusses nicht genau ermitteln. Offenbar waren im Januar die Ausgaben ebenfalls hoch. Besonders in der letzten Januarwoche scheinen sie beträchtlich angestiegen zu sein, da die Abnahme der Einlagen der öffentlichen Hand bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten und den Landeszentralbanken stärker war als im vergleichbaren Zeitraum der Vormonate. Einzelberichten zufolge weisen namentlich die Besatzungskosten in letzter Zeit einen stark steigenden Trend auf. Aus der Zunahme der Kassenbestände (rd. 300 Mill. DM) läßt sich jedoch schließen, daß der Überschuß eher höher war als in einem der Vormonate (im Vereinigten Wirtschaftsgebiet 75 Mill. DM im Oktober und 81 Mill. DM im November).

Dabei ist es geldpolitisch sehr wesentlich, daß die Bildung von Überschüssen im Berichtsmonat sich weitgehend in einer Zunahme der öffentlichen Guthaben beim Zentralbanksystem niederschlug. Die Einlagen der Staatskassen bei den Landeszentralbanken, die außer den Einlagen der Länder allerdings in einigen Fällen auch diejenigen der Sozialversicherungsträger enthalten, sind jedenfalls von 344 Mill. DM Ende November auf 417 Mill. DM Ende Dezember und 593 Mill. DM Ende Januar angestiegen. Geldpolitisch restriktiv wirkte auch der im Januar zu verzeichnende Abbau der Verschuldung der Länder. Von den Ende Dezember mit 34,6 Mill. DM ausgewiesenen Kassenkrediten der Landeszentralbanken an die Länder standen Ende Januar nur noch 6,9 Mill. DM aus, die restlos auf Schleswig-Holstein entfielen. Die Kassenvorschüsse an die Länder der französischen Zone waren erstmals

seit der Währungsreform völlig abgedeckt, was zu der Annahme berechtigt, daß sich die Finanzlage auch in diesen Ländern im Januar gegenüber den Vormonaten verbessert haben muß.

Über den Haushalt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets sind zum erstmalig seit Monaten ebenfalls keine zusätzlichen Geldmittel in Anspruch genommen worden. Die zu Lasten der Verwaltung für Finanzen vorgenommenen Notensendungen nach Berlin (40 Mill. DM) wurden im Januar im vollen Umfange aus ordentlichen Haushaltsmitteln der Verwaltung für Finanzen (Kaffeesteuer, Notopfer, Berlin) aufgebracht. Darüber hinaus wurde der im Monat November bei der Bank deutscher Länder aufgenommene Kassenvorschuß zugunsten Berlins in Höhe von 50 Mill. DM, der Ende Dezember noch mit 42 Mill. DM ausstand, bis auf 28 Mill. DM abgedeckt. Im Februar wurde auch der Rest noch getilgt. Bei den übrigen öffentlichen Haushalten (Sozialversicherungen, Gemeinden) dürfte die Lage nicht wesentlich anders gewesen sein als in den Vormonaten. Überschüssen der Sozialversicherungsträger werden weiterhin gewisse Defizite im gemeindlichen Bereich gegenübergestanden haben.

Das Problem der Steuerreform ist weiter lebhaft erörtert worden und hat im Februar durch die Annahme der Einkommensteuernovelle durch den Wirtschaftsrat einen vorläufigen Abschluß gefunden. Nach diesem Gesetz soll die beabsichtigte Steuersenkung in

der Form erhöhter Sonderausgaben, erleichterter Abschreibungen und weiterer Begünstigungen für nicht entnommene Gewinne gewährt werden. Außerdem ist das sog. Luxussteuergesetz, das in Form einer Erhöhung der Umsatzsteuer (von 3 auf 20 v. H.) beim Hersteller von Gütern des gehobenen Bedarfs und auf alle Leistungen in Luxusgaststätten erhoben werden soll, vom Wirtschaftsrat in erster Lesung beraten worden.

Im Rahmen des auf 284 Mill. DM festgesetzten Nachtragshaushalts des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, der inzwischen angenommen wurde, wurde zur Subventionierung der Grenzbetriebe im Kohlenbergbau eine Exportabgabe auf Kohle beschlossen. Darüber hinaus schlägt die Verwaltung für Finanzen im Zusammenhang mit dem 951 Mill. DM betragenden Haushalt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets für das kommende Finanzjahr eine Treibstoffabgabe vor, die zur Finanzierung der mit 480 Mill. DM etatisierten Hilfeleistung an Berlin verwendet werden soll. Da das vorläufige Lastenausgleichsgesetz bisher noch nicht die Zustimmung der Militärregierungen gefunden hat, konnten die für den 20. Februar vorgesehenen ersten Zahlungen auf den Lastenausgleich nicht angefordert werden.

3. Außenhandel und Geldbewegungen über die Auslandskonten der Bank deutscher Länder

Die Außenhandelsumsätze des Vereinigten Wirtschaftsgebiets erreichten im Januar nicht ganz die Höhe des Vormonats. Insbesondere

Außenhandel
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)
(in Mill. DM)

	Einfuhr				Ausfuhr			
	Monatsdurchschnitt		Dez. 1948	Jan. 1949	Monatsdurchschnitt		Dez. 1948	Jan. 1949
	1. Halbjahr 1948	2. Halbjahr 1948			1. Halbjahr 1948	2. Halbjahr 1948		
Ernährungswirtschaft	124,5	179,6	226,6	147,0	4,6	3,5	13,5	12,4
Gewerbliche Wirtschaft	70,6	152,6	258,9	168,3	76,2	218,5	276,7	241,5
Rohstoffe	39,2	82,7	145,1	75,6	21,9	54,4	47,9	55,5
Halbwaren	24,3	51,2	88,5	65,3	23,6	66,8	78,3	81,2
Fertigwaren	7,1	18,7	25,3	27,4	30,7	97,3	150,5	104,8
Vorerzeugnisse	4,4	10,9	13,5	11,9	16,7	51,1	81,7	57,2
Enderzeugnisse	2,7	7,8	11,8	15,5	14,0	46,2	68,8	47,6
Insgesamt	195,1	332,2	485,5	315,3	80,8	222,0	290,2	253,0

ging die Einfuhr von Nahrungsmitteln und gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren zurück. Auch die Ausfuhr von Fertigwaren nahm erheblich ab, während sich die Ausfuhr von gewerblichen Rohstoffen und Halbwaren erhöhte. Im ganzen war der Rückgang der Einfuhr stärker, so daß sich der Passivsaldo im Warenaußenhandel von 195,3 Mill. DM im Dezember auf 61,4 Mill. DM im Januar ermäßigte. Derartigen Schwankungen von Monat zu Monat ist jedoch nicht allzugroße Bedeutung beizumessen. Die Grundtendenz des Außenhandels ist weiter ziemlich stark aufwärts gerichtet. Das gilt insbesondere für die Entwicklung der B-Importe, für die die Zunahme des Akkreditivgeschäfts bei der BdL weiter eine starke Aufwärtsbewegung indiziert. Die Anzahl der zugunsten der ausländischen Warenlieferanten bei Auslandsbanken seit dem Herbst 1948 eröffneten Akkreditive betrug im Oktober 3074, im November 3422, im Dezember 4654 und im Januar 6714. Die Verpflichtungen aus Akkreditiven für laufende Importgeschäfte erhöhten sich von 195,7 Mill. DM am 31. Dezember 1948 auf 294,4 Mill. DM am 31. Januar 1949. Auch mit einer weiteren Erhöhung der ERP-Importe ist zu rechnen. Bis Ende Januar 1949 waren in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet aus Marshallplanmitteln Güter im Werte von rd. 100 Mill. Dollar geliefert, gleichzeitig waren über Lieferungen im Werte von rd. 145 Mill. Dollar Kaufverträge fest abgeschlossen.

Die mit dem Außenhandel zusammenhängenden Zahlungsvorgänge waren im Januar wiederum weitgehend unabhängig von der Entwicklung des Warenverkehrs. Die Einzahlungen der DM-Gegenwerte der Einfuhr durch die Importeure erreichten im Januar einen nicht unwesentlich über dem Durchschnitt der Vormonate liegenden Stand.

Einzahlungen der Importeure
in Mill. DM

Im Monatsdurchschnitt bzw. Monat	für GARIOA-, ERP- und STEG-Importe	B-Importe	Importe insgesamt
Juli - Sept. 1948	171,5	52,3	223,8
Okt. - Dez. 1948	182,3	109,2	291,5
Januar 1949	184,3	132,4	316,7

Die monatlichen Auszahlungen an die Exporteure haben sich demgegenüber seit Bestehen der Auslandsabteilung der Bank deutscher Länder im Monatsdurchschnitt wie folgt entwickelt: August/September rd. 135, Oktober/Dezember rd. 245 und Januar rd. 280 Mill. DM. Dabei ist allerdings zu beachten, daß im Januar wie schon in den Vormonaten neben den Auszahlungen an die Exporteure noch eine Reihe von Sonderauszahlungen erfolgten, so daß auf der Gesamtheit der Auslandskonten der Bank deutscher Länder auch in der Berichtszeit keine Geldstillegung (wenngleich auch keine Geldschöpfung mehr) erfolgte. Der Devisenzufluß im kommerziellen Sektor des Auslandsgeschäfts (Exporte; B-Importe) hielt an, das Devisenguthaben der BdL stellt sich nunmehr auf rd. $\frac{1}{3}$ Mrd. Dollar.

Für die regionale Verteilung der Devisenaufbringung innerhalb des JEIA-Bereichs vermitteln die von der Bank deutscher Länder für die einzelnen JEIA-Stellen registrierten Deviseneingänge gewisse Anhaltspunkte. Von den Einzeleingängen nach dem alten Exportverfahren in den Monaten November-Dezember im Gesamtbetrag von rd. 165 Mill. Dollar entfielen auf

	in 1000 Dollar
Essen, Coal	68 605
Nordrhein-Westfalen	37 521
Bayern	11 229
Hessen	10 874
Hamburg	10 787
Württemberg-Baden	10 061
Bremen	6 551
Niedersachsen	6 474
Schleswig-Holstein	2 707
Berlin	728

Im Rahmen des neuen Ausfuhrverfahrens wurden bis jetzt rd. 8900 Ausfuhrerklärungen eingereicht. Die angemeldeten Ausfuhrwerte betragen, von den einzelnen Landeswährungen in Dollar umgerechnet,

	in 1000 Dollar
bis 31. Dezember 1948	821
vom 1. — 10. Januar 1949	4 082
vom 11. — 20. Januar 1949	8 951
vom 21. — 31. Januar 1949	13 500
Insgesamt	27 354

Durch das neue Verfahren hat hinsichtlich der Ausfuhr die bisherige Aufspaltung in zwei völlig getrennte Bereiche, nämlich die DM- und die Devisenseite, ein Ende gefunden. Durch die Vorschrift, daß ab 15. Februar die Zahlung für „general imports“ mit der Übergabe der Versanddokumente gekoppelt wird, ist inzwischen auch hinsichtlich der Einfuhren die Rückkehr zu normalen Handelsgebräuchen vorbereitet.

Die Ergebnisse der bis jetzt vorliegenden drei Kompensationen innerhalb des intereuropäischen Zahlungsausgleichs lassen die Schwierigkeiten erkennen, die als Folge der Unterschiede in der handelspolitischen Situation und im inneren Wert der Währungen der beteiligten Länder für die zentrale Verrechnung der Schulden und Guthaben bestehen. Eine Kompensation ersten Grades, für die eine Zustimmung der Partner nicht erforderlich ist, weil durch sie eine Verminderung der in Frage kommenden Salden eintritt, konnte — soweit das Vereinigte Wirtschaftsgebiet beteiligt ist — bisher nur in einem Falle mit einem relativ geringfügigen Betrag vorgenommen werden. Kompensationen zweiten Grades, bei denen die Zustimmung aller in Frage kommenden Partner Voraussetzung ist, sind im Rahmen der neuen multilateralen Verrechnung, soweit bekannt, noch überhaupt nicht zustande gekommen.

Unter diesen Umständen kommt den Zahlungsmitteln, die im Rahmen des Europaclearings in der Form der Ziehungsrechte zur Verfügung stehen, besondere Bedeutung zu. Das geht schon daraus hervor, daß die „bedingte Hilfe“, die dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet als Ausgleich für von ihm verausgabte Ziehungsrechte von der ECA, Washington, zugeteilt ist, sich bis Ende Dezember 1948 bereits auf rd. 17 Mill. Dollar stellte.

Aber auch hinsichtlich der Ziehungsrechte beginnen sich gewisse Schwierigkeiten abzuzeichnen. Sie hängen damit zusammen, daß die Kontenentwicklung wesentlich anders verläuft, als nach der Planung für das erste ERP-Jahr vorgesehen war. Es wurde zwar in sämtliche Länder, denen das Vereinigte Wirtschaftsgebiet bis zum 30. Juni 1949 gegebenenfalls Ziehungs-

rechte zur Verfügung zu stellen hat, mehr ausgeführt als von dort eingeführt, so daß im entsprechenden Umfange Ziehungsrechte (drawing rights) zur Verwendung kamen, aber gleichzeitig konnte das Vereinigte Wirtschaftsgebiet von den ihm zustehenden Ziehungsrechten nur gegenüber einem Lande Gebrauch machen. Bei den anderen Ländern lag entweder noch keine Zunahme der Verschuldung vor oder es war gegenüber dem Vormonat eine Erhöhung des Guthabens an Stelle einer Verringerung eingetreten.

Vom Gesamtbetrag der Ziehungsrechte, den das Vereinigte Wirtschaftsgebiet bei entsprechenden monatlichen Mehreinfuhrungen zur Verfügung zu stellen hat, sind von den Partnerländern in den ersten drei Monaten des Abkommens 15,3 v. H. ausgenutzt worden.

4. Produktion, Beschäftigung und Absatz

Im Bereich der Produktion und des Absatzes haben sich noch stärker als im Dezember Zeichen einer gewissen finanziellen Beengung bemerkbar gemacht, die im einzelnen mancherlei Schwierigkeiten zur Folge hatte, im ganzen aber, wie der erneute Anstieg der industriellen Produktion, der gesteigerte Arbeitswille und die verbesserte Versorgung zeigen, die entscheidenden Grundlagen der Erholung bisher keineswegs beeinträchtigt, sondern eher gefestigt hat.

Nach Monaten einer ständigen Verflüssigung, mühelos erzielter hoher Gewinne und reibungslosen Absatzes klagt die Wirtschaft jetzt wieder über „Geldknappheit“. Das erscheint auf den ersten Blick erstaunlich, da auch im Januar das Geldvolumen noch wuchs, ist aber im Grunde doch keineswegs abwegig. Einmal hat sich nämlich die Wachstumsrate des Geldvolumens, nachdem sie schon im Dezember erheblich geringer gewesen war als in den Vormonaten, im Januar weiter beträchtlich vermindert, weil die Kreditschöpfung im Vergleich zu den Vormonaten relativ geringfügig war und durch die Währungsumstellung ebenfalls erheblich weniger zusätzliches Geld geschaffen wurde als früher. In einer Wirtschaft, die auf eine ständige beträchtliche Erweiterung ihres

Geldspielraums eingestellt war, machte allein schon das mancherlei Umstellungen erforderlich.

Zunahme des frei verfügbaren Geldvolumens
in Mill. DM

Monat	insgesamt	durch Kredit- schöpfung ¹⁾	durch Währungs- umstellung
1948 Oktober	1 220	800	420
November	1 130	685	445
Dezember	690	375	315
1949 Januar	260	150	110

¹⁾ Unter Berücksichtigung der vom Zentralbanksystem unmittelbar an die öffentliche Hand gehenden Mittel (Schatzwechsel, Kassenvorschüsse und Geldbewegungen über die Auslandskonten der BdL); im Januar ist in diesem Bereich nicht nur kein Geld geschöpft, sondern vielmehr Geld abgeschöpft worden. Die Kreditexpansion bei den Geschäftsbanken wurde hierdurch z. T. kompensiert.

Dann aber hat sich ein wesentlicher Wandel in der Einkommensverwendung vollzogen. Er war einmal freiwillig, indem namentlich die Konsumenten in ihrer Ausgabengebarung wesentlich zurückhaltender wurden, sobald sich herausstellte, daß die Preissteigerungen teilweise doch zu weit gegangen waren, in gewissem Umfang aber auch unfreiwillig, da — nicht zuletzt infolge der schärferen Steuererfassung — neuerdings erhebliche Geldbeträge bei der öffentlichen Hand konzentriert und hier zunächst nicht wieder ausgegeben worden sind. Die Zunahme der öffentlichen Kassenreserven war im Januar mindestens ebenso groß wie die des Geldvolumens. Zweifellos hat sich also die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes so verringert, daß dadurch die statistische Vergrößerung des Geldvolumens kompensiert, ja wahrscheinlich gar überkompensiert wurde.

Für manche Wirtschaftszweige sind hieraus unbestreitbar Schwierigkeiten erwachsen. Abgesehen von gewissen Luxusbranchen, gilt das vor allem für einzelne Investitionsgüterindustrien, namentlich den Baumarkt. Mit der Kreditrestriktion, besonders mit dem energischen Kampf des Zentralbanksystems gegen den Mißbrauch des Bankakzepts, und mit dem Preisrückgang sind die beiden bisher wichtigsten Quellen der Investitionsfinanzierung, der Bankkredit und die mit der dauernden Preissteigerung verbundenen hohen Unterneh-

mergewinne, in ihrer Ergiebigkeit wesentlich vermindert, ja, was den Bankkredit anbelangt, wohl nahezu verstopft worden. Obgleich auch hier die Wirtschaft in weit stärkerem Maße als oft angenommen wird, Mittel und Wege findet, um trotzdem wirklich dringende Projekte zu finanzieren, hängt manches Vorhaben nun doch finanziell in der Luft, so daß teilweise scharfe Auftragseinschränkungen unvermeidbar waren. Es hängt sicher hiermit zusammen, wenn die Arbeitslosigkeit im Januar allein im Vereinigten Wirtschaftsgebiet trotz des milden Wetters um gut 200 000 Personen zunahm, so daß sie am Monatsende mit insgesamt 944 000 (= etwa 7 v. H. der Arbeiter, Angestellten und Beamten) den bisherigen Höchststand nach der Währungsreform, nämlich den Stand von Ende August, um 176 000 übertraf.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit
im Vereinigten Wirtschaftsgebiet
in 1000

Arbeitslose	1948			1949
	Mai	Aug.	Dez.	Januar
Insgesamt	439	768	743	944
Männer	330	533	535	707
voll Einsatzfähige	114	490	500	662
Bayern	148	270	227	307
Württemberg-Baden	28	31	25	34
Hessen	40	65	61	79
Bremen	9	11	12	14
Nordrhein-Westfalen	124	157	106	125
Niedersachsen	58	123	171	213
Schleswig-Holstein	19	82	115	141
Hamburg	13	29	26	32

¹⁾ Vorläufige Zahlen.

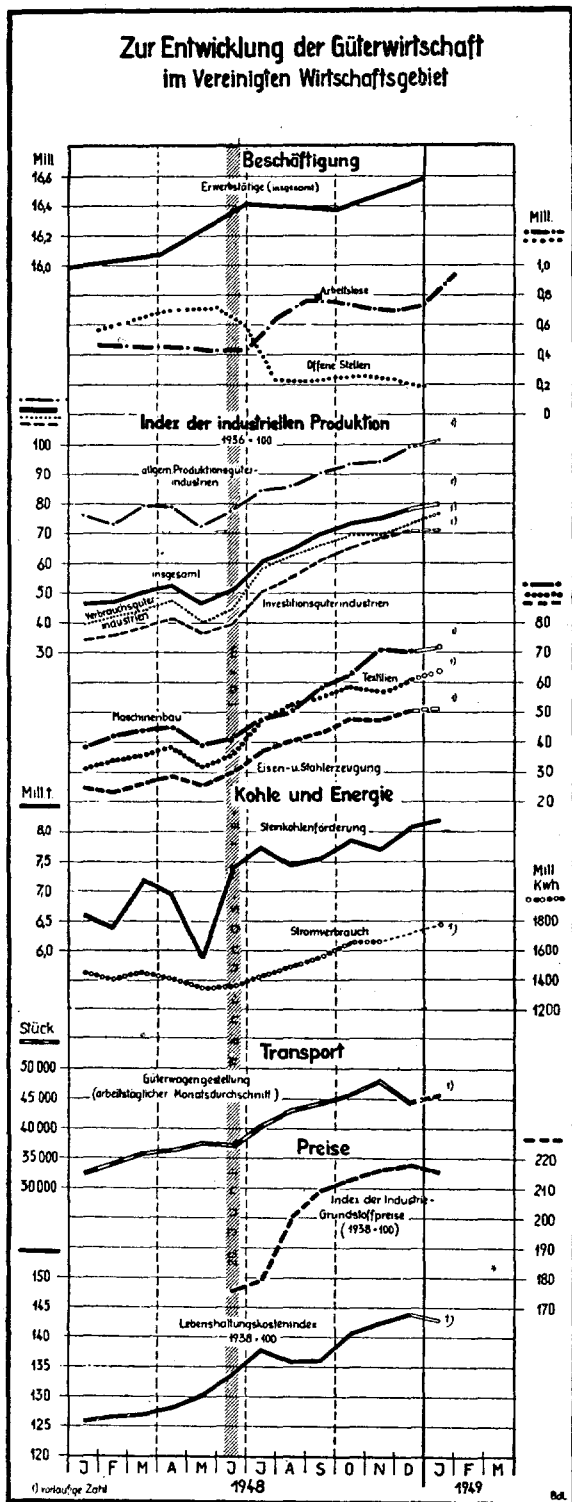
Gleichwohl hat sich die „Geldverknappung“ im ganzen bisher überwiegend günstig ausgewirkt. Die ständige Preissteigerung, die je länger je mehr nicht nur zu unerträglichen sozialen Zuständen zu führen drohte, sondern sich auch zu einer ernsthaften Gefahr für die Produktion entwickelte, da sie den Arbeitswillen lähmte, die Warenzirkulation ins Stocken brachte und in wachsendem Maß den Preis als Regulator des Wirtschaftslebens ausschaltete, ist abgebremst, ja sogar einem heilsamen Preisdruck gewichen. Nach einer Periode des nur zu leichten Geldverdienens muß sich die Wirtschaft nun wieder nach der Decke strecken, muß sie rechenhafter

und sparsamer wirtschaften, mehr leisten, um die gleichen Einnahmen zu erzielen, sich wieder stärker um den Konsumenten bemühen und die Güter, die sie produziert, auch wirklich anbieten. Beim Konsumenten wächst die Wertschätzung des Geldes ebenfalls. Er hat wieder stärker die Empfindung, daß es Sinn hat, zu arbeiten, und er gibt sein Geld nicht mehr so leichtsinnig aus, er spart wieder, da sein Vertrauen zur Währung zurückkehrt. Es ist sicher kein Zufall, daß ungefähr zur selben Zeit, wo sich die Preiskurve wendete, auch die Auszahlungsüberschüsse im Sparverkehr verschwanden und zum ersten Mal seit der Währungsreform Einzahlungsüberschüssen Platz machten.

Vor allem aber ist bemerkenswert, daß die Industrieproduktion, gemessen am Index der Vfw, im Januar wieder um 1–2 Punkte (nämlich von 78,8 auf 80,4 – 1936 = 100 –) gewachsen ist, obwohl der Januar einen Arbeitstag weniger zählte als der Dezember – ein Faktor, der allein schon einen Rückgang des Index um etwa 3 Punkte gerechtfertigt hätte. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit hat also die laufende Güterversorgung in keiner Weise beeinträchtigt. In gewissem Umfang ist sie vielleicht überhaupt nur ein Zeichen dafür, daß nun auch mit der Arbeitskraft sparsamer gewirtschaftet wird. Aber auch soweit sie einen – vom Produktionsindex vielleicht nicht erfaßten – partiellen Produktionsrückgang zum Beispiel im Baugewerbe widerspiegelt, ist sie, wie der anhaltend starke Anstieg der Konsumgütererzeugung zeigt, bisher lediglich als Begleiterscheinung einer stärkeren Anpassung der Produktionsstruktur an die Einkommensverwendung zu betrachten, durch die das Investitionsvolumen in bessere Übereinstimmung mit den auf verschiedene Weise sich ansammelnden letzten Finanzierungsmitteln gebracht wird. Eine solche Anpassung wäre nur zu vermeiden, wenn die Investitionstätigkeit weiter inflationistisch finanziert und damit abermals eine gefährliche, im Endergebnis eventuell auch vom Produktionsstandpunkt unerwünschte Preissteigerung in Kauf genommen würde. Hierzu liegt vorläufig um so weniger Veranlassung vor, als die Schrumpfung der Investitionstätigkeit bisher weder die Gesamtproduktion noch das Vo-

lumen der Einkommenszahlungen beeinträchtigt hat, von einer Deflation also noch keine Rede sein kann, und die erfreuliche Zunahme der Sparkapitalbildung – neben der allmählich in Gang kommenden Ansammlung von Einfuhrgeldern – die Hoffnung rechtfertigt, daß schon in Kürze in größerem Umfang echte Ersparnisse und Kapitalmittel für die Investitionsfinanzierung zur Verfügung stehen werden. Dieser Konsolidierungsprozeß würde nur gefährdet, wenn die Stabilität der Preise erneut dadurch aufs Spiel gesetzt würde, daß auf eine relative Knapphaltung des Geldumlaufs leichtfertig verzichtet würde.

Im übrigen zeigt eine nähere Analyse der Produktionsentwicklung im Januar, daß bisher auch im Investitionsbereich noch nicht allgemein von einer Schrumpfung gesprochen werden kann. Bei den beiden wichtigen Grundstoffen Kohle und Eisen sind neue Nachkriegsrekorde erzielt worden. Die Steinkohlenförderung belief sich im Januar auf etwas mehr als 8,2 Mill. t gegenüber knapp 8,1 Mill. t im Dezember. Stärker (von 311 400 auf 328 200 t) ist die arbeitstägliche Förderung gestiegen, ein Ergebnis, das vor allem auf einen Rückgang der Fehlschichten, daneben auch auf eine leichte Erhöhung der Beschäftigtenzahl und der Schichtleistung zurückzuführen ist. Auch die Braunkohlenförderung ist leicht gestiegen. Da der Kohlenbedarf rascher wächst als die Förderung, sind die Haldenbestände im Januar scharf zurückgegangen. Beachtlich sind die Fortschritte in der Eisen- und Stahlerzeugung (Roheisen: Ende Dezember 1948 514 000 t, Januar 1949 547 000 t, Rohstahlblöcke: Dezember 1948 612 000 t, Januar 1949 651 000 t). Auffallend ist der Anstieg der elektrotechnischen Industrie, die in der Bizone erheblich ausgebaut wird. Die Erzeugung dieses Industriezweiges liegt als einzige weit – im Berichtsmonat um rd. 71 v. H. – über dem Stand von 1936. Etwas mehr als die Erzeugung der beiden großen Industriegruppen Investitions- und allgemeine Produktionsgüter ist bemerkenswerterweise die Herstellung von Verbrauchsgütern bereits im Januar gestiegen – eine Entwicklung, die sich künftig wahrscheinlich verstärken wird. Nicht zugenommen hat im Berichtsmonat allein



die Erzeugung der Industrie der Steine und Erden, deren Produktionsindex um 10 Punkte gesunken ist, worin offenbar bereits die Schwierigkeiten in der Bauwirtschaft zum Ausdruck kommen.

5. Preise und Löhne

Der seit Dezember zu verzeichnende Rückgang der Preise hat sich im Januar fortgesetzt. Dabei kann aber, abgesehen von einigen Waren des schwarzen Marktes und einzelnen Gütern und Leistungen mit hoher Preisreagibilität, von einem Preissturz keine Rede sein. Immer noch gibt es Marktbereiche — vor allem sind es die Grundstoffe —, deren Preise nicht gesunken sind. Doch ist in diesen Fällen fast überall der Anstieg zum Stillstand gekommen.

Auf den Konsumgütermärkten hat die sinkende Preistendenz auf weitere Gebiete übergreifen. Zudem ist die lokale und regionale Streuung der Preise (also die Differenz zwischen den höchsten und niedrigsten Angaben) nach den vorliegenden Berichten erheblich geringer und damit das allgemeine Preisbild einheitlicher geworden. Ferner ist für die Beurteilung der neueren Entwicklung wichtig, daß sich der Preisrückgang bei den Waren, die schon früh von dem Umschwung erfaßt worden sind, in der zweiten Januarhälfte verlangsamt hat, wovon die folgende Übersicht eine recht gute Vorstellung vermittelt:

Zur Entwicklung der Preise industrieller Fertigwaren im Einzelhandel

(Angaben des Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebiets)

	Von den beobachteten Preissreihen sind (in v.H.)		
	gestiegen	gefallen	unverändert geblieben
2. Dezember-Hälfte	15	21	64
1. Januar-Hälfte	21	51	28
2. Januar-Hälfte	15	28	57

Innerhalb der Verbrauchsgüter ist der Rückgang der Schuh- und Besohlungspreise als Folge des Preisfalls bei den Häuten am auffälligsten. Bei den Textilwaren erstreckt sich die Senkung in erster Linie auf größere Objekte wie Anzüge, Anzug- und Kleiderstoffe, weniger auf die kleineren Artikel. Andererseits ist nicht zu bestreiten, daß bestimmte Textilwaren, die seit langem fehlen und von den Konsumenten dringend verlangt werden (z. B. Baumwollgewebe),

auch ohne Preissenkung, vielleicht sogar bei steigenden Preisen ohne Schwierigkeiten Absatz finden. Solange sich nicht die Produktion gleichmäßig auf alle Warenggebiete verteilt und eine Befriedigung gewisser Mindestbedürfnisse erreicht ist, werden solche Differenzierungen innerhalb der verschiedenen Branchen fortbestehen.

Mit der zunehmenden Geldklemme hat der Prozeß der Preiskorrekturen über die Verbrauchsgüter hinausgegriffen. Nahezu alle verarbeitenden Industrien berichten über eine erfolgte oder bevorstehende Senkung der Preise und zwar bemerkenswerterweise auch dann, wenn die Preise der zugehörigen Grundstoffe (Kohle, Eisen und dergl.) gebunden sind und mit ihrem Rückgang (infolge der gegebenen Produktionskosten) in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. In diesen Fällen geht die Preissenkung auf Kosten der Verarbeitungs- und Handelsspannen und wird zu Rationalisierungsmaßnahmen führen, die in vielen Fällen keineswegs umfangreiche Investitionen voraussetzen, sondern — was bei der gegebenen Lage ungleich gesünder ist — die noch immer in reichem Maße bestehenden organisatorischen Möglichkeiten ausnutzen müssen.

Die Schwierigkeiten der Investitionsfinanzierung, die Zurückziehung gegebener Aufträge und die Zurückhaltung bei der Erteilung neuer Bestellungen üben einen wachsenden Druck auf die Preise für Investitionsgüter und -leistungen aus. So wird berichtet, daß die Angebotspreise für baugewerbliche Leistungen in den letzten Wochen um 30—40 v. H. gesenkt worden sind, was bei der Schlüsselstellung der Bauwirtschaft auf die Preise ungezählter Industrie- und Handwerkszweige fortwirken wird.

Die Preissenkungen haben es den Arbeitnehmern wesentlich erleichtert, sich in der Stellung von Lohnforderungen auch weiterhin eine gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen, um die künftige Entwicklung der Lebenshaltungskosten abzuwarten und den Konsolidierungsprozeß nicht zu stören. Soweit Lohnerhöhungen erfolgt sind, bewegen sie sich in dem Rahmen, der noch vor der Währungsreform von den Militärregierungen durch die grundsätzliche Genehmigung von Zuschlägen bis zu 15 v. H., gezogen wurde. Teilweise sind zeitlich begrenzte Teuerungszuschläge vereinbart worden, die nicht in die Kalkulation eingehen sollen, um die Preisbildung nicht zu beeinflussen.

Die Entwicklung der Bankenliquidität seit der Währungsreform

Von der Währungsreform bis Mitte Februar haben die Geschäftsbanken des westdeutschen Währungsgebiets ihrer Nichtbankenkundschaft, vor allem den Wirtschaftsunternehmungen und Privaten — nur in geringem Umfange auch der öffentlichen Hand — nahezu 5 Mrd. DM kurzfristige Kredite gewährt. Zusammen mit der hoheitlichen Geldschöpfung aus der Währungsgesetzgebung vermehrte diese rasche Zunahme der Bankkredite das Geldvolumen sehr bald so stark, daß die Preisentwicklung etwa vom Herbst 1948 ab restriktive Maßnahmen der für die Kreditpolitik verantwortlichen Stellen zu erfordern begann. Indessen stand der Durchführung solcher Maßnahmen hindernd im Wege, daß die Banken jene starke Kreditexpansion teilweise ohne wesentlichen Rückgriff auf das Zentralbanksystem durchführen konnten, ob-

wohl sich gleichzeitig der Notenumlauf beträchtlich erhöhte. Zwei Monate nach der Währungsreform — Ende August — war das Zentralbanksystem von den Geldinstituten erst mit rund 175 Mill. DM in Anspruch genommen, und auch Ende September waren nur 371 Mill. DM = 11% der von den Geschäftsbanken an die Nichtbankenkundschaft gewährten Kredite vom Zentralbanksystem refinanziert. Ende September unterhielten die Geldinstitute überdies bei den Landeszentralbanken noch Überschußreserven in Höhe von 547 Mill. DM, so daß sie bei gleichmäßiger Verteilung der Liquidität das Zentralbanksystem überhaupt nicht hätten in Anspruch zu nehmen brauchen. Erst ab Oktober ging die Verschuldung der Geldinstitute bei den Landeszentralbanken über die insgesamt gehaltenen Überschußreserven

hinaus. Der Bankenapparat hat also in der ersten Zeit nach der Währungsreform über eine außerordentliche hohe Eigenliquidität und damit über zunächst fast völlige Unabhängigkeit vom Zentralbanksystem verfügt, aber auch später waren nicht wenige Institute noch annähernd in der gleichen Lage.

1. Die ursprüngliche Liquiditätsausstattung der Geldinstitute

Dabei waren die Banken durch die Währungsumstellung ihrer gesamten Kassenbestände mit Ausnahme der Kleingeldzeichen (§ 1 (2) WG) verlustig gegangen, und auch ihre Altgeldguthaben waren für verfallen erklärt worden (§ 1 (1) UG). Der einzige Ersatz, den die Währungsgesetzgebung hierfür vorgesehen hatte, war die in § 8 der 1. DVO/WG. enthaltene Anweisung an die Landeszentralbanken, den Geldinstituten in Anrechnung auf ihre späteren Ansprüche aus der Geldumstellung 1% des Nennbetrages ihrer in der letzten Monatsmeldung vor dem 21. Juni 1948 ausgewiesenen Reichsmark-Verbindlichkeiten aus Kundschaftseinlagen (ohne Einlagen von Geldinstituten), also etwa 10 v. H. des ursprünglich zu erwartenden Umstellungsbetrages, auf Deutsche-Mark-Girokonten gutzuschreiben. Hiermit sollten die Geldinstitute in den Stand gesetzt werden, den Überweisungsverkehr in Deutscher Mark aufzunehmen, ferner die den Unternehmungen gemäß § 17 WG. zustehenden Geschäftsbeträge auszuführen — diese wurden allerdings später gemäß § 2 der Bankenverordnung voll durch die BdL erstattet —, unaufschiebbare Betriebsausgaben zu bestreiten und vor allem die in Aussicht genommenen Mindestreserven bei den Landeszentralbanken zu halten, die anfangs auf 10% der Sichtverbindlichkeiten und 5% der befristeten Verbindlichkeiten einschließlich Spareinlagen festgesetzt wurden. Da die in Frage kommenden Reichsmark-Verbindlichkeiten der Geldinstitute zuletzt am 31. 3. 1948 rund 123 Mrd. RM betragen hatten, dürfte die erwähnte Liquiditätsgutschrift unter Berücksichtigung gewisser Kürzungen, die einzelne Landeszentralbanken in Übereinstimmung mit § 8 der 1. DVO/WG.

vorgenommen haben, insgesamt reichlich 1 Mrd. DM ausgemacht haben.

2. Liquiditätsfördernde Faktoren

So niedrig diese Liquiditätsgutschrift auf den ersten Blick erscheinen mochte, so hoch erwies sie sich in Wirklichkeit. Zunächst lauteten noch fast alle Verbindlichkeiten der Geldinstitute auf Reichsmark und sie mußten, bevor sie wenigstens zur Hälfte verfügbar wurden — die andere Hälfte ging bestimmungsgemäß auf Festkonto (§ 2 UG) —, erst in Deutsche Mark umgewandelt werden. Sogleich umwandlungsfähig war nach der Währungsreform lediglich die sogenannte „Sofort-Freigabe“ (§ 5 WG) im Gesamtbetrage von schätzungsweise 3,4 Mrd. DM. Die übrigen Verbindlichkeiten dagegen bildeten, obwohl auch sie von vornherein in die Berechnung der Liquiditätsausstattung einbezogen worden waren, zunächst überhaupt keine Belastung der Liquidität der Geldinstitute. Insbesondere wurden die noch nicht umgestellten Reichsmark-Verbindlichkeiten im Anfang (bis August) auch nicht als mindestreservspflichtig angesehen. Schließlich erwuchs den Geldinstituten ein nicht unbeachtlicher, wenn auch durch entsprechende Rückbelastungen im Zuge der Abrechnung wieder in Fortfall kommender Liquiditätsvorteil dadurch, daß der durch Anrechnung der Kopf- und Geschäftsbeträge entstehende Wegfall von Verbindlichkeiten nur teilweise durch eine niedrigere Festsetzung der Liquiditätsgutschrift gemäß § 8 1. DVO/WG. ausgeglichen wurde.

Neben der als alleinige Liquiditätsausstattung gedachten Interimgutschrift gemäß § 8, 1. DVO/WG. flossen den Geldinstituten jedoch sofort noch andere, sehr erhebliche Beträge an Zentralbankgeld zu. Hier sind zunächst die insgesamt ungefähr 480 Mill. DM ausmachenden Geschäftsbeträge (§ 15 WG.) zu nennen, die den Geldinstituten — wie bereits erwähnt — voll in Zentralbankgeld zu Lasten der Bank deutscher Länder erstattet worden sind. Da die betreffenden Mittel von der Kundschaft nur zum Teil in bar abgehoben wurden, hat die Gutschrift des vollen Gegenwertes bei der Landeszentralbank eine weitere Stärkung der

Liquidität der Geldinstitute — vermindert nur um die entsprechend dem nicht abgehobenen Teil erhöhte Mindestreserveverpflichtung — bewirkt.

Des weiteren führte der Umstand, daß die insgesamt ca. 2,7 Mrd. DM ausmachende und ebenfalls voll in Zentralbankgeld durch Gutschrift bei den Landeszentralbanken bzw. der Bank deutscher Länder zur Verfügung gestellte Erstausrüstung der öffentlichen Hand einschließlich Eisenbahn und Post (§ 15 WG.) sogleich zu erheblichen Teilen auf bestimmte Geschäftsbanken, insbesondere auf Girozentralen, Sparkassen und Regionalbanken, umdisponiert wurde, zu einer unmittelbaren beträchtlichen Liquiditätserhöhung dieses begünstigten Kreises von Geldinstituten. Darüber hinaus wirkte die Dotation der öffentlichen Hand auch mit ihren zunächst nicht auf die Geschäftsbanken umdisponierten Teilen gegenüber der Gesamtheit der Geldinstitute in dem Augenblick verflüssigend, als sie verbraucht wurde, d. h. die öffentliche Hand ihre Verpflichtungen ganz oder teilweise mit diesem originär geschaffenen Zentralbankgeld bezahlte. Auch die — zusammen 772 Mill. DM betragende — Dotation der Militärregierungen ist wenigstens teilweise schon in den ersten Monaten nach der Währungsreform in den Verkehr abgeflossen. Die Gesamtsumme der öffentlichen Gelder beim Zentralbanksystem (BdL und LZB) ist jedenfalls bereits vom 21. Juni bis 31. Juli 1948 von 3 437 Mill. DM auf 1 497 Mill. DM gesunken und bis zum 30. Oktober ist sie weiter auf 1 229 Mill. DM zurückgegangen. Abgesehen von der Erhöhung des Reserve-Solls, die dem damit verbundenen

Einlagenzuwachs bei den Geschäftsbanken folgte, ist die Liquidität der Geldinstitute hierdurch in entsprechendem Umfang erhöht bzw. der Einfluß anderer liquiditätsmindernder Faktoren kompensiert worden.

Ein ähnlicher Vorgang wie bei der Auszahlung der Geschäftsbeträge wiederholte sich schließlich bei der Ende August begonnenen Auszahlung der zweiten Rate des Kopfbetrages (20 DM pro Person). Diese zweite Rate wurde, anders als die erste Rate, nur in den Fällen bar ausgezahlt, in denen die Empfangsberechtigten keine Bankkonten besaßen; grundsätzlich — praktisch in 75% aller Fälle — wurde sie jedoch auf Bankkonten gutgeschrieben. Für diese Gutschriften erhielten die Geldinstitute ebenfalls 100%ige Deckung in Zentralbankgeld. Die etwa 700 Mill. DM, die ihnen hierdurch zuflossen, sind den Geldinstituten ebenfalls keineswegs voll oder doch zumindest nicht sofort durch Barabhebungen der Kopfgeld-Gutschriften seitens des Publikums wieder entzogen worden (wie es ja auch gerade der Sinn der Anordnung war, zu erreichen, daß die zweite Kopfgeldrate nicht sofort für den Konsum verwandt wurde).

3. Die Wirkung des originär geschaffenen Zentralbankgeldes

Die Auswirkung der vorstehend analysierten Faktoren kommt in der Gegenüberstellung der insgesamt hoheitlich-originär geschaffenen Zentralbankgeldmengen mit dem Zentralbankgeldumlauf außerhalb des Bankenapparates zum Ausdruck.

Originär geschaffenes Zentralbankgeld
(in Mrd. DM)

Entstehung	30. 6.	31. 7.	31. 8.	30. 9.	31. 10.	30. 11.	31. 12.	31. 1.
Kopfquote	1,9	1,9	1,9	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8
Geschäftsbeträge (einschl. Bahn u. Post)	0,3	0,6	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Dotation der öffentlichen Hand und der Besatzungsmächte	2,2	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1	3,1
Liquiditätsausstattung der Geldinstitute	0,5	1,0	1,0	1,0	0,7	0,7	0,7	0,7
zusammen	4,9	6,6	6,8	7,7	7,4	7,4	7,4	7,4

Die hoheitliche Schöpfung von Zentralbankgeld gegenüber Nichtbanken betrug insgesamt, also einschließlich der zweiten Rate des Kopfbetrages und der Dotierung der Besatzungsmächte 6,7 Mrd. DM; mit der einzigen Ausnahme der zweiten Rate Kopfbetrages, die ca. 0,9 Mrd. DM betrug und erst ab Ende August ausgeschüttet wurde, stand dieser Betrag sogleich nach der Währungsreform oder zumindest innerhalb der ersten 4 Wochen danach voll zur Verfügung. Einschließlich der bereits oben erwähnten, ebenfalls innerhalb der ersten Wochen nach der Reform gutgeschriebenen 1 Mrd. DM Liquiditätsausstattung des Bankenapparates sind es mithin 7,7 Mrd. DM, die an Zentralbankgeld originär geschaffen wurden.

liquidität des Bankenapparates erklärt, freilich implicite auch schon ihr Rückgang angedeutet.

4. Liquiditätsmindernde Faktoren

Außer dieser bedeutenden Zunahme des Umlaufs an Zentralbankgeld — von 5,6 Mrd. DM Ende Juli auf 7,6 Mrd. DM Ende Dezember — bildete vor allem das rasche Wachstum der Bankeinlagen, das, über den gesamten Zeitraum gesehen, nicht auf Notenrückfluß, sondern auf Kreditschöpfung und Umwandlung von RM-Einlagen beruhte, einen weiteren Faktor, der die Liquidität der Banken — so hoch sie auch bis heute im allgemeinen noch immer blieb — ebenfalls von Anfang an herabdrückte.

Zentralbankgeld-Umlauf im Währungsgebiet außerhalb des Bankenapparates
(in Mill. DM)

Zentralbankgeld	30. 6.	31. 7.	31. 8.	30. 9.	31. 10.	30. 11.	31. 12.	31. 1.
Banknotenumlauf insgesamt abzüglich Kassenbestand der Geldinstitute ¹⁾	2174	3831 234	4178 293	5358 291	5885 277	6018 287	6319 265	6167 275
Banknotenumlauf außerhalb der Geldinstitute Zentralbankgiroguthaben d. Nichtbankenkundschaft ¹⁾		3597 2014	3885 2025	5067 1935	5608 1810	5731 1820	6054 1560	5892 1645
Zentralbankgeldumlauf außerhalb der Geldinstitute		5611	5910	7002	7418	7551	7614	7537
Durch Abgabe von Ausgleichsforderungen durch die BdL zeitweilig neutralisiertes Zentralbankgeld	—	—	—	—	—	—	200	150

¹⁾ Stand per 30. 6. nicht bekannt.

Demgegenüber war der Zentralbankgeldumlauf außerhalb der Geldinstitute¹⁾ bis Ende September erheblich niedriger. Ende Juli betrug er 5,6, Ende August 5,9 und Ende September lag er mit 7,0 Mrd. DM immer noch rund 700 Mill. DM unter der zum gleichen Termin vorhandenen Gesamtsumme hoheitlich-originär geschaffenen Zentralbankgeldes. Erst Ende Oktober rückte der Umlauf an Zentralbankgeld in die Nähe des hoheitlich geschöpften Betrages. Von da an jedoch lag er ständig darüber, am Jahresende — unter Hinzurechnung der von der Bank deutscher Länder erstmals im Dezember abgegebenen Ausgleichsforderungen — vorübergehend sogar um 400 Mill. DM. Damit ist die anfänglich außerordentlich hohe Eigen-

Die Liquidität der Banken sank hierdurch erheblich, da nach den Mindestreserve-Vorschriften stets ein bestimmter Prozentsatz der Einlagen als Guthaben bei den Landeszentralbanken gehalten werden muß. Dabei wurde die liquiditätsmindernde Wirkung des nicht auf Kreditschöpfung, sondern auf Umwandlung alter RM-Einlagen zurückgehenden Teils des Einlagenwachstums durch den Beschluß des Zentralbankrats, auch die noch nicht umgewandelten RM-Einlagen in die Mindestreservepflicht einzubeziehen, ab August in voller Höhe vorweggenommen. Insgesamt hatten die reservepflichtigen Einlagen der Geldinstitute im Januar die Summe von rd. 11 Mrd. DM, das Reserve-Soll 1,17 Mrd. DM erreicht.

In Auswirkung des 4. Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Festkontenentscheidung)

¹⁾ Notenumlauf abzüglich Kassenbestand der Geldinstitute plus Zentralbankgiroguthaben von Nichtbanken.

brachte dann der Oktober eine beträchtliche Kürzung des originär geschaffenen Zentralbankgeldes, indem die Landeszentralbanken gemäß Beschluß des Zentralbankrats den Geldinstituten am 11. Oktober die der Streichung von 7/10 der Festkonten entsprechenden 35% der mehrfach erwähnten Liquiditätsausstattung des § 8 1. DVO/WG. auf Girokonto zurückbelasteten. Dies dürfte für die Banken den sofortigen Entzug von ca. 350 Mill. DM Zentralbankgeld bedeutet haben. Zwar ging als Folge der Teilstreichung des Festkontos die Reserveverpflichtung der Geldinstitute ebenfalls erheblich zurück, jedoch sank sie nicht im gleichen Ausmaß wie das Reserve-Soll, da die zurückzuvergütende Liquiditätsausstattung mit 1% der Reichsmark-Einlagen (= 10% der umgestellten DMark-Summen) höher war als der sich nach dem Anteil von Sicht- und Terminverbindlichkeiten errechnende durchschnittliche Reservesatz, der im September nur 8,2% betrug. Bei weiter gestiegenen Bankeinlagen ergab sich dann für Oktober (im Monatsdurchschnitt) für die Gesamtheit aller Geldinstitute ein Reserve-Soll in Höhe von 843 Mill. DM. Da Ende Oktober gleichzeitig auch der Umlauf an Zentralbankgeld wiederum um rd. 400 Mill. zugenommen hatte, kam es, wie erwähnt, dazu, daß erstmals seit der Währungsreform der Zentralbankgeldumlauf größer war als die Summe des originär geschaffenen Zentralbankgeldes (vgl. Tabellen 1 und 2). Damit überschritt auch, ebenfalls zum ersten Mal seit der Reform, der von der Gesamtheit der Geldinstitute in Anspruch genommene Zentralbankkredit (per Ende Oktober) den Gesamtbetrag der Überschußreserven. Hätten die Geldinstitute bisher,

gleichmäßige Verteilung der Überschußreserven vorausgesetzt (was natürlich, wie gleich gezeigt werden wird, nicht zutrifft), den Kredit des Zentralbanksystems überhaupt nicht in Anspruch zu nehmen brauchen, so waren sie nunmehr ab Oktober ständig 3—4 mal höher beim Zentralbanksystem verschuldet, als sie andererseits Überschußreserven hielten. Im Oktober waren also die Überschußreserven, obgleich sie auf 228 Mill. DM (= 27% des Reserve-Solls) zurückgegangen waren, global betrachtet, erstmals entliehen. Bis heute hat sich an dieser Sachlage grundsätzlich nichts mehr geändert.

5. Kreditkontrolle und Überschußreserven

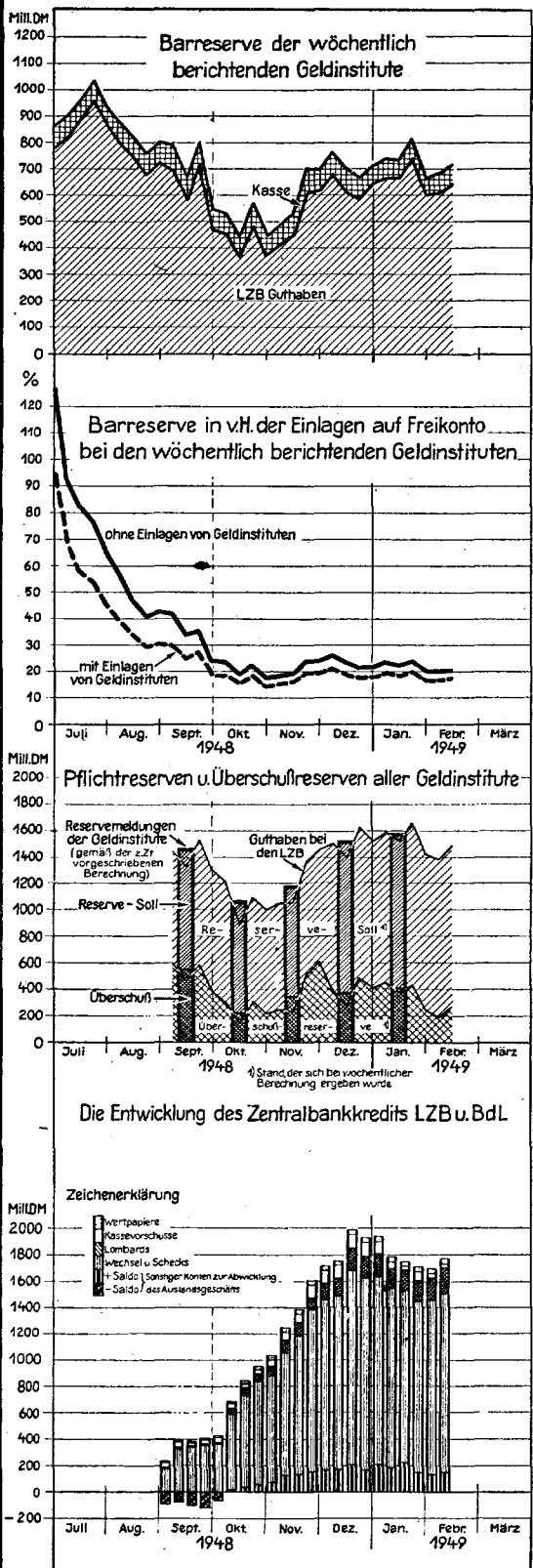
Im November stieg die Beanspruchung des Zentralbanksystems durch die Geldinstitute nochmals um fast 50% auf 1364 Mill. DM. Gleichzeitig wuchsen auch die Überschußreserven wieder auf 343 Mill. DM gleich 41% des Reserve-Solls (im Monatsdurchschnitt). Die Betrachtung der Globalziffern könnte demnach den Anschein erwecken, als sei ein beträchtlicher Teil der Sekundärliquidität der Geldinstitute (vor allem Wechsel) mit Hilfe des Zentralbanksystems in Primärliquidität verwandelt worden, um dann größtenteils als Überschußreserve disponibel gehalten zu werden. Vielleicht ist die Entwicklung auch tatsächlich infolge Befürchtungen, die man im November hinsichtlich einer vermeintlich bevorstehenden drastischen Diskonterhöhung hegte und die gewisse vorsorgliche Rediskontierungen der Geldinstitute auslöste, teilweise in dieser Richtung gegangen.

Entwicklung der Überschußreserven und des Zentralbankkredits der Geldinstitute im Währungsgebiet

Zeitraum	Reserve-Soll in Mill. DM	Reserve-Ist in Mill. DM	Überschußreserven		Zentralbankkredit der Geldinstitute in Mill. DM	
			in Mill. DM	in v.H. des Solls		
1948 September ¹⁾	921	1468	547	59	30. Sept.	371
Oktober	843	1071	228	27	31. Okt.	871
November ¹⁾	847	1190	343	41	30. Nov.	1364
Dezember	1151	1528	377	33	31. Dez.	1666
1949 Januar	1177	1585	408	35	31. Jan.	1499

¹⁾ Monatsdurchschnitt gemäß Meldungen

Zur Liquiditätslage der Geldinstitute im Währungsgebiet



Eine gewisse Erschwerung des Rückgriffs auf das Zentralbanksystem wurde erstmalig Mitte November dadurch vorgenommen, daß die Rediskontmöglichkeiten für Bankakzpte wesentlich eingeschränkt und eine allgemein schärfere Wechselauslese durch die Landeszentralbanken angeordnet wurde. Außerdem wurde ab 1. Dezember ein Teil der beträchtlichen Überschussreserven der Geldinstitute durch Erhöhung des Reservesatzes für Sichtdepositen an Bankplätzen¹⁾ von 10 auf 15% neutralisiert. Das Reserve-Soll dürfte dadurch um etwa 250 Mill. DM erhöht worden sein, es belief sich im Dezember (Monatsdurchschnitt) auf 1151 Mill. DM. Trotzdem haben die Guthaben der Geldinstitute beim Zentralbanksystem mit 1528 Mill. DM (Monatsdurchschnitt) auch im Dezember wieder wesentlich — um 33% — über dem Reserve-Soll gelegen, wogegen die Geldinstitute insgesamt ihre Verschuldung an das Zentralbanksystem abermals um rund 300 Mill. DM erhöht hatten. Wenn bei dieser Entwicklung sicherlich auch unerläßliche Vorbereitungen auf den Jahrestimo, der ursprünglich für schwerer gehalten wurde, als er dann schließlich war, eine Rolle gespielt haben — der Zentralbankgeldumlauf lag Ende Dezember kaum höher als Ende November, allerdings nach Verkauf von 200 Mill. DM Ausgleichsforderungen durch die Bank deutscher Länder —, so bleibt doch wenigstens bei Betrachtung der Gesamtzahlen die Frage offen, warum das Zentralbanksystem einerseits überhaupt seinen Kredit weiter in so beträchtlichem Ausmaß (anscheinend zur Aufstockung von Überschussreserven) zur Verfügung gestellt hat und warum andererseits nicht auch die Überschussreserven des Dezember wiederum durch eine Mindestreserverhöhung gebunden werden konnten.

Die Antwort ergibt sich aus der sehr ungleichmäßigen Verteilung der Überschussreserven, besonders zwischen den einzelnen Bankengruppen, die generelle Restriktionsmaßnahmen, vor allem aber eine Erhöhung der Mindestreservesätze sehr erschwerte.

Die Tabelle weist aus, daß die Überschussreserven in allen Monaten außerordentlich ungleich verteilt waren. So konzentrierten sich jeweils

¹⁾ Plätze mit Niederlassungen von Landeszentralbanken.

Verteilung der Überschußreserven nach Bankengruppen

Bankengruppen	Überschußreserven bzw. Reserve- fehlbeträge (—) (in Mill. DM)			Überschußreserven in v.H.					
				der gesetzlichen Mindestreserven (Reserve-Soll)			der Gesamtsumme der Überschußreserven aller Bankengruppen		
	Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
1. Nachfolgeinstitute von Großbankfilialen	77,3	116,1	73,1	41,5	41,5	26,0	22,5	30,9	17,9
2. Regionalbanken	50,5	31,5	108,7	43,6	19,4	65,4	14,7	8,4	26,7
3. Privatbanken	4,5	2,7	3,3	20,4	7,9	9,5	1,3	0,7	0,8
4. Girozentralen	135,9	156,3	149,2	185,1	177,2	162,4	39,6	41,5	36,6
5. Sparkassen	38,0	21,9	32,2	14,7	6,7	9,8	11,1	5,8	7,9
6. Hypothekenbanken	0,6	1,0	2,0	120,0	125,0	166,7	0,2	0,3	0,5
7. Ländl. Zentralkassen und ländl. Kreditgenossenschaften	6,2	5,4	5,6	10,4	7,6	7,4	1,8	1,4	1,4
8. Gewerbliche Zentralkassen	1,7	1,3	1,3	154,5	100,0	92,9	0,5	0,3	0,3
9. Gewerbl. Kreditgenossenschaften	1,2	— 2,6	0,3	2,3	— 3,9	0,4	0,3	— 0,7	0,1
10. Sonstige Geldinstitute	27,3	42,9	31,8	34,8	36,3	25,3	8,0	11,4	7,8
Insgesamt	343,2	376,5	407,5	40,5	32,7	34,7	100,0	100,0	100,0

etwa 40% aller Überschußreserven allein bei den 21 Girozentralen. Bei diesen aber wird die Liquidität vor allem durch die Bewegung der öffentlichen Gelder beeinflußt, die beispielsweise im Dezember mit 608 Mill. DM nicht weniger als 52% aller Einlagen (Freikonto) der Girozentralen ausgemacht hatten. Auch die Gruppe der 72 Regionalbanken, deren Anteil an den Überschußreserven im Januar scharf auf 26,7% angestiegen ist, hatten nach der Dezember-Statistik mit 452 Mill. DM einen nicht sehr viel kleineren Betrag öffentlicher Gelder als die Girozentralen verwaltet — im Gegensatz etwa zu den Genossenschaften und Privatbankiers, aber auch zu den 30 Nachfolgeinstituten der Großbanken, deren öffentliche Einlagen im Dezember nur 92 Mill. DM betragen. Da die Masse der Sparkassen, der ländlichen und gewerblichen Genossenschaften und der Privatbankiers über keine oder nur geringe Überschußreserven verfügte, hätte eine abermalige Erhöhung der Reservesätze sie außerordentlich hart getroffen — unter Umständen auch das Zentralbanksystem zum Ankauf von Ausgleichsforderungen gezwungen —, ohne daß andererseits die erstrebte Wirkung, nämlich die Absaugung der vorhandenen Überschußreserven, hätte erreicht werden können.

Aus dem gleichen Grunde — eben wegen der außerordentlich ungleichmäßigen Verteilung der

Überschußreserven — dürfte auch der optische Eindruck weitgehend unzutreffend sein; als habe die bis gegen Ende Dezember andauernde Expansion des Zentralbankkredits in bedeutendem Maße zum Aufbau von Überschußreserven beigetragen. Selbst wenn die Vermutung zeitweise spekulativer Kreditaufnahme der Geldinstitute in gewissem Umfange zutreffen sollte, so dürfte dennoch die Masse der Überschußreserven weniger von den kreditnehmenden Banken als vielmehr von anderen Instituten gehalten worden sein. Auch dies geht aus der Tabelle der Verteilung der Überschußreserven hervor.

Danach ist es erklärlich, daß sich auch im Januar im wesentlichen das gleiche Bild wie in den drei vorangegangenen Monaten erhalten hat: Nicht unbedeutende Überschußreserven auf der einen Seite (408 Mill. DM = 35% des Reserve-Solls), gut dreieinhalb mal höhere Inanspruchnahme der Zentralbankkredite andererseits, obwohl im Januar eine spekulative Kreditinanspruchnahme, etwa wegen befürchteter Diskonterhöhung oder verschärfter Kreditkontingentierung, kaum mehr aktuell gewesen sein dürfte. Wohl sind im Januar infolge zeitweise recht starker Senkung des Zentralbankgeldumlaufs den Banken erheblich liquide Mittel zugeflossen; die Verschuldung der Banken an das Zentralbanksystem ging jedoch

nur um 10 v. H. zurück, während sich die Überschußreserven in entgegengesetzter Richtung bewegten, indem sie fast um den gleichen Prozentsatz stiegen. Dabei wurde ab 1. Januar 1949 die Mindestreservehaltung der Geldinstitute insofern verschärft, als für die Unterschreitung des Reservesolls nicht mehr wie bisher ein Sonderzins von nur 1 v. H. über Lombardsatz, sondern von 3 v. H. über Lombardsatz an die Landeszentralbank zu zahlen ist. Wären die Kreditnehmer und die Halter von Überschußreserven im großen und ganzen identisch, so hätte ein stärkerer Abbau des Zentralbankkredits unter Heranziehung

der Überschußreserven wohl nahe gelegen.

Die eigenartige Erscheinung, daß verhältnismäßig hohe Überschußreserven neben einer gleichzeitig um ein Vielfaches größeren Verschuldung der Geldinstitute an das Zentralbanksystem existieren, dürfte nur von zwei Seiten her abgebaut werden können. Einmal durch zweckentsprechende Korrektur der derzeitigen ungleichmäßigen Verteilung der öffentlichen Guthaben bei Geldinstituten, zum anderen aber durch Wiedereingangsetzung eines funktionsfähigen Geldmarktes, über den die Bestände der Geldinstitute an Zentralbankgeld sich ausgleichen könnten.

Der organisatorische Aufbau des Zentralbanksystems¹⁾

Das neue westdeutsche Zentralbanksystem ist in seiner Art in der Welt ziemlich einzigartig. Was es von fast allen anderen Zentralbanksystemen unterscheidet, ist vor allem seine Zweistufigkeit, d. h. die Tatsache, daß sich auf der Basis der Landeszentralbanken nicht nur, wie im Federal Reserve System, ein Board als reine Koordinationsbehörde ohne bankmäßige Funktionen erhebt, sondern noch einmal eine Bank — die Bank deutscher Länder —. Die Bank deutscher Länder ist zwar laut Gesetz die einzige Noten ausgebende Stelle im Währungsgebiet, sie stellt aber dennoch nicht etwa „die“ Notenbank im herkömmlichen Sinne dar, sondern eben nur einen Teil des gesamten Zentralbanksystems, zu dem die Landeszentralbanken ebenso gehören wie die Bank deutscher Länder. Von der früheren Reichsbank, die, wie die meisten Notenbanken der Welt, ausgesprochen zentralistisch war, unterscheidet sich das neue Zentralbanksystem außer durch diese Zweistufigkeit aber vor allem noch durch seinen föderativen Charakter. Das föderative Prinzip kommt zum Ausdruck in der Errichtung je einer selbständigen Zentralbank in den 11 Ländern der Westzonen und in der Festlegung der gemeinsamen

Bankpolitik durch einen „Zentralbankrat“, der seinerseits ebenfalls ein getreues Spiegelbild der föderativen Struktur des Zentralbanksystems darstellt.

Die Landeszentralbanken wurden nacheinander in den Ländern der Westzonen in der Zeit von Ende 1946 bis Anfang 1948 durch Gesetzgebung der Militärregierungen oder der jeweiligen Landesregierung ins Leben gerufen. Ein einheitliches und für alle Landeszentralbanken des Währungsgebietes verbindliches Landeszentralbank-Gesetz ist in Vorbereitung. Die Landeszentralbanken sind juristische Personen des öffentlichen Rechts und haben die Stellung von Landesbehörden; sie sind befugt, in ihrem Lande Zweiganstalten zu errichten. Zur Zeit bestehen in den 11 Ländern des westdeutschen Währungsgebietes insgesamt 60 selbständige und 199 unselbständige Bankanstalten der Landeszentralbanken. Ihre räumliche Verteilung über das westdeutsche Währungsgebiet ist aus dem Übersichtsplan auf der folgenden Seite zu ersehen. Aus dieser Darstellung läßt sich auch unschwer ein Bild gewinnen über die verschieden große Bedeutung der einzelnen Landeszentralbanken im Verhältnis zueinander, ein Bild, das sich ziffernmäßig in gewissem Umfang in der unterschiedlichen Größe der Bilanzsumme der einzelnen Landes-

¹⁾ In einer der nächsten Nummern des Monatsberichts wird die Funktionsweise des Zentralbanksystems dargestellt werden.

Das Niederlassungsnetz des Zentralbanksystems (Sitz der BdL, der LZB und LZB-Niederlassungen)



zentralbanken widerspiegelt und nach den Ausweisen per Ende 1948 wie folgt aussieht:

	Bilanzsumme
Nordrhein-Westf. (Düsseldorf)	1 200 Mill. DM
Bayern (München)	800 „
Niedersachsen (Hannover)	500 „
Württemberg-Baden (Stuttgart)	400 „
Hamburg	400 „
Hessen (Frankfurt)	300 „
Rheinland-Pfalz (Kaiserslautern)	300 „
Schleswig-Holstein (Kiel)	200 „
Bremen	200 „
Baden (Freiburg)	100 „
Württbg.-Hohenz. (Reutlingen)	100 „
Insgesamt	4 500 Mill. DM

Die Landeszentralbanken werden von einem Vorstand geleitet, der aus einem Präsidenten (bei den Landeszentralbanken der französischen Zone Generaldirektor genannt), dessen Stellvertreter und der erforderlichen Anzahl von Mitgliedern besteht. Der Präsident und der Vizepräsident werden auf Vorschlag des Finanzministers vom Ministerpräsidenten ernannt, die übrigen Mitglieder werden vom Verwaltungsrat bestimmt. Die Amtsdauer der Mitglieder des Vorstandes beträgt fünf Jahre, wiederholte Bestellung ist zulässig.

Der Verwaltungsrat der Landeszentralbanken stellt die Grundsätze der gesamten Geschäftspolitik der Landeszentralbank auf, soweit nicht direkte Anweisungen der Bank deutscher Länder, die in Ausführung der Beschlüsse des Zentralbankrats erlassen werden, zu befolgen sind. Er setzt sich zusammen aus einem eigenen Vorsitzenden, ferner dem Präsidenten der Landeszentralbank als stellvertretendem Vorsitzenden und sieben weiteren Mitgliedern: dem Leiter der Bankaufsichtsbehörde, je einem durch die zuständigen Fachminister ernannten Vertreter der gewerblichen Wirtschaft, der Landwirtschaft und Arbeitnehmer sowie schließlich Vertretern der privaten, der öffentlich-rechtlichen und der genossenschaftlichen Kreditinstitute, als der im Gesetz vorgesehenen künftigen Anteilseigner der Landeszentralbanken.¹⁾ Durch diese breite

¹⁾ Der Verwaltungsrat der Landeszentralbanken der französischen Zone weist gegenüber der Regelung in der anglo-amerikanischen Zone teilweise eine andere Art der Zusammensetzung auf; auch zählt der Verwaltungsrat hier bis zu 12 Mitgliedern.

Streuung in der Zusammensetzung des Verwaltungsrates ist die Mitbestimmung der Wirtschaft an der Festsetzung der Geschäftspolitik der Landeszentralbanken gewährleistet.

Die Höhe des Grundkapitals der Landeszentralbanken ist in den einzelnen Landeszentralbankgesetzen festgelegt worden.

Es beträgt in

Nordrhein-Westfalen	50 Mill. DM
Bayern	50 „
Niedersachsen	40 „
Württemberg-Baden	30 „
Hessen	30 „
Rheinland-Pfalz	20 „
Hamburg	10 „
Schleswig-Holstein	10 „
Bremen	10 „
Baden	10 „
Württemberg-Hohenzollern	10 „
Insgesamt	270 Mill. DM

Das Grundkapital wurde zunächst durch eine Kapitaleinlage des betreffenden Landes aufgebracht. Die aus dieser Kapitaleinlage sich ergebenden Rechte des Landes werden vorläufig vom Finanzminister wahrgenommen. Es ist jedoch gesetzlich bestimmt, daß das Grundkapital in absehbarer Zeit (nämlich bis 1952) von den Geldinstituten des betreffenden Landes übernommen werden muß.

Der jährliche Reingewinn der Landeszentralbanken wird in erster Linie zur Bildung gesetzlicher Rücklagen verwandt. Danach wird an die Anteilseigner des Grundkapitals ein Gewinnanteil von höchstens 4% des Grundkapitals ausgeschüttet. Ein etwa noch verbleibender Rest kann dann entweder durch Beschluß des Verwaltungsrates und mit Genehmigung des Finanzministers zur Bildung freier Rücklagen verwandt werden, oder er fällt dem Lande zu.

Die Bank deutscher Länder wurde als Bank der Landeszentralbanken und als Spitzeninstitut des westdeutschen Zentralbanksystems am 1. März 1948 durch gleichlautende Gesetzgebung der amerikanischen und britischen Militärregierungen gegründet (Gesetz Nr. 60 bzw. Verordnung Nr. 129). Die Landeszentralbanken der französischen Zone wurden in

Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Gesetzes durch Verordnung Nr. 155a mit Wirkung vom 25. März 1948 an die Bank deutscher Länder angeschlossen. Eine Neufassung des Gesetzes über die Errichtung der Bank deutscher Länder erfolgte mit Wirkung ab 1. November 1948, sein nur in unwesentlichen Teilen abgeänderter Text bildet nunmehr die Rechtsgrundlage dieser Bank.¹⁾

Die Bank deutscher Länder ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Sitz in Frankfurt a. M. Sie unterhält keinerlei Zweigniederlassungen, Tochtergesellschaften oder angegliederte Unternehmungen, da sie lediglich Bank der Landeszentralbanken, Zentrale für das deutsche Auslandsgeschäft und „fiscal agent“ der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets bzw. der Länder der französischen Zone sein soll.²⁾ Ihr Personalbestand beträgt z. Z. etwa 900 Personen, während sich die Zahl der bei den Landeszentralbanken Beschäftigten auf ungefähr 5500 beläuft.

Die Bank wird geleitet durch das Direktorium. Die allgemeine Geschäftspolitik, also vor allem die Kreditpolitik des Zentralbanksystems, wird bestimmt durch den Zentralbankrat. Der Zentralbankrat unterliegt jedoch gegebenenfalls Anordnungen von Seiten der Alliierten Bank-Kommission, die das Aufsichtsorgan der drei Militärregierungen des Währungsgebiets darstellt. Weisungsrechte politischer Stellen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets oder der Länder dagegen bestehen nicht.

Das Direktorium stellt das Exekutivorgan der Bank dar. Es besteht aus dem Präsidenten, seinem Stellvertreter und zur Zeit vier weiteren Mitgliedern. Alle Mitglieder werden durch

¹⁾ Das Gesetz ist abgedruckt in Nr. 3 / Jahrgang 2 der „Mitteilungen der Bank deutscher Länder“.

²⁾ Näheres hierüber wird der Aufsatz über die Funktionsweise des Zentralbanksystems enthalten. Hier sei nur erwähnt, daß die Kreditgewährungsbefugnisse der Bank deutscher Länder gegenüber der öffentlichen Hand eng begrenzt sind. Mitte Februar 1949 standen übrigens keine Kassenkredite an die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes oder ein Land der französischen Zone aus

den Zentralbankrat auf für eine vom Zentralbankrat festzusetzende Amtszeit gewählt. Bei der Wahl des Präsidenten und seines Stellvertreters stimmen jedoch nur die Landeszentralbankpräsidenten ab. Der Präsident des Direktoriums ist dem Zentralbankrat für die Durchführung der von ihm gefaßten Beschlüsse verantwortlich. Er wird dabei von den übrigen Mitgliedern des Direktoriums beraten und unterstützt. Das Direktorium ist also nicht, wie das frühere Reichsbankdirektorium, ein kollegiales Gremium, sondern Verantwortlichkeit und Entscheidungsbefugnis sind beim Präsidenten konzentriert. Willenserklärungen der Bank bedürfen indes der Unterschrift je zweier Mitglieder des Direktoriums.

Der Zentralbankrat wird gebildet aus einem Präsidenten, der von den 11 Landeszentralbankpräsidenten gewählt wird, dem Präsidenten des Direktoriums der Bank deutscher Länder und den Präsidenten der angeschlossenen Landeszentralbanken, zur Zeit also aus 13 Mitgliedern. Die Beschlüsse des Zentralbankrats werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt; im Falle der Stimmengleichheit entscheidet die Stimme seines Präsidenten. Eine Übertragung der seiner Kompetenz unterworfenen wichtigsten Aufgaben auf andere Stellen ist nicht zulässig.

Das Grundkapital der Bank deutscher Länder beträgt 100 Mill. DM, die von allen Landeszentralbanken gezeichnet sind. Diese Anteile sind jedoch nur als vorläufige anzusehen, eine endgültige Neuregelung soll bis zum 1. März 1950 erfolgen.

Der Jahresreingewinn ist, nach Bildung der vom Zentralbankrat zu bestimmenden Rückstellungen, zur Bildung einer gesetzlichen Rücklage zu verwenden, jedoch jeweils nur in Höhe von 20% des Grundkapitals und nur so lange, bis die gesetzliche Reserve die Höhe des Grundkapitals erreicht hat. Ein darüber hinaus verbleibender Reingewinn wird an die angeschlossenen Landeszentralbanken im Verhältnis ihrer Kapitalbeteiligungen ausgeschüttet.

Die bankstatistischen Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken ¹⁾

Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 gingen die Funktionen, die die Reichsbank und das Reichsaufsichtsamt für das Kreditwesen bei der Sammlung und Veröffentlichung von statistischem Material über die deutschen Banken ausgeübt hatten, auf die Militärregierung über. Erst im Jahre 1948 wurde die Zuständigkeit für die Bankenstatistik wieder einer deutschen Stelle übertragen. Auf Grund des § 17 ihres Gründungsgesetzes regelt nunmehr die Bank deutscher Länder „die Erhebung, Zusammenstellung und Auswertung von Statistiken auf dem Gebiete des Geld- und Bankwesens und erläßt Vorschriften für die seitens der angeschlossenen Landeszentralbanken auszuführenden Vorarbeiten“. Bis zur Währungsreform behielt sich jedoch die Militärregierung die Entscheidung über eine Änderung der von ihr eingeführten Formulare vor.

Die Neuordnung des Geldwesens erforderte eine völlige Umgestaltung der Statistik. Mehr denn je kam es vor allem auf eine schnelle Unterrichtung der für die Kreditpolitik verantwortlichen Stellen und der Öffentlichkeit an. Um dem Rechnung zu tragen, wurde von der Bank deutscher Länder in Zusammenarbeit mit den Landeszentralbanken eine wöchentliche Bankenstatistik eingerichtet, die sich im Interesse eines raschen Anfalls naturgemäß nur auf eine begrenzte Zahl von Instituten stützen konnte. Im Einvernehmen mit den Landeszentralbanken wurden hierfür 112 Geldinstitute (zwischen 5 und 17 in jedem Lande) aus fast allen Bankengruppen ausgewählt. Diese sogenannten „Repräsentativinstitute“ berichten wöchentlich (oder genauer zum 7., 15., 23. und 30. eines jeden Monats) an ihre Landeszentralbanken, die die aus ihrem Bezirk gemeldeten Zahlen telefonisch oder telegraphisch an die Bank deutscher Länder weitergeben. Das Ergebnis wird bereits 8–10 Tage nach dem jeweiligen Stichtag zur Veröffentlichung an die Presse weitergeleitet, in ähnlicher Weise wie

die wöchentlichen Ausweise der Bank deutscher Länder.

Wie jede statistische Teilerhebung, so ist auch „die Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet“ nicht frei von Mängeln. Ihr Aussagewert ist begrenzt, da sie von den mehr als 3 500 berichtspflichtigen Geldinstituten des Währungsgebiets nur 112 Banken und Sparkassen erfaßt. Mit rund 35 v. H. aller Einlagen und ungefähr 40 v. H. der kurzfristigen Kredite an die Nichtbankenkundschaft ist ihr Anteil am Geschäftsvolumen des gesamten Banksystems jedoch groß genug, um in Ergänzung zu den Ausweisen des Zentralbanksystems als brauchbarer Maßstab für die Beurteilung der wichtigsten geld- und kreditpolitischen Vorgänge dienen zu können. An Hand der Ergebnisse der monatlichen Bankenstatistik wird der Repräsentationsgrad der wöchentlichen Erhebung überdies laufend überprüft. Ein halbes Jahr lang (Juli–Dezember 1948) sind bei den Hauptpositionen: den Krediten an die Nichtbankenkundschaft und den Einlagen nur geringe Schwankungen aufgetreten. Die tendenzielle Entwicklung des Bankkredit- und des Bankgeldvolumens kann daher auf Grund der Ergebnisse der wöchentlichen Statistik ziemlich zuverlässig geschätzt werden.

Die monatliche Bankenstatistik — die zweite große bankstatistische Erhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken — zieht alle Geldinstitute in die Berichtspflicht ein, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 (letzter Zwischenausweistermin vor der Währungsreform) 2 Mill. RM oder mehr betrug. Die Tatsache, daß die weitergehende Berichtspflicht der früheren Militärregierungsstatistik nur allmählich eingeschränkt wurde, hatte zur Folge, daß die Zahl der erfaßten Institute von Juli bis Oktober 1948 um 627 abgenommen hat. Da der Anteil der heute nicht mehr berichtenden Institute — in der Mehrzahl Spar- und Darlehenskassen — an der Gesamtbilanz aller Banken verschwindend gering

¹⁾ Vgl. hierzu Abschnitt II im Statistischen Teil der Monatsberichte.

Zum Repräsentationswert der wöchentlichen Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
(Prozentualer Anteil der 112 Geldinstitute an der monatlichen Gesamterhebung der BdL und der LZB)

	1948					
	Juli	August	Septemb.	Oktober	Novemb.	Dezember
Barreserve	53,6	47,3	35,0	36,4	43,2	39,0
1. Kassenbestand	26,9	26,3	25,1	26,7	25,1	27,2
2. LZB-Guthaben	57,7	51,6	37,3	39,2	47,0	41,0
Nostroguthaben	.	36,2	41,2	46,3	52,1	48,2
Ausgleichsforderungen	23,6	25,1
Kredite insgesamt	40,4	45,9	48,6	46,2	43,6	42,8
1. kurzfristige Kredite insgesamt	40,4	45,9	48,6	46,2	45,0	44,8
a) an die Nichtbankenkundschaft insgesamt	42,8	38,5	40,1	37,4	37,9	38,8
a ¹⁾ an Wirtschaftsunternehmen und Private	41,2	38,4	40,9	38,8	39,6	40,7
a ²⁾ an die öffentliche Hand	64,6	40,0	27,6	19,7	14,4	10,5
b) an Geldinstitute	.	93,0	84,1	78,0	74,4	70,4
2. mittel- und langfristige Kredite insgesamt	14,1	19,6
a) an die Nichtbankenkundschaft	15,1	20,7
b) an Geldinstitute	8,1	7,0
Einlagen insgesamt	37,7	35,7	33,6	33,7	35,5	34,5
1. Einlagen der Nichtbankenkundschaft insgesamt	34,2	32,0	30,8	31,7	33,0	32,7
a) auf Anlagekonto	21,4	23,8
b) auf Festkonto	31,8	28,0	26,9	24,0	22,4	19,1
c) auf Freikonto	35,7	34,1	33,0	33,5	34,1	33,6
c ¹⁾ der öffentlichen Hand	42,2	45,1	49,0	52,9	54,8	52,3
c ²⁾ sonstiger Gläubiger	34,1	34,4	32,3	32,0	31,8	32,2
c ³⁾ Spareinlagen	12,5	13,0	13,4	13,4	13,7	14,9
2. Einlagen von Geldinstituten insgesamt	53,8	57,2	54,1	49,4	53,9	48,6
Geschätzter Betrag der noch umzustellenden Verbindlichkeiten	.	.	.	33,1	21,4	19,9
Aufgenommene Gelder	.	32,2	37,7	39,0	39,7	44,7
Wechselbestand	47,7	53,7	58,0	56,7	57,1	57,9
1. eigene Akzepte	57,1	58,3
2. fremde Bankakzepte	80,4	85,0
3. Debitorenziehungen	32,7	37,9
Eigene Akzepte im Umlauf	44,6	47,1
Eventualverbindlichkeiten aus weiterbegebenen Wechseln	41,0	39,1

war, ist durch ihren Wegfall die Vergleichbarkeit der statistischen Reihen fast gar nicht beeinträchtigt worden. Während die wöchentliche Bankenstatistik allgemeine Entwicklungstendenzen, die sich im Geld- und Kreditsektor abzeichnen, frühzeitig erkennen läßt, ermöglicht die umfassende Monatsstatistik eine gründliche Analyse der Verhältnisse in den einzelnen Ländern und innerhalb der verschiedenen Bankengruppen. Die Erhebung bezieht sich jeweils auf das Monatsende, ihre Ergebnisse sind im allgemeinen etwa 4 Wochen nach dem jeweiligen Stichtag verfügbar. Das gesamte anfallende

Material wird im statistischen Teil der vorliegenden „Monatsberichte“ veröffentlicht und soll in Zukunft vierteljährlich — ebenfalls im Rahmen der „Monatsberichte“ — kommentiert werden. Ein Kommentar über die Ergebnisse der Statistik für August, September und Oktober 1948 ist in den „Mitteilungen der Bank deutscher Länder“, ein solcher über die Ergebnisse für November 1948 in der Januar-Nummer der „Monatsberichte“ erschienen. Diese Kommentare können weiteren Kreisen zur Anleitung für die Auswertung der monatlichen Bankenstatistik dienen.

Statistischer Teil

I. Zentralbank-Ausweise Ausweis der Bank deutscher Länder ¹⁾ Beträge in Mill. DM

Datum	A k t i v a										
	Guthaben bei ausl. Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handels- abkommen ²⁾	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslands- geschäfts	Aus- länd. Zah- lungs- mittel ³⁾	Wechsel	Lombard- forderungen gegen Ausgleichs- forderungen gegen die öffentl. Hand	Kassen- vor- schüsse	Vorläufige Ausgleichs- forderungen gegen die öffentl. Hand	Interims- forderungen gegen die Landeszentral- banken	Sonstige Aktiva		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
1948											
7. 9. ¹⁾	580,9	706,6	—	2,7	16,9	20,0	3 658,6	3 619,3	192,7		
30. 9.	622,2	848,2	—	209,0	879,7	—	4 322,5	1 222,1	257,5		
30. 10.	763,5	1 014,3	—	567,4	1 019,6	—	4 593,3	842,1	193,5		
7. 11.	778,8	1 060,8	—	584,8	1 027,1	—	4 585,8	844,8	188,1		
15. 11.	799,6	1 106,3	—	658,1	854,7	25,0	4 609,2	816,8	182,0		
23. 11.	823,5	1 142,0	0,0	753,2	737,9	25,0	4 614,1	821,0	222,2		
30. 11.	843,1	1 214,6	0,0	881,6	822,2	50,0	4 743,6	686,8	163,9		
7. 12.	848,5	1 268,4	0,0	983,7	775,9	50,0	4 743,6	679,7	171,3		
15. 12.	919,9	1 369,4	0,0	955,2	742,2	50,0	4 749,8	673,3	157,5		
21. 12.	949,1	1 415,6	0,0	976,2	762,8	50,0	4 750,3	673,2	158,5		
31. 12.	983,1	1 538,6	0,0	1 106,7	862,1	42,0	4 568,1	661,5	360,1		
1949											
7. 1.	1 013,9	1 569,0	0,0	1 017,6	802,9	42,0	4 618,1	661,5	330,3		
15. 1.	1 076,9	1 649,1	0,2	981,9	648,9	25,0	4 618,2	661,7	329,4		
23. 1.	1 096,6	1 700,7	0,2	956,9	597,7	15,0	4 620,8	660,3	322,8		
31. 1.	1 113,2	1 770,2	0,2	824,2	904,9	28,0	4 623,9	657,4	294,0		
7. 2.	1 114,6	1 812,5	0,2	884,0	840,9	—	4 746,6	635,1	297,9		
15. 2.	1 124,8	1 898,6	0,2	891,9	726,6	—	4 747,3	634,9	303,3		
Datum	P a s s i v a										
	Aus- gegebene Bank- noten ⁴⁾	Einlagen insgesamt (Spalte 12-15)	davon				Verpflich- tungen in Devisen gegen JElA	Sonstige Konten zur Abwick- lung des Auslands- geschäfts	Grund- kapital der BdL	Son- stige Pas- siva	Bilanz- summe
Landes- zentral- banken			Dienst- stellen der Verwal- tung des Vereinigten Wirt- schafts- gebietes	Be- satzungs- mächte	Andere Ein- lagen						
	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
1948											
7. 9. ²⁾	4 897,5	2 414,6	1 421,7	482,1	496,3	14,5	580,9	804,5	100,0	0,2	8 797,7
30. 9.	5 358,1	1 311,0	356,2	474,4	472,7	7,7	621,8	969,7	100,0	0,6	8 361,2
30. 10.	5 885,3	1 289,2	459,0	419,8	370,9	39,5	759,7	958,2	100,0	1,3	8 993,7
7. 11.	5 930,6	1 276,5	517,2	353,9	369,1	36,3	775,8	985,9	100,0	1,4	9 070,2
15. 11.	5 829,3	1 346,5	540,3	398,1	369,1	39,0	796,4	977,7	100,0	1,8	9 051,7
23. 11.	5 647,8	1 564,9	741,8	416,7	369,1	37,3	820,2	1 004,0	100,0	2,0	9 138,9
30. 11.	6 017,5	1 385,4	543,9	415,3	369,2	57,0	839,6	1 061,1	100,0	2,2	9 405,8
7. 12.	6 089,6	1 378,2	635,1	297,9	369,1	76,1	844,6	1 106,2	100,0	2,5	9 521,1
15. 12.	5 984,5	1 416,9	603,2	407,8	369,9	36,0	915,1	1 198,2	100,0	2,6	9 617,3
21. 12.	6 028,7	1 448,9	711,2	334,0	369,9	33,8	944,1	1 211,3	100,0	2,7	9 735,7
31. 12.	6 319,4	1 247,7	675,5	168,6	362,3	41,3	977,8	1 375,9	100,0	101,4	10 122,2
1949											
7. 1.	6 240,2	1 249,7	711,5	133,3	362,2	42,7	1 008,6	1 358,1	100,0	98,7	10 055,3
15. 1.	6 029,5	1 218,2	678,4	128,9	363,3	47,6	1 071,5	1 464,1	100,0	108,0	9 991,3
23. 1.	6 829,2	1 362,1	875,0	74,0	364,5	48,6	1 090,3	1 474,7	100,0	114,7	9 971,0
31. 1.	6 166,6	1 111,5	649,5	56,0	364,5	41,5	1 106,7	1 620,5	100,0	110,8	10 216,1
7. 2.	6 176,0	1 157,1	669,6	77,5	365,9	44,1	1 107,0	1 676,5	100,0	115,2	10 331,8
15. 2.	5 959,3	1 294,7	801,0	80,9	365,7	47,1	1 105,0	1 748,4	100,0	120,2	10 327,6

¹⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Januar 1949.

²⁾ Erster Stichtag, für den ein Ausweis veröffentlicht wurde.

³⁾ Für die Militärregierungen verwaltete Guthaben.

⁴⁾ Außerdem sind gemäß Anordnung der Militärregierungen der Währungskommission Berlin DM 407 352 000 zur Verfügung gestellt worden.

Konsolidierter Ausweis der Bank deutscher
Beträge in

Datum	Aktiva							
	Guthaben bei ausländischen Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handelsabkommen ²⁾	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslandsverkehrs	Ausländische Zahlungsmittel ²⁾	Post-scheck-konto-Guthaben	Wechsel und Schecks	Schatzwechsel u. kurzfristige Schatzanweisungen der Länder	Lombardforderungen	darunter
								gegen Ausgleichs-forderungen gegen die öffentliche Hand
1	2	3	4	5	6	7	8	
1948								
30. September	622,1	848,2	—	60,2	350,2	0,1	10,3	10,2
31. Oktober	763,6	1 014,3	—	66,7	778,0	0,6	59,7	59,5
30. November	843,0	1 214,6	0,0	29,5	1 231,6	0,1	95,2	83,6
31. Dezember	983,1	1 538,6	0,0	129,2	1 461,0	0,5	167,2	132,1
1949								
31. Januar	1 113,2	1 770,2	0,2	69,9	1 297,0	1,1	162,3	122,0

Datum	Passiva								
	Aus-gegebene Banknoten	Einlagen (Spalte 21, 22, 23, 28 u. 29)	davon						
			Geld-institute innerhalb des Währungs-gebietes	Geld-institute außerhalb des Währungs-gebietes	öffentliche Körper-schaften (Spalte 24 - 27)	davon			
						Besatzungs-mächte	Staats-kassen	Gemeinde und Gemeinde-verbände	sonstige öffentliche Körper-schaften
19	20	21	22	23	24	25	26	27	
1948									
30. September	5 358,1	3 261,3	1 301,6	23,8	1 676,4	579,2	465,7	28,8	602,7
31. Oktober	5 885,3	2 846,3	1 008,3	28,7	1 585,4	479,9	438,9	60,3	606,3
30. November	6 017,5	3 313,3	1 461,9	30,8	1 572,4	492,5	374,1	86,3	619,5
31. Dezember	6 319,4	3 132,3	1 532,7	39,8	1 335,1	455,3	452,7	66,0	341,1
1949									
31. Januar	6 166,6	3 118,2	1 439,9	34,6	1 413,3	489,7	623,0	62,5	238,1

¹⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Januar 1949.

²⁾ Für die Militärregierung verwaltete Guthaben.

Länder und der Landeszentralbanken ¹⁾

Mill. DM

Aktiva										
Kassen- vor- schüsse (Spalte 10, 11 und 12)	davon an			Wert- papiere	darunter		Beteiligung der LZB an der BdL	Forde- rungen gegen die öffentliche Hand aus der Neu- ordnung des Geld- wesens	Interims- forderung gegen die Geld- institute aus der Aus- stattung mit neuem Geld	Sonstige Aktiva
	Militär- regie- rungen	Länder	sonstige öffentl. Körper- schaften		angekaufte Ausgleichs- forde- rungen					
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
35,3	1,0	27,5	6,8	11,4	11,4	100,0	7833,7	526,5	372,6	
27,8	1,0	16,7	10,1	32,8	32,5	100,0	7778,4	211,1	219,0	
93,6	0,8	37,0	55,8	36,5	36,5	100,0	7687,1	190,5	207,6	
98,5	0,7	34,6	63,2	38,3	38,2	100,0	7520,7	143,0	306,0	
67,8	0,5	6,9	60,4	39,6	39,5	100,0	7592,0	105,5	295,7	

Passiva								
davon		Verpflich- tungen in Devisen gegen JEIA	Sonstige Konten zur Ab- wicklung des Auslands- geschäfts	Grund- kapital der BdL und der LZB	Rück- stellun- gen	Schwebende Ver- rechnungen innerhalb des Zentral- bank- systems	Sonstige Passiva	Bilanzsumme
sonstige Giro- kunden innerhalb des Währungs- gebietes	sonstige Giro- kunden außerhalb des Währungs- gebietes							
28	29	30	31	32	33	34	35	36
256,2	3,3	621,7	969,7	370,0	0,6	99,5	89,7	10 770,6
221,5	2,4	759,6	958,2	370,0	9,5	186,4	36,9	11 052,0
245,8	2,4	839,6	1061,1	370,0	6,5	77,4	43,9	11 729,3
222,1	2,6	977,8	1375,9	370,0	6,5	135,3	168,7	12 486,1
227,6	2,8	1106,7	1620,5	370,0	6,5	37,0	189,0	12 614,5

Monatsausweise der Landeszentralbanken

Beträge in

	Bayern	Hessen	Württemberg- Baden	Bremen
Aktiva:				
Giroguthaben bei der BdL	60,3	75,0	41,2	78,3
Nostroguthaben	1,9	2,3	0,1	0,3
Wechsel und Schecks	30,8	31,0	20,4	5,4
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen	—	—	—	—
Lombardforderungen	74,9	13,4	10,1	0,2
davon gegen Ausgleichsforderungen	(53,4)	(13,3)	(8,3)	(0,2)
Kassenkredite	—	—	0,3	—
davon an Landesregierung	(—)	(—)	(—)	(—)
Militärregierungen und sonstige öffentl. Stellen	(—)	(—)	(0,3)	(—)
Wertpapiere	—	—	—	—
Ausgleichsforderungen	131,4	188,8	82,6	49,7
davon: eigene gegen das Land	(108,8)	(187,3)	(77,9)	(49,7)
angekaufte fremde	(22,6)	(1,5)	(4,7)	(—)
Zwischen d. Niederlassungen d. LZB unterwegs befindl. Fernlastschriften	—	8,2	—	—
Beteiligung an der BdL	21,5	9,5	10,5	2,0
Sonstige Aktiva	8,6	10,5	3,6	0,9
Interimsforderungen aus der Geldumstellung	416,2	47,7	237,3	1,3
Summe der Aktiva	745,6	386,4	406,1	138,1
Passiva:				
Einlagen	288,9	168,4	204,2	125,9
davon: Geldinstitute innerhalb des Landes	(265,9)	(107,0)	(126,7)	(53,8)
Geldinstitute außerhalb des Landes	(6,3)	(1,9)	(5,9)	(1,4)
öffentliche Verwaltungen	(3,5)	(32,4)	(57,6)	(51,3)
Militärregierungen	(3,3)	(8,0)	(1,1)	(0,1)
sonstige Girokunden innerhalb des Währungsgebietes	(9,8)	(17,9)	(12,9)	(19,3)
sonstige Girokunden außerhalb des Währungsgebietes	(0,1)	(1,2)	(—)	(0,0)
Zwisch. d. Niederlass. d. LZB unterw. befindl. Giroüberweisungen	10,1	4,6	1,8	0,4
Lombardverpflichtungen gegen die BdL	266,0	163,0	96,3	—
Grundkapital	50,0	30,0	30,0	10,0
Rückstellungen	—	—	0,5	0,1
Sonstige Passiva	3,7	20,4	2,1	1,3
Interimsverbindlichkeiten aus der Geldumstellung	126,9	—	71,2	0,4
Summe der Passiva	745,6	386,4	406,1	138,1
Indossamentsverbindlichkeiten aus d. Weitergabe v. Inlandswechseln	157,6	53,1	107,8	—

nach dem Stand vom 31. Januar 1949

Mill. DM

Nordrhein- Westfalen	Nieder- sachsen	Schleswig- Holstein	Hamburg	Rheinland- Pfalz	Baden	Württemberg- Hohenzollern	Insgesamt		
							31. Januar 1949	31. Dezember 1948	30. November 1948
159,8	41,8	10,1	58,3	31,4	65,5	18,1	639,8	590,8	532,6
0,8	1,0	0,5	0,1	0,8	2,5	0,3	10,6	22,6	29,3
220,3	61,2	12,6	64,6	15,3	7,6	3,7	472,9	354,3	350,0
—	—	—	—	—	0,5	0,6	1,1	0,5	0,1
15,3	14,6	8,2	12,6	10,0	0,5	2,4	162,2	167,4	95,1
(11,8)	(10,4)	(6,7)	(6,7)	(8,4)	(0,4)	(2,4)	(122,0)	(132,3)	(83,6)
—	—	6,9	26,9	3,5	2,2	0,1	39,9	56,4	43,6
(—)	(—)	(6,9)	(—)	(—)	(—)	(—)	(6,9)	(34,6)	(37,0)
(—)	(—)	(—)	(26,9)	(3,5)	(2,2)	(0,1)	(33,0)	(21,8)	(6,6)
—	—	—	—	0,1	—	—	0,1	0,1	0
197,0	87,2	26,9	46,6	53,2	75,1	22,0	960,5	789,1	1 004,2
(197,0)	(84,1)	(24,2)	(46,2)	(48,7)	(75,1)	(22,0)	(921,0)	(750,9)	(967,7)
(—)	(3,1)	(2,7)	(0,4)	(4,5)	(—)	(—)	(39,5)	(38,2)	(36,5)
12,1	5,2	0,6	—	3,9	5,3	0,5	35,8	34,2	73,4
20,0	12,0	4,5	9,0	4,5	3,5	3,0	100,0	100,0	100,0
13,7	2,9	5,1	7,2	4,8	2,6	0,9	60,8	52,4	43,9
593,6	313,8	131,2	208,3	121,2	3,3	57,3	2 131,2	2 336,5	2 149,2
1 232,6	539,7	206,6	433,6	248,7	168,6	108,9	4 614,9	4 504,3	4 421,4
930,8	206,5	48,9	291,6	156,0	157,2	77,7	2 656,1	2 560,1	2 471,9
(477,2)	(118,1)	(33,5)	(99,3)	(65,9)	(44,5)	(30,4)	(1 422,3)	(1 523,2)	(1 449,5)
(0,1)	(2,9)	(0,1)	(4,0)	(2,0)	(1,3)	(0,5)	(26,4)	(19,1)	(22,5)
(346,1)	(59,3)	(10,8)	(173,8)	(56,2)	(35,2)	(41,4)	(867,6)	(711,3)	(664,6)
(18,9)	(0,8)	(0,3)	(3,6)	(22,6)	(62,9)	(3,5)	(125,1)	(92,9)	(123,3)
(88,3)	(25,3)	(4,2)	(10,1)	(9,3)	(13,1)	(1,9)	(212,1)	(211,1)	(209,6)
(0,2)	(0,1)	(0,0)	(0,8)	(0,0)	(0,2)	(0,0)	(2,6)	(2,5)	(2,4)
31,6	7,5	2,2	—	4,7	—	0,7	63,6	86,2	91,7
0,0	195,8	99,4	58,2	26,2	—	—	904,9	861,5	875,9
50,0	40,0	10,0	10,0	20,0	10,0	10,0	270,0	270,0	270,0
5,9	—	—	—	—	—	—	6,5	6,5	6,5
36,2	3,7	5,3	12,0	5,4	0,4	2,1	92,6	68,0	41,7
178,1	86,2	40,8	61,8	36,4	1,0	18,4	621,2	652,0	663,7
1 232,6	539,7	206,6	433,6	248,7	168,6	108,9	4 614,9	4 504,3	4 421,4
171,8	118,4	56,4	98,3	55,4	—	5,3	824,1	1 106,7	881,6

II. Bankstatistische Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken

Zur Entwicklung des Bankgeschäfts in den einzelnen Ländern

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)

Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken

Beträge in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948	Zahl der berichtenden Institute ¹⁾	Barreserve	Nostro-guthaben ²⁾	Ausgleichsfor-derungen gegen die öffent-liche Hand ³⁾	Kredite (einschließlich Wechselobligo der Kundschaft)															
					Ins-gesamt	davon					Öffent-liche Hand	davon				Geld-in-stitute	davon			
						Wirt-schafts-un-ter-nehmen und Private	Konto-kor-rent-und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kre-dite	mittel-und lang-fristige Kre-dite		Kas-sen-kredite	Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließl. Indossaments-verbindlichk.)	son-stige kurz-fristige Kre-dite	mittel-und lang-fristige Kre-dite		Konto-kor-rent-und Akzept-kredite	Wechsel-(einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kredite	mittel-und lang-fristige Kredite
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	
Währungsgebiet*)																				
Aug.	3 738	1 705,1	1 190,6	.	2 750,8	2 243,8	751,2	1 473,3	19,3	.	134,5	73,5	58,0	1,2	.	372,5	78,8	281,0	12,7	.
Sept.	3 592	1 558,1	1 219,0	.	3 959,8	3 011,0	1 382,2	1 594,6	34,2	.	185,4	67,0	111,8	6,6	.	763,4	133,2	616,1	14,1	.
Okt.	3 581	1 241,0	1 010,1	.	4 876,6	3 549,8	1 904,1	1 599,0	46,7	.	268,8	75,2	186,5	7,1	.	1 058,0	212,0	832,0	14,0	.
Nov.	3 581	1 621,5	1 193,9	4 102,0	5 665,5	4 245,0	2 280,5	1 680,9	73,5	210,1 ⁵⁾	327,2	64,7	227,9	5,6	29,0 ⁵⁾	1 093,3	284,2	750,1	22,4	36,6 ⁵⁾
Dez.	3 579	1 837,5	1 060,8	4 394,9	6 299,1	4 800,8	2 418,2	1 891,8	78,8	412,0 ⁵⁾	356,8	48,5	244,0	3,0	61,3 ⁵⁾	1 141,5	340,7	734,4	23,5	42,9 ⁵⁾
Bayern																				
Aug.	629	307,5	187,4	.	401,5	334,1	176,4	154,2	3,5	.	5,3	3,2	2,1	0,0	.	62,1	16,6	43,9	1,6	.
Sept.	578	246,1	151,9	.	578,7	461,5	281,8	173,5	6,2	.	6,4	5,8	0,6	0,0	.	110,8	24,1	83,4	3,3	.
Okt.	578	200,8	140,9	.	751,8	580,5	395,5	178,4	6,6	.	9,6	9,3	0,3	0,0	.	161,7	42,7	112,7	6,3	.
Nov.	578	224,7	174,6	785,2	893,0	685,1	467,9	195,9	10,5	10,8 ⁵⁾	12,6	11,0	0,6	0,0	1,0 ⁵⁾	195,3	91,4	97,3	4,8	1,8 ⁵⁾
Dez.	576	280,3	123,7	856,6	993,5	753,8	513,7	214,9	9,7	15,5 ⁵⁾	11,0	8,8	0,3	0,1	1,8 ⁵⁾	228,7	110,5	111,8	4,1	2,3 ⁵⁾
Hessen																				
Aug.	304	139,1	111,2	.	235,0	152,7	59,2	91,0	2,5	.	1,4	0,9	0,0	0,5	.	80,9	19,1	55,6	6,2	.
Sept.	304	108,9	132,3	.	351,1	212,1	110,3	97,5	4,3	.	3,7	2,2	0,6	0,9	.	135,3	21,6	111,0	2,7	.
Okt.	306	108,5	129,3	.	411,0	261,5	151,1	103,6	6,8	.	3,7	2,4	0,0	1,3	.	145,8	19,2	126,5	0,1	.
Nov.	306	120,0	144,4	392,9	488,3	314,0	177,5	101,7	8,6	26,2 ⁵⁾	4,4	2,9	0,0	0,1	1,4 ⁵⁾	169,9	23,7	144,2	2,0	—
Dez.	306	133,7	139,9	389,6	524,9	363,2	194,6	100,3	7,5	60,8 ⁵⁾	13,3	1,9	0,1	0,1	11,2 ⁵⁾	148,4	28,4	119,2	0,7	0,1 ⁵⁾
Württemberg-Baden																				
Aug.	368	175,2	186,7	.	272,9	228,1	77,4	150,0	0,7	.	1,3	1,0	0,3	0,0	.	43,5	4,9	38,4	0,2	.
Sept.	368	171,4	195,1	.	412,9	300,1	131,9	168,0	0,2	.	1,6	1,6	0,0	—	.	111,2	12,9	98,0	0,3	.
Okt.	368	132,2	148,6	.	481,9	330,6	187,7	142,0	0,9	.	2,9	2,9	0,0	—	.	148,4	28,1	120,3	0,0	.
Nov.	368	155,4	209,7	436,9	548,3	401,6	231,4	148,0	4,2	18,0 ⁵⁾	5,7	3,2	0,1	0,2	2,2 ⁵⁾	141,0	22,8	117,7	0,0	0,5 ⁵⁾
Dez.	368	169,4	146,1	470,7	670,4	538,2	274,9	197,1	4,2	62,0 ⁵⁾	8,9	4,1	0,0	0,3	4,5 ⁵⁾	123,3	23,7	97,4	2,0	0,2 ⁵⁾
Bremen																				
Aug.	29	42,4	37,1	.	73,3	56,3	14,3	41,4	0,6	.	0,0	0,0	—	—	.	17,0	4,4	12,6	0,0	.
Sept.	29	26,6	51,6	.	101,3	65,5	36,3	28,5	0,7	.	1,3	0,1	—	1,2	.	34,5	7,1	27,0	0,4	.
Okt.	29	27,6	25,4	.	134,9	78,4	45,8	31,6	1,0	.	1,4	0,2	—	1,2	.	55,1	9,1	45,0	0,6	.
Nov.	29	28,8	29,6	67,0	144,1	95,9	63,4	28,2	3,5	0,8 ⁵⁾	1,4	0,2	—	—	1,2 ⁵⁾	46,8	15,4	30,9	0,4	0,1 ⁵⁾
Dez.	29	38,8	31,9	60,8	176,8	125,3	61,5	35,1	17,2	11,5 ⁵⁾	3,8	0,4	—	0,3	3,1 ⁵⁾	47,7	23,6	23,4	0,6	0,1 ⁵⁾

Nordrhein-Westfalen

Aug.	866	401,9	212,5	.	885,5	765,6	240,5	521,0	4,1	.	52,9	48,1	4,7	0,1	.	67,0	13,4	52,5	1,1	.
Sept.	838	438,2	257,1	.	1 186,4	1 029,8	367,2	658,3	4,3	.	34,6	30,3	0,2	4,1	.	122,0	11,2	110,5	0,3	.
Okt.	838	335,7	221,7	.	1 366,4	1 155,8	442,8	706,1	6,9	.	29,3	25,1	0,1	4,1	.	181,3	25,3	155,5	0,5	.
Nov.	838	602,2	277,6	968,2	1 493,7	1 341,1	520,0	713,0	14,8	93,3 ⁵⁾	25,0	11,3	0,6	3,4	9,7 ⁵⁾	127,6	28,2	90,9	4,1	4,4 ⁵⁾
Dez.	838	562,0	283,8	1 084,5	1 693,2	1 479,2	498,0	811,4	11,3	158,5 ⁵⁾	31,8	6,9	0,6	0,4	23,9 ⁵⁾	182,2	27,1	147,7	2,5	4,9 ⁵⁾

Niedersachsen

Aug.	617	227,4	154,2	.	252,7	212,0	51,4	158,6	2,0	.	14,8	14,4	0,3	0,1	.	25,9	2,0	23,9	—	.
Sept.	617	183,4	131,2	.	368,5	294,1	131,5	159,6	3,0	.	21,8	16,3	5,3	0,2	.	52,6	6,1	46,4	0,1	.
Okt.	617	129,7	92,2	.	470,0	361,6	183,9	172,2	5,5	.	28,7	22,0	6,5	0,2	.	79,7	18,0	61,3	0,4	.
Nov.	617	158,3	84,5	519,2	574,0	432,9	221,9	178,0	6,6	26,4 ⁵⁾	29,5	18,2	0,1	0,1	11,1 ⁵⁾	111,6	20,6	58,2	4,6	28,2 ⁵⁾
Dez.	617	169,1	92,5	548,8	616,4	468,5	235,7	183,7	6,3	42,8 ⁵⁾	26,7	14,6	0,0	0,1	12,0 ⁵⁾	121,2	25,5	55,3	7,1	33,3 ⁵⁾

Schleswig-Holstein

Aug.	185	67,4	34,4	.	84,4	66,8	15,3	50,5	1,0	.	4,6	4,5	0,1	0,0	.	13,0	9,6	3,4	0,0	.
Sept.	185	53,9	37,7	.	125,2	87,5	48,4	38,1	1,0	.	4,9	4,9	—	—	.	32,8	28,2	4,6	—	.
Okt.	185	39,2	25,8	.	162,5	123,6	79,5	42,5	1,6	.	3,5	3,5	0,0	—	.	35,4	18,5	16,9	0,0	.
Nov.	185	42,9	21,0	180,5	212,6	161,1	104,7	48,9	1,4	6,1 ⁵⁾	8,5	7,8	0,0	0,0	0,7 ⁵⁾	43,0	9,1	33,9	—	—
Dez.	185	47,3	15,1	184,4	242,9	181,1	117,0	48,9	1,4	13,8 ⁵⁾	6,1	4,7	0,0	—	1,4 ⁵⁾	55,7	9,2	46,5	—	—

Hamburg

Aug.	123	107,5	69,4	.	339,0	292,3	70,2	220,3	1,8	.	0,3	0,3	—	0,0	.	46,4	3,0	43,0	0,4	.
Sept.	56	88,3	49,5	.	509,3	376,6	178,1	188,6	9,9	.	0,9	0,9	—	0,0	.	131,8	7,5	122,3	2,0	.
Okt.	55	76,9	69,1	.	588,0	424,4	275,7	139,1	9,6	.	1,0	1,0	—	0,0	.	162,6	19,5	142,4	0,7	.
Nov.	55	105,7	79,3	234,9	648,7	515,5	308,9	178,1	11,5	17,0 ⁵⁾	2,1	1,7	—	—	0,4 ⁵⁾	131,1	26,4	102,9	0,6	1,2 ⁵⁾
Dez.	55	143,1	83,6	235,1	665,8	570,2	327,3	203,8	10,1	29,0 ⁵⁾	1,0	0,6	—	—	0,4 ⁵⁾	94,6	32,7	60,0	0,7	1,2 ⁵⁾

Rheinland-Pfalz

Aug.	288	60,2	69,8	.	86,6	74,7	22,8	50,7	1,2	.	2,7	2,7	—	—	.	9,2	2,5	5,3	1,4	.
Sept.	288	78,8	70,5	.	127,7	108,9	59,1	47,8	2,0	.	4,1	3,9	0,1	0,1	.	14,7	7,0	5,1	2,6	.
Okt.	277	65,6	46,4	.	173,2	142,5	89,3	49,3	3,9	.	5,9	5,6	0,2	0,1	.	24,8	12,2	8,5	4,1	.
Nov.	277	70,1	55,2	202,7	219,5	178,5	115,6	55,0	4,5	3,4 ⁵⁾	6,8	5,4	0,1	1,0	0,3 ⁵⁾	34,2	19,5	12,5	1,9	0,3 ⁵⁾
Dez.	277	102,9	46,7	213,1	237,2	190,7	118,9	59,8	3,9	8,1 ⁵⁾	6,1	4,1	0,1	1,0	0,9 ⁵⁾	40,4	24,4	13,7	1,9	0,4 ⁵⁾

Baden

Aug.	173	80,3	47,1	.	36,0	33,5	16,4	16,3	0,8	.	0,0	—	0,0	—	.	2,5	0,1	0,7	1,7	.
Sept.	173	55,9	49,8	.	55,1	40,8	23,2	16,2	1,4	.	0,6	0,4	0,2	0,0	.	13,7	5,3	6,0	2,4	.
Okt.	172	51,6	35,7	.	71,5	49,7	29,6	18,1	2,0	.	1,9	0,3	1,5	0,1	.	19,9	12,5	6,2	1,2	.
Nov.	172	43,7	37,3	133,5	93,9	62,0	37,5	18,7	2,9	2,9 ⁵⁾	2,8	1,7	0,8	0,1	0,2 ⁵⁾	29,1	19,1	6,1	3,9	— ⁵⁾
Dez.	172	50,2	36,6	146,1	106,7	68,2	43,0	19,5	2,1	3,6 ⁵⁾	1,1	0,4	0,4	0,1	0,2 ⁵⁾	37,4	28,0	5,3	4,0	0,1 ⁵⁾

Württemberg-Hohenzollern

Aug.	147	39,1	62,4	.	29,7	26,4	7,0	18,3	1,1	.	0,5	0,4	0,1	—	.	2,8	1,0	1,8	—	.
Sept.	147	43,6	75,4	.	34,4	31,3	12,0	18,2	1,1	.	0,5	0,5	0,0	0,0	.	2,6	0,8	1,8	—	.
Okt.	147	31,7	61,2	.	47,9	36,5	20,4	15,0	1,1	.	0,4	0,3	0,1	0,0	.	11,0	5,4	5,5	0,1	.
Nov.	147	34,4	54,5	106,1	61,1	49,7	27,3	14,5	3,2	4,7 ⁵⁾	0,7	0,5	0,0	0,1	0,1 ⁵⁾	10,7	6,9	3,7	0,0	0,1 ⁵⁾
Dez.	147	38,9	36,2	121,1	70,9	57,1	31,2	16,5	3,1	6,3 ⁵⁾	1,1	0,7	0,1	0,0	0,3 ⁵⁾	12,7	7,4	5,1	0,0	0,2 ⁵⁾

*) Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

1) Einschl. selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale.

2) Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

3) Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

4) Die Summe aller Länderzahlen ist kleiner als die für das Währungsgebiet gemeldeten Ergebnisse, da einige Institute nur zonal berichten und daher nur in den Zahlen für das Währungsgebiet erscheinen.

5) Noch sehr unvollständige Angaben.

Zur Entwicklung des Bankgeschäfts in den einzelnen Ländern
 Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)
 Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
 Beträge in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948	Einlagen												Noch umzustellende Einlagen (geschätzter Betrag in DM)	Nostroverpflichtungen	Wechselbestand					Eventualverbindlichkeiten aus weiterbegebenen Wechseln	darunter weiterbegebene fremde Bankakzepte	Eventualverbindlichkeiten aus verkauften Ausgleichsfordernungen		
	insgesamt	Einlagen auf Anlagekonto	Einlagen auf Festkonto	davon											insgesamt	darunter		Figene Akzepte im Umlauf	Eigene Ziehungen im Umlauf					
				Einlagen auf Freikonten		Einlagen von Geldinstituten				Einlagen der öffentl. Hand		sonstige Gläubiger				Spar-einlagen	eigene Akzepte						fremde Bankakzepte	
				mit Einlagen von Geldinstituten	ohne Einlagen von Geldinstituten	Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht												Termin
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42			
Währungsgebiet*)																								
Aug.	9 338,7 ²⁾	.	2 363,5	6 892,0	5 508,8	1 271,0	112,2	1 114,4	101,5	3 516,1	91,0	685,8	.	148,5	1 589,5	
Sept.	10 927,1 ²⁾	.	2 849,4	7 972,9	6 662,2	1 174,7	136,0	1 131,0	231,1	4 207,8	134,4	957,9	.	199,3	1 843,7	825,1	.	.	.	
Okt.	10 403,5	.	1 747,1	8 656,4	7 475,8	1 036,0	144,6	1 210,5	350,0	4 583,3	179,9	1 152,1	1 234,3	264,4	1 695,8	.	.	411,7	.	1 240,0	.	17,8	.	
Nov.	10 682,5	208,1	725,5	9 748,9	8 453,1	1 143,4	152,4	1 463,3	465,9	4 944,3	225,8	1 353,8	990,7	432,6	1 493,9	373,1	138,0	459,7	74,1	1 422,3	84,1	20,7	.	
Dez.	11 137,8	309,7	440,6	10 387,5	9 094,2	1 123,7	169,6	1 451,0	584,9	5 198,6	260,8	1 598,9	740,0	529,9	1 631,4	407,8	113,2	532,9	69,3	1 578,1	98,3	23,0	.	
Bayern																								
Aug.	1 574,0	.	439,1	1 134,9	925,9	199,8	9,2	229,2	16,4	556,5	12,5	111,3	.	13,1	235,6	
Sept.	1 832,4	.	528,2	1 304,2	1 136,3	156,0	11,9	225,7	45,1	681,9	20,3	163,3	.	31,6	250,9	99,9	.	.	.	
Okt.	1 672,7	.	226,3	1 446,4	1 325,2	116,0	5,2	270,9	51,6	774,1	25,6	203,0	153,0	92,9	225,5	.	.	111,5	.	156,9	.	6,7	.	
Nov.	1 790,0	40,3	122,9	1 626,8	1 480,1	136,7	10,0	318,1	60,4	820,9	37,5	243,2	131,8	175,4	239,4	85,4	12,4	140,5	19,9	114,6	13,2	6,9	.	
Dez.	1 822,1	62,0	61,4	1 698,7	1 558,2	132,8	7,7	281,6	86,2	858,3	42,1	290,0	82,0	227,3	254,5	85,6	27,1	150,9	19,1	139,6	14,2	7,3	.	
Hessen																								
Aug.	840,2	.	205,4	634,8	465,9	137,9	31,0	94,1	2,0	296,3	10,6	62,9	.	11,7	122,8	
Sept.	1 027,2	.	253,0	774,2	579,6	163,5	31,1	107,4	2,5	370,7	11,9	87,1	.	17,3	150,1	91,3	.	.	.	
Okt.	1 026,8	.	177,0	849,8	642,4	187,9	19,5	128,1	3,3	390,3	15,1	105,6	97,8	18,2	141,9	.	.	44,5	.	108,8	.	1,8	.	
Nov.	1 013,9	17,1	67,2	929,6	742,4	150,1	37,1	159,3	4,5	442,4	19,8	116,4	76,1	45,6	154,7	24,4	20,1	40,6	1,9	104,4	14,4	1,5	.	
Dez.	1 091,4	25,1	46,1	1 020,2	783,8	182,5	53,9	147,8	18,4	456,6	27,1	133,9	55,0	41,1	147,2	30,9	18,6	42,2	2,7	100,4	4,5	1,5	.	
Württemberg-Baden																								
Aug.	996,1	.	217,4	778,7	609,3	146,1	23,3	166,6	10,5	355,1	11,7	62,8	.	5,3	170,1	
Sept.	1 224,4	.	286,3	938,1	759,1	142,1	36,9	129,1	82,0	433,5	16,7	97,8	.	9,2	257,8	43,4	.	.	.	
Okt.	1 304,6	.	284,8	1 019,8	863,5	129,2	27,1	136,3	122,1	462,3	27,2	115,6	149,8	14,2	244,2	.	.	20,4	.	74,9	.	2,7	.	
Nov.	1 270,4	17,5	81,7	1 171,2	1 004,3	144,6	25,3	131,0	175,3	515,3	30,3	149,4	107,8	19,2	231,6	65,6	39,3	23,5	7,5	87,1	6,2	2,7	.	
Dez.	1 280,4	31,7	38,6	1 210,1	1 053,8	132,1	24,2	137,2	175,7	519,8	34,0	187,1	76,4	32,8	241,1	75,3	20,8	36,6	11,4	117,3	7,5	4,1	.	
Bremen																								
Aug.	221,3	.	44,8	176,5	148,0	27,6	0,9	7,2	28,7	98,3	1,5	12,3	.	4,0	47,2	
Sept.	254,4	.	51,2	203,2	178,6	23,9	0,7	11,9	29,7	122,0	1,9	13,1	.	6,1	47,9	7,2	.	.	.	
Okt.	230,2	.	19,1	211,1	189,0	21,3	0,8	11,6	40,7	117,4	4,6	14,7	20,1	7,3	64,4	.	.	2,1	.	21,3	.	2,0	.	
Nov.	245,6	4,0	9,4	232,2	206,5	24,7	1,0	19,1	44,7	120,8	5,6	16,3	15,7	9,6	47,1	7,7	9,5	4,0	0,0	16,9	2,4	—	.	
Dez.	267,7	5,1	5,8	256,8	229,0	27,1	0,7	27,5	41,9	132,4	7,9	19,3	9,9	16,0	47,4	8,0	8,0	5,0	0,0	19,0	1,7	—	.	

Nordrhein-Westfalen

Aug.	2 403,1	.	635,2	1 767,9	1 482,0	271,3	14,6	264,9	3,6	1 015,0	13,4	185,1	.	47,7	493,3
Sept.	2 848,5	.	746,5	2 102,0	1 809,6	271,3	21,1	322,0	5,0	1 207,0	20,6	255,0	.	52,0	576,3	328,5	.	.	.
Okt.	2 808,5	.	557,8	2 250,7	1 960,3	228,7	61,7	369,5	7,9	1 256,8	30,5	295,6	267,2	36,8	529,4	.	.	86,5	.	369,0	.	.	—
Nov.	2 909,7	50,6	197,0	2 662,1	2 230,9	379,7	51,5	467,6	32,3	1 358,8	39,0	333,2	201,8	42,9	408,6	89,5	24,2	69,7	3,5	469,7	5,7	0,2	—
Dez.	2 962,5	74,7	123,5	2 764,3	2 407,4	307,9	49,0	431,0	112,0	1 429,1	46,9	388,4	149,6	34,1	486,4	88,0	16,3	79,9	4,7	556,7	6,4	0,2	—

Niedersachsen

Aug.	1 023,4 ²⁾	.	270,7	679,9	503,9	158,8	17,2	66,4	2,8	337,2	5,7	91,8	.	10,6	133,5
Sept.	1 178,2 ²⁾	.	325,3	765,1	625,7	125,6	13,8	83,4	3,6	407,8	7,3	123,6	.	8,8	156,4	76,9	.	.	.
Okt.	1 032,5	.	152,0	880,5	752,5	121,0	7,0	81,8	6,5	496,4	10,5	157,3	133,1	20,9	116,0	.	.	42,7	.	142,1	.	2,8	—
Nov.	1 104,5	34,6	85,3	984,6	870,1	110,8	3,7	116,3	15,8	540,7	15,8	181,5	105,5	34,6	96,7	15,1	2,4	37,5	15,4	138,1	9,5	3,1	—
Dez.	1 150,8	42,7	60,4	1 047,7	919,0	115,0	13,7	114,3	7,5	562,1	23,1	212,0	85,5	43,8	104,0	20,9	3,6	37,0	10,7	145,2	16,1	3,1	—

Schleswig-Holstein

Aug.	324,0	.	95,4	228,6	195,5	32,0	1,1	25,3	2,1	132,0	2,3	33,8	.	6,7	41,5
Sept.	369,3	.	110,3	259,0	220,3	35,7	3,0	27,7	2,7	144,2	4,0	41,7	.	19,7	26,6	16,1	.	.	.
Okt.	316,7	.	52,5	264,2	221,7	41,3	1,2	24,9	3,2	143,8	3,7	46,1	57,6	23,4	26,7	.	.	16,8	.	39,3	.	0,6	—
Nov.	302,2	6,7	26,7	268,8	243,8	24,5	0,5	24,3	2,8	160,3	4,3	52,1	38,9	27,8	24,7	8,4	0,2	34,0	5,2	61,3	22,7	2,7	—
Dez.	307,2	11,4	15,8	280,0	256,5	23,2	0,3	24,7	2,5	163,3	5,3	60,7	29,1	36,9	25,3	6,9	0,0	52,0	3,5	73,6	38,1	2,7	—

Hamburg

Aug.	733,6	.	169,7	563,9	502,7	52,2	9,0	81,1	32,1	350,3	23,9	15,3	.	33,4	195,1
Sept.	837,8	.	189,8	648,0	581,2	59,0	7,8	72,7	57,6	388,6	38,5	23,8	.	34,0	236,0	73,3	.	.	.
Okt.	785,7	.	62,0	723,7	659,5	58,6	5,6	46,9	104,8	428,2	46,5	33,1	42,5	26,4	227,2	.	.	78,1	.	105,4	.	0,2	—
Nov.	817,8	10,3	37,6	769,9	708,4	52,3	9,2	57,5	115,4	438,8	56,5	40,2	43,6	29,1	182,4	51,7	28,3	88,7	16,2	131,7	9,0	0,2	—
Dez.	868,2	17,4	24,6	826,2	750,2	72,3	3,7	46,9	113,2	486,0	58,8	45,3	33,0	34,0	175,7	61,8	17,9	106,7	11,9	138,0	8,7	0,4	—

Rheinland-Pfalz

Aug.	463,2	.	134,9	328,3	276,5	48,9	2,9	45,1	2,3	175,5	4,0	49,6	.	8,2	57,9
Sept.	549,6	.	159,8	389,8	334,7	50,4	4,7	50,7	1,8	210,8	10,0	61,4	.	11,4	63,7	7,8	.	.	.
Okt.	517,4	.	92,8	424,6	379,3	37,2	8,1	55,4	3,4	236,0	12,7	71,8	92,6	16,4	55,4	.	.	7,0	.	23,4	.	1,1	—
Nov.	503,4	10,6	42,2	450,6	406,9	40,6	3,1	51,9	8,1	254,2	10,2	82,5	87,4	38,1	49,9	18,2	0,3	18,6	3,2	31,8	0,1	3,4	—
Dez.	552,5	14,7	28,3	509,5	447,9	56,2	5,4	76,3	16,6	250,5	8,3	96,2	69,7	49,9	57,6	22,5	0,5	19,4	2,8	35,7	0,9	3,5	—

Baden

Aug.	269,7 ²⁾	.	63,0	196,3	148,0	47,0	1,3	41,0	0,3	85,0	1,3	20,4	.	2,1	23,6
Sept.	315,4 ²⁾	.	83,2	215,2	178,2	35,8	1,2	30,4	0,3	112,7	0,9	33,9	.	1,2	27,2	2,6	.	.	.
Okt.	329,5	.	74,7	254,8	216,7	37,4	0,7	44,5	0,3	130,4	1,3	40,2	52,4	1,8	25,6	.	.	0,3	.	5,2	.	—	—
Nov.	300,8	9,1	20,0	271,7	239,7	30,8	1,2	40,1	0,6	144,2	1,7	53,1	40,7	3,9	22,4	4,0	0,8	0,3	0,7	5,1	0,1	—	—
Dez.	339,8	12,6	12,1	315,1	280,2	33,2	1,7	52,4	1,8	156,8	2,0	67,2	27,1	7,6	22,2	5,2	0,1	0,7	0,8	7,4	—	—	—

Württemberg-Hohenzollern

Aug.	233,5	.	59,7	173,8	129,0	43,2	1,6	20,6	0,7	82,9	0,7	24,1	.	5,7	17,8
Sept.	276,3	.	73,0	203,3	156,0	44,3	3,0	23,9	0,8	98,9	0,7	31,7	.	5,6	18,3	1,6	.	.	.
Okt.	247,7	.	34,5	213,2	174,9	32,0	6,3	24,0	6,3	104,1	1,0	39,5	39,4	3,1	16,3	.	.	1,7	.	7,0	.	—	—
Nov.	263,7	4,6	20,3	238,8	201,2	28,9	8,7	24,6	4,0	117,1	3,5	52,0	35,7	5,9	15,8	3,1	0,5	2,1	0,5	3,6	0,7	—	—
Dez.	264,6	8,4	10,9	245,3	211,0	26,5	7,8	28,8	6,2	114,4	1,6	60,0	24,2	6,4	18,2	2,8	0,3	2,5	1,6	4,7	0,3	—	—

¹⁾ Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

²⁾ Die Summe aller Länderzahlen ist kleiner als die für das Währungsgebiet gemeldeten Ergebnisse, da einige Institute nur zonal berichten und daher nur in den Zahlen für das Währungsgebiet erscheinen.

³⁾ Die Summe der Spalten 22, 23 u. 24 differiert von der Spalte 21, da die Postscheckämter Hannover und Freiburg keine Aufgliederung erstellt haben.

Zur Entwicklung des Bankgeschäfts bei den einzelnen Bankengruppen

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet *)
Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken

Beträge in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948	Zahl der berichtenden Institute ¹⁾	Barreserve	Nostro-gut-haben ²⁾	Aus-gleichs-forderungen gegen die öffent-liche Hand ³⁾	Kredite (einschließlich Wechselobligo der Kundschaft)																	
					Ins-gesamt	davon					Öffent-liche Hand	davon					Geld-in-stitute	davon				
						Wirt-schafts-un-ter-nehmen und Private	Konto-kor-rent-und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	son-stige kurz-fristige Kre-dite	mittel-und lang-fristige Kre-dite		Kas-sen-Kre-dite	Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließl. Indossaments-verbindlichk.)	son-stige kurz-fristige Kre-dite	mittel-und lang-fristige Kre-dite	Konto-kor-rent-und Akzept-Kredite		Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel-und lang-fristige Kredite		
																					6	7

Alle Banken

Aug.	3738	1 705,1	1 190,6	.	2 750,8	2 243,8	751,2	1 473,3	19,3	.	134,5	75,3	58,0	1,2	.	372,5	78,8	281,0	12,7	.
Sept.	3592	1 558,1	1 219,0	.	3 959,8	3 011,0	1 382,2	1 594,6	34,2	.	185,4	67,0	111,8	6,6	.	763,4	133,2	616,1	14,1	.
Okt.	3581	1 241,0	1 010,1	.	4 876,6	3 549,8	1 904,1	1 599,0	46,7	.	268,8	75,2	186,5	7,1	.	1 058,0	212,0	832,0	14,0	.
Nov.	3581	1 621,5	1 193,9	4 102,0	5 665,5	4 245,0	2 280,5	1 680,9	73,5	210,1 ⁴⁾	327,2	64,7	227,9	5,6	29,0 ⁴⁾	1 093,3	284,2	750,1	22,4	36,6 ⁴⁾
Dez.	3579	1 837,5	1 060,8	4 394,9	6 299,1	4 800,8	2 418,2	1 891,8	78,8	412,0 ⁴⁾	356,8	48,5	244,0	3,0	61,3 ⁴⁾	1 141,5	340,7	734,4	23,5	42,9 ⁴⁾

Kreditbanken

Aug.	368	493,7	200,8	.	1 767,9	1 572,1	536,8	1 030,0	5,3	.	13,1	6,3	6,7	0,1	.	182,7	33,8	148,2	0,7	.
Sept.	252	461,8	282,7	.	2 408,8	2 045,2	946,1	1 086,8	12,3	.	10,5	9,6	0,9	0,0	.	353,1	53,2	299,3	0,6	.
Okt.	247	405,4	316,7	.	2 855,9	2 392,5	1 312,3	1 064,3	15,9	.	15,1	13,2	1,9	—	.	448,3	48,2	397,8	2,3	.
Nov.	247	566,6	438,7	947,3	3 119,9	2 706,7	1 549,6	1 118,5	28,2	10,4 ⁴⁾	14,3	11,8	1,9	0,0	0,6 ⁴⁾	398,9	37,5	353,8	5,8	1,8 ⁴⁾
Dez.	247	731,6	377,5	981,3	3 277,0	2 922,2	1 622,7	1 266,2	24,2	9,1 ⁴⁾	9,7	8,2	0,9	0,1	0,5 ⁴⁾	345,1	44,6	293,9	4,9	1,7 ⁴⁾

Hypothekenbanken

Aug.	36	2,0	7,3	.	0,2	0,2	0,1	0,1	0,0	.	0,0	—	0,0	0,0	.	0,0	—	0,0	0,0	.
Sept.	35	1,9	9,5	.	0,7	0,5	0,3	0,1	0,1	.	0,2	0,1	0,0	0,1	.	0,0	—	0,0	0,0	.
Okt.	35	1,8	10,7	.	1,1	0,8	0,5	0,1	0,2	.	0,2	—	0,0	0,2	.	0,1	—	0,0	0,1	.
Nov.	35	1,8	11,7	163,4	58,4	53,6	0,1	0,1	0,2	53,2 ⁴⁾	4,7	—	0,0	—	4,7 ⁴⁾	0,1	0,1	0,0	—	— ⁴⁾
Dez.	35	4,5	19,0	224,1	164,1	142,8	0,2	0,1	13,9	128,6 ⁴⁾	16,7	—	—	0,2	16,5 ⁴⁾	4,6	0,0	0,0	—	4,6 ⁴⁾

Girozentralen

Aug.	18	396,3	297,1	.	334,2	150,5	32,0	116,5	2,0	.	66,5	66,0	—	0,5	.	117,2	19,8	93,4	4,0	.
Sept.	18	219,3	251,6	.	576,2	219,7	86,9	131,2	1,6	.	58,7	48,7	5,2	4,8	.	297,8	33,4	260,3	4,1	.
Okt.	18	142,2	194,2	.	647,4	206,7	94,6	109,3	2,8	.	57,3	45,6	6,4	5,3	.	383,4	91,4	288,8	3,2	.
Nov.	18	325,9	240,7	228,6	696,0	283,3	123,4	126,0	3,9	30,0 ⁴⁾	57,9	39,8	0,0	3,4	14,7 ⁴⁾	354,8	153,3	191,3	4,4	5,8 ⁴⁾
Dez.	18	225,1	197,5	221,7	822,3	340,2	111,4	176,6	5,6	46,6 ⁴⁾	52,9	24,8	0,0	0,4	27,7 ⁴⁾	429,2	190,5	228,1	4,2	6,4 ⁴⁾

Sparkassen

Aug.	891	488,1	427,7	.	230,4	225,8	83,0	138,7	4,1	.	3,5	2,4	1,1	—	.	1,1	0,8	—	0,3	.
Sept.	891	504,2	413,6	.	351,1	339,0	175,5	155,4	8,1	.	9,4	7,2	0,8	1,4	.	2,7	1,6	0,8	0,3	.
Okt.	891	402,4	283,3	.	463,4	447,7	271,7	163,6	12,4	.	12,3	10,5	0,3	1,5	.	3,4	2,0	1,1	0,3	.
Nov.	891	431,9	300,9	2 031,1	632,4	609,7	334,1	165,8	15,3	94,5 ⁴⁾	18,3	9,3	0,5	0,6	7,9 ⁴⁾	4,4	2,0	0,8	0,1	1,5 ⁴⁾
Dez.	890	441,6	258,6	2 123,7	783,2	751,9	358,3	177,0	16,7	199,9 ⁴⁾	26,5	10,6	0,7	0,5	14,7 ⁴⁾	4,8	1,9	0,6	0,2	2,1 ⁴⁾

Postsparkassen – Postscheckämter

Aug.	18	52,6	0,1	.	—	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.
Sept.	18	110,3	0,1	.	—	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.
Okt.	18	74,9	0,1	.	—	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.	—	—	—	—	.
Nov.	18	82,6	0,1	150,7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dez.	18	125,0	0,2	207,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Zentralkassen

Aug.	33	93,1	85,4	.	134,4	71,2	10,6	59,8	0,8	.	0,5	0,5	—	—	.	62,7	21,4	33,7	7,6	.
Sept.	33	71,9	74,1	.	188,6	93,4	23,6	69,2	0,6	.	—	—	—	—	.	95,2	41,7	44,4	9,1	.
Okt.	33	58,5	55,1	.	265,5	103,3	28,2	74,2	0,9	.	0,5	0,5	0,0	0,0	.	161,7	64,4	89,5	7,8	.
Nov.	33	61,7	53,0	44,7	333,5	118,9	45,8	66,7	6,1	0,3 ⁴⁾	1,0	1,0	—	—	— ⁴⁾	213,6	85,5	116,3	11,8	0,0 ⁴⁾
Dez.	33	75,7	40,7	39,4	376,9	140,8	68,1	71,1	1,3	0,3 ⁴⁾	1,0	1,0	—	—	— ⁴⁾	235,1	99,5	124,5	11,0	0,1 ⁴⁾

Kreditgenossenschaften

Aug.	2315	120,1	148,8	.	169,0	167,6	59,6	102,2	5,8	.	0,1	0,1	0,0	0,0	.	1,3	0,8	0,4	0,1	.
Sept.	2295	129,4	160,6	.	243,4	240,2	109,2	121,3	9,7	.	1,5	1,5	0,0	0,0	.	1,7	1,2	0,5	0,0	.
Okt.	2288	111,6	125,2	.	320,4	313,9	161,8	140,4	11,7	.	2,9	2,8	0,0	0,1	.	3,6	3,2	0,4	0,0	.
Nov.	2288	109,2	103,9	506,3	372,1	365,9	182,5	150,3	15,1	18,0 ⁴⁾	3,3	2,0	0,1	0,9	0,3 ⁴⁾	2,9	2,5	0,4	0,0	— ⁴⁾
Dez.	2288	123,4	128,3	563,9	386,6	380,5	197,1	145,4	12,9	25,1 ⁴⁾	3,9	2,5	0,1	1,0	0,3 ⁴⁾	2,2	1,9	0,2	0,1	0,0 ⁴⁾

Sonstige Geldinstitute ⁵⁾

Aug.	59	59,2	23,3	.	114,6	56,4	29,0	26,0	1,4	.	50,7	—	50,2	0,5	.	7,5	2,3	5,2	0,0	.
Sept.	50	59,2	26,9	.	191,0	73,0	40,5	30,7	1,8	.	105,2	0,1	104,9	0,2	.	12,8	2,1	10,7	0,0	.
Okt.	51	44,2	24,6	.	322,9	85,0	34,9	47,2	2,9	.	180,4	2,6	177,8	0,0	.	57,5	2,9	54,4	0,2	.
Nov.	51	41,8	44,9	29,9	453,2	106,9	45,0	53,4	4,8	3,7 ⁴⁾	227,8	0,8	225,5	0,7	0,8 ⁴⁾	118,5	3,3	87,5	0,2	27,5 ⁴⁾
Dez.	50	110,6	39,1	32,9	489,0	122,5	60,4	55,5	4,3	2,3 ⁴⁾	246,0	1,3	242,3	0,7	1,7 ⁴⁾	120,5	2,4	86,9	3,1	28,1 ⁴⁾

^{*)} Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

¹⁾ Einschl. selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale.

²⁾ Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

³⁾ Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

⁴⁾ Noch sehr unvollständige Angaben.

⁵⁾ Spezial-, Haus- und Branchebanken.

Zur Entwicklung des Bankgeschäfts bei den einzelnen Bankengruppen
 Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)
 Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
 Beträge in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948	Einlagen												Noch umzustellende Einlagen (geschätzter Betrag in DM)	Nostroverpflichtungen	Wechselbestand			Eigene Akzepte im Umlauf	Eigene Ziehungen im Umlauf	Eventualverbindlichkeiten aus weiterbegebenen Wechseln	darunt. weiterbegebene fremde Bankakzepte	Eventualverbindlichkeiten aus verkauften Ausgleichsfordern.
	insgesamt	Einlagen auf Anlagekonto	Einlagen auf Festkonto	davon											insgesamt	darunter						
				Einlagen auf Freikonten		Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öffentl. Hand		sonstige Gläubiger		Spar-einlagen				eigene Akzepte	fremde Bankakzepte					
				mit Einlagen von Geldinstituten	ohne	Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht	Termin											
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	

Alle Banken

Aug.	9 338,7	.	2 363,5	6 892,0	5 508,8	1 271,0	112,2	1 114,4	101,5	3 516,1	91,0	685,8	.	148,5	1 589,5
Sept.	10 927,1	.	2 849,4	7 972,9	6 662,2	1 174,7	136,0	1 131,0	231,1	4 207,8	134,4	957,9	.	199,3	1 843,7	825,1	.	.	.
Okt.	10 403,5	.	1 747,1	8 656,4	7 475,8	1 036,0	144,6	1 210,5	350,0	4 583,3	179,9	1 152,1	1 234,3	264,4	1 695,8	.	.	411,7	.	1 240,0	.	17,8	.
Nov.	10 682,5	208,1	725,5	9 748,9	8 453,1	1 143,4	152,4	1 463,3	465,9	4 944,3	225,8	1 353,8	990,7	432,6	1 493,9	373,1	138,0	459,7	74,1	1 422,3	84,1	20,7	.
Dez.	11 137,8	309,7	440,6	10 387,5	9 094,2	1 123,7	169,6	1 451,0	584,9	5 198,6	260,8	1 598,9	740,0	529,9	1 631,4	407,8	113,2	532,9	69,3	1 578,1	98,3	23,0	.

Kreditbanken

Aug.	3 160,6	.	760,1	2 400,5	2 148,0	208,5	44,0	264,0	17,7	1 740,5	62,1	63,7	.	57,6	1 019,1
Sept.	3 722,4	.	843,7	2 878,7	2 608,3	223,8	46,6	240,2	80,7	2 103,7	98,2	85,5	.	69,5	1 109,5	607,1	.	.	.
Okt.	3 540,5	.	349,1	3 191,4	2 903,4	237,3	50,7	311,3	114,3	2 235,8	136,1	105,9	164,1	80,9	1 054,2	.	.	372,8	.	710,9	.	3,3	.
Nov.	3 805,5	41,1	171,7	3 592,7	3 226,7	295,5	70,5	365,9	164,1	2 413,8	162,6	120,3	138,7	92,6	959,9	351,3	87,5	404,2	20,8	816,8	41,1	3,4	.
Dez.	3 935,5	74,0	84,8	3 776,7	3 417,2	269,0	90,5	353,2	194,0	2 540,0	189,7	140,3	102,6	124,0	975,5	378,0	83,2	436,8	16,4	947,3	35,0	3,4	.

Hypothekenbanken

Aug.	8,4	.	0,8	7,6	7,3	0,3	—	4,6	0,0	2,5	0,1	0,1	.	3,9	0,0
Sept.	8,9	.	1,0	7,9	7,5	0,4	—	3,8	0,0	3,6	0,0	0,1	.	4,7	0,0	0,1	.	.	.
Okt.	8,5	.	0,4	8,1	7,7	0,4	—	4,0	0,3	3,2	0,1	0,1	2,0	7,7	0,1	.	.	—	.	0,0	.	9,2	.
Nov.	7,4	0,1	0,1	7,2	6,8	0,4	—	3,1	0,2	3,0	0,4	0,1	0,3	12,4	0,1	—	—	—	—	0,0	—	8,9	.
Dez.	12,8	0,1	0,1	12,6	11,0	0,8	0,8	6,3	0,1	3,2	1,3	0,1	0,2	15,9	0,1	—	—	—	—	0,0	—	10,4	.

Girozentralen

Aug.	1 329,0	.	149,0	1 180,0	534,3	592,6	53,1	283,8	67,0	161,2	8,5	13,8	.	27,3	218,3
Sept.	1 242,5	.	158,5	1 084,0	523,5	490,8	69,7	298,3	100,9	89,8	13,7	20,8	.	41,7	374,2	22,4	.	.	.
Okt.	1 169,1	.	116,6	1 052,5	627,0	350,1	75,4	324,9	172,7	96,1	13,4	19,9	31,2	18,3	346,5	.	.	7,3	.	58,6	.	—	.
Nov.	1 289,5	12,7	23,7	1 253,1	757,6	433,4	62,1	403,9	213,7	102,6	17,3	20,1	31,5	76,0	261,9	6,7	39,2	7,4	1,0	53,4	5,5	—	.
Dez.	1 191,3	15,9	10,3	1 165,1	754,1	361,0	50,0	328,7	279,5	101,2	22,4	22,3	25,7	86,8	341,2	9,3	22,4	4,1	1,7	71,1	6,2	—	.

Sparkassen

Aug.	2 764,0	.	1 002,3	1 761,7	1 738,9	22,8	—	378,3	15,7	867,2	11,1	466,6	.	19,5	132,0
Sept.	3 477,3	.	1 288,7	2 188,6	2 169,0	19,5	0,1	398,4	48,6	1 053,5	6,6	661,9	.	29,7	142,1	19,0	.	.	.
Okt.	3 400,9	.	978,3	2 422,6	2 390,1	31,8	0,7	397,0	61,0	1 123,1	6,8	802,2	673,9	88,9	125,5	.	.	5,5	.	45,4	.	3,3	.
Nov.	3 284,9	114,6	376,8	2 793,5	2 742,0	51,3	0,2	484,1	82,5	1 209,9	16,0	949,5	517,4	126,5	116,9	5,3	6,7	6,4	4,3	49,0	1,6	4,5	.
Dez.	3 436,4	164,3	236,6	3 035,6	3 002,9	32,5	0,2	507,3	105,5	1 257,7	12,9	1 119,5	366,0	168,5	126,8	8,3	1,5	9,1	5,1	54,7	0,6	4,2	.

Postsparkassen — Postscheckämter

Aug.	603,3 ¹⁾	.	88,9	431,2	319,4	111,8	—	81,2	—	221,9	—	16,3	.	0,1	—	—	—
Sept.	850,0 ¹⁾	.	121,9	623,3	466,1	157,2	—	109,6	—	331,0	—	25,5	.	1,0	—	—	—	.	.	—	.	.	.
Okt.	837,9	.	61,5	776,4	584,5	191,9	—	121,2	—	433,7	—	29,6	83,2	1,3	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Nov.	841,4	5,4	38,1	797,9	650,1	147,8	—	119,3	—	496,9	—	33,9	53,6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dez.	954,6	9,2	32,2	913,2	6 81,3	231,9	—	135,8	—	506,7	—	38,8	45,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Zentralkassen

Aug.	342,5	.	42,1	300,4	62,5	222,7	15,2	9,5	—	48,7	1,9	2,4	.	11,0	77,8
Sept.	339,1	.	43,7	295,4	68,4	208,4	18,6	9,3	0,1	53,3	2,8	2,9	.	19,9	91,0	22,3	.	.	.
Okt.	295,4	.	19,7	275,7	78,6	182,3	14,8	10,2	0,1	56,5	8,4	3,4	5,3	24,0	52,4	.	.	2,0	.	113,4	.	—	—
Nov.	278,2	3,5	6,3	268,4	75,2	176,8	16,4	4,7	0,0	56,9	9,8	3,8	4,7	59,6	50,2	4,3	3,4	14,2	9,9	126,6	29,3	1,8	—
Dez.	299,2	4,3	2,8	292,1	73,1	198,9	20,1	4,5	0,0	55,6	8,2	4,8	3,5	50,3	51,8	7,1	5,7	40,2	15,1	135,8	43,5	2,3	—

Kreditgenossenschaften

Aug.	860,7	.	292,6	568,1	562,5	5,6	0,0	19,0	1,0	416,9	3,9	121,7	.	11,5	77,2
Sept.	1 072,5	.	360,3	712,2	704,9	7,3	0,0	23,4	0,9	513,4	7,6	159,6	.	20,8	84,7	44,0	.	.	.
Okt.	995,5	.	205,2	790,3	775,7	13,8	0,8	23,8	0,8	554,5	8,2	188,4	198,5	34,5	76,5	.	.	11,6	.	70,4	.	1,0	—
Nov.	996,8	28,2	103,4	865,2	852,2	12,2	0,8	26,8	2,6	589,8	10,4	222,6	169,5	53,8	69,5	3,4	0,5	11,7	21,3	60,2	1,5	1,2	—
Dez.	1 051,3	38,2	71,6	941,5	928,1	12,6	0,8	30,5	2,0	617,6	9,4	268,6	126,8	67,9	66,4	3,9	0,3	15,4	18,0	65,7	0,9	1,7	—

Sonstige Geldinstitute ²⁾

Aug.	270,2	.	27,7	242,5	135,8	106,7	—	74,1	0,0	57,2	3,3	1,2	.	17,6	65,2
Sept.	214,5	.	31,6	182,9	114,7	67,3	0,9	48,1	0,1	59,3	5,5	1,7	.	12,0	42,1	110,2	.	.	.
Okt.	155,6	.	16,2	139,4	108,7	28,5	2,2	18,2	0,9	80,2	6,9	2,5	76,1	8,8	40,5	.	.	12,6	.	241,2	.	1,0	—
Nov.	178,9	2,3	5,5	171,1	142,6	26,2	2,3	55,4	3,1	71,5	9,2	3,4	74,8	11,7	35,4	2,1	0,6	15,8	16,8	316,2	5,1	1,0	—
Dez.	256,6	3,7	2,3	250,6	226,5	17,0	7,1	84,7	3,8	116,5	17,0	4,5	70,0	16,4	69,6	1,3	0,0	27,4	13,0	303,4	12,3	1,0	—

¹⁾ Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

¹⁾ Die Summe der Spalten 22, 23 u. 24 differiert von der Spalte 21, da die Postscheckämter Hannover und Freiburg keine Aufgliederung erstellt haben.

²⁾ Spezial-, Haus- und Branchenbanken.

Zur Entwicklung des Bankgeschäfts
Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
Repräsentativ-Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten

Beträge in Mill. DM

40

Stand am	Barreserve	Nostro-guthaben ¹⁾	Ausgleichsforde-rungen gegen die öffent-liche Hand ²⁾	Kredite (einschließlich Wechselobligo der Kundschaft)																	
				Ins-gesamt	davon					Öffent-liche Hand	davon					Geld-in-stitute	davon				
					Wirt-schafts-unter-nehmen und Private	Konto-korrent- und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel- und lang-fristige Kredite		Kassen-Kredite	Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließlich Injossaments-verbindlichk.)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel- und lang-fristige Kredite	Konto-korrent- und Akzept-Kredite		Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel- und lang-fristige Kredite		
																				6	7
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19			
1948																					
7. 9.	793,0	480,7	.	1 394,8	943,1	405,1	528,8	9,2	.	66,0	55,8	10,2	—	.	385,7	80,2	295,5	10,0	.		
15. 9.	674,5	508,2	.	1 575,9	1 067,7	391,4	662,6	13,7	.	70,4	63,0	6,2	1,2	.	437,8	85,7	341,1	11,0	.		
23. 9.	805,8	538,9	.	1 763,1	1 134,5	458,8	660,2	15,5	.	47,3	40,9	5,3	1,1	.	581,3	128,1	442,0	11,2	.		
30. 9.	544,9	502,2	.	1 925,3	1 232,2	505,8	712,7	13,7	.	50,8	44,2	5,4	1,2	.	642,3	138,9	493,8	9,6	.		
7. 10.	534,5	481,6	.	1 981,3	1 239,3	567,0	657,1	15,2	.	50,6	44,0	5,5	1,1	.	691,4	141,9	541,9	7,6	.		
15. 10.	448,6	459,4	.	2 054,3	1 265,8	639,5	610,8	15,5	.	53,2	45,1	6,9	1,2	.	735,3	157,6	568,2	9,5	.		
23. 10.	570,5	522,8	.	2 192,1	1 338,6	685,3	637,3	16,0	.	42,8	33,7	7,9	1,2	.	810,7	163,9	639,2	7,6	.		
30. 10.	452,4	468,4	.	2 254,4	1 376,9	723,4	640,1	13,4	.	52,9	44,9	6,8	1,2	.	824,6	170,1	647,0	7,5	.		
6. 11.	491,0	501,7	.	2 278,4	1 405,7	747,5	643,3	14,9	.	43,1	37,0	4,9	1,2	.	829,6	178,4	643,2	8,0	.		
15. 11.	535,9	546,7	.	2 355,8	1 503,0	825,9	660,7	16,4	.	46,7	38,1	7,4	1,2	.	806,1	190,7	609,1	6,3	.		
23. 11.	708,3	652,3	.	2 361,3	1 531,7	858,7	653,7	19,3	.	45,8	37,1	8,6	0,1	.	783,8	208,5	562,8	12,5	.		
30. 11.	700,4	621,5	950,6	2 466,9	1 631,6	907,8	668,9	22,7	32,2 ³⁾	46,6	34,3	8,5	0,1	3,7 ³⁾	788,7	204,2	568,8	12,6	3,1 ³⁾		
7. 12.	768,2	636,6	1 057,4	2 527,7	1 678,4	932,9	673,4	21,2	50,9 ³⁾	51,7	36,1	1,2	0,2	14,2 ³⁾	797,6	198,6	582,4	13,3	3,3 ³⁾		
15. 12.	704,9	649,4	1 070,1	2 590,0	1 756,6	973,6	700,6	22,2	60,2 ³⁾	51,6	36,2	1,2	0,2	14,0 ³⁾	781,8	212,3	551,8	14,3	3,4 ³⁾		
23. 12.	672,7	616,9	1 069,6	2 700,7	1 867,0	987,6	780,8	22,3	76,3 ³⁾	45,9	29,6	1,3	0,1	14,9 ³⁾	787,8	243,3	526,7	14,3	3,5 ³⁾		
31. 12.	717,1	510,8	1 100,7	2 693,0	1 869,7	966,7	804,7	16,1	82,2 ³⁾	45,8	29,7	0,8	0,1	15,2 ³⁾	777,5	230,8	530,5	12,9	3,3 ³⁾		
1949																					
7. 1.	741,5	545,3	1 105,5	2 676,5	1 876,8	967,8	807,2	17,2	84,6 ³⁾	47,4	30,3	1,4	0,1	15,6 ³⁾	752,3	240,9	495,1	13,0	3,3 ³⁾		
15. 1.	737,2	673,7	1 108,4	2 693,6	1 892,4	994,0	784,6	22,3	91,5 ³⁾	58,1	29,0	2,0	0,3	26,8 ³⁾	743,1	262,0	455,4	13,9	11,8 ³⁾		
23. 1.	819,0	698,6	1 119,2	2 691,0	1 896,9	1 016,6	763,7	25,5	91,1 ³⁾	59,2	26,9	5,4	0,2	26,7 ³⁾	734,9	261,9	445,2	15,9	11,9 ³⁾		
31. 1.	670,8	619,0	1 130,1	2 774,9	1 947,5	1 044,2	765,9	29,3	108,1 ³⁾	84,8	30,4	5,7	2,7	46,0 ³⁾	742,6	248,5	470,1	11,3	12,7 ³⁾		
7. 2.	685,0	724,1	1 128,5	2 803,8	1 952,1	1 059,5	758,1	30,7	103,8 ³⁾	84,8	34,4	6,6	0,8	43,0 ³⁾	766,9	251,4	489,1	12,7	13,7 ³⁾		
15. 2.	718,8	725,5	1 132,1	2 862,6	1 999,4	1 115,7	741,5	33,7	108,5 ³⁾	84,7	34,4	6,3	0,6	43,4 ³⁾	778,5	259,6	490,7	12,7	15,5 ³⁾		

Stand am	Einlagen												Noch umzu- stellende Einlagen (ge- schätzter Betrag in DM)	Nostro- ver- pflich- tungen	Wechselbestand				Eigene Ak- zepte im Um- lauf	Eigene Zie- hungen im Um- lauf	Eventual- ver- bind- lich- keiten aus weiter- begebenen Wechseln	darunt. weiter- begebenene fremde Bank- ak- zepte	Eventual- ver- bind- lich- keiten ausverkauften Ausgleichs- forderungen
	ins- gesamt	davon										Spar- ein- lagen			insgesamt	darunter							
		Einlagen auf Anlage- konto	Einlagen auf Fest- konto	Einlagen auf Freikonten		Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öffentl. Hand ^o		Sonstige Gläubiger						eigene Ak- zepte	fremde Bank- ak- zepte						
				mit Einlagen von Geldinstituten	ohne Einlagen von Geldinstituten	Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht	Termin												
20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41		
1948																							
7. 9.	3 340,6	—	686,4	2 654,2	1 878,8	681,1	94,3	473,9	74,1	1 181,9	54,5	94,4	.	75,5	866,4	247,1	.	2,4	
15. 9.	3 423,2	—	712,3	2 710,9	1 958,5	649,0	103,4	476,5	103,4	1 210,5	60,4	107,7	.	71,6	918,3	.	.	145,9	.	258,6	.	1,0	
23. 9.	3 726,5	—	741,8	2 984,7	2 250,6	633,2	100,9	604,1	143,0	1 309,2	74,6	119,7	.	95,4	989,3	.	.	177,4	.	293,8	.	1,0	
30. 9.	3 675,3	—	767,4	2 907,9	2 195,7	615,8	96,4	485,2	182,0	1 319,6	81,5	127,4	.	75,1	1 068,9	.	.	195,0	.	314,7	.	1,0	
7.10.	3 644,7	—	776,6	2 868,1	2 217,1	564,3	86,7	418,9	195,2	1 381,7	91,0	130,3	.	75,0	998,2	.	.	215,8	.	341,1	.	1,0	
15.10.	3 363,3	—	497,1	2 866,2	2 295,1	498,3	72,8	469,3	214,6	1 381,0	95,3	134,9	319,4	84,9	888,9	.	.	232,7	.	430,9	.	1,0	
23.10.	3 605,4	—	471,2	3 134,2	2 496,8	565,5	71,9	561,1	271,9	1 411,1	106,8	145,9	292,4	98,8	932,6	499,7	.	2,0	
30.10.	3 507,2	—	424,6	3 082,6	2 501,1	516,4	65,1	545,3	279,7	1 412,0	110,2	153,9	265,4	102,6	960,5	.	.	158,8 ⁴⁾	.	527,2	.	4,0	
6.11.	3 592,0	—	408,2	3 183,8	2 589,2	506,1	88,5	561,1	304,0	1 449,8	113,7	160,6	246,3	107,5	962,5	.	.	173,6	.	508,2	.	5,0	
15.11.	3 665,7	—	351,5	3 314,2	2 691,5	535,1	87,6	619,0	335,0	1 454,1	114,9	168,5	232,2	130,8	914,7	.	.	171,5	.	542,6	.	7,0	
23.11.	3,906,6	—	310,5	3 596,1	2 923,7	571,1	101,3	764,0	367,8	1 498,5	118,1	175,3	215,5	174,3	872,3	.	.	185,8	.	564,6	.	5,0	
30.11.	3 793,9	45,7	164,3	3 583,9	2 885,5	602,9	95,5	672,1	385,5	1 511,4	131,8	184,7	211,8	171,9	852,9	213,5	110,5	204,7	23,6	582,7	78,5	5,0	
7.12.	3 824,6	50,8	147,3	3 626,5	2 935,7	596,6	94,2	617,1	443,5	1 544,2	139,0	191,9	203,3	192,5	806,6	218,4	96,3	220,9	29,4	612,9	84,6	5,0	
15.12.	3,853,0	62,0	124,0	3 667,0	2 966,4	615,8	84,8	608,2	451,8	1 552,3	152,4	201,7	188,4	225,9	823,1	232,1	85,3	226,9	28,8	584,1	86,9	5,5	
23.12.	3 910,3	67,9	106,6	3 735,8	3 084,2	562,9	88,7	646,7	474,1	1 597,5	155,6	210,3	176,2	238,9	907,3	231,6	88,0	241,2	28,3	593,9	89,0	5,5	
31.12.	3 847,8	75,6	84,2	3 688,0	3 059,7	531,9	96,4	582,9	482,5	1 601,0	154,4	238,9	147,4	236,7	945,2	238,4	95,6	251,3	27,6	598,9	88,2	5,5	
1949																							
7. 1.	3 909,9	79,0	72,8	3 758,1	3 109,4	558,9	89,8	583,9	478,9	1 648,1	151,5	247,0	156,1	258,8	935,3	257,3	79,1	231,2	26,7	578,4	84,5	5,5	
15. 1.	4 047,5	80,4	68,4	3 898,7	3 231,3	571,7	95,7	649,3	588,3	1 576,7	163,6	253,4	150,8	277,0	912,1	244,5	66,4	235,1	15,8	539,6	78,6	5,6	
23. 1.	4 244,8	82,3	63,1	4 099,4	3 417,4	562,9	119,1	777,0	625,0	1 592,9	163,1	259,4	135,1	293,1	932,9	254,4	67,0	227,2	12,2	501,4	69,6	5,5	
31. 1.	4 081,9	86,2	53,9	3 941,8	3 285,9	536,8	119,1	609,7	649,7	1 591,2	165,2	270,1	116,8	286,7	971,7	255,3	62,4	229,8	5,9	508,2	65,8	6,6	
7. 2.	4 172,7	87,2	51,4	4 034,1	3 370,3	553,9	109,9	606,4	677,0	1 630,5	179,7	276,7	112,5	302,8	965,7	253,2	59,6	246,7	5,7	523,7	80,5	6,6	
15. 2.	4 277,4	88,8	47,7	4 140,9	3 474,5	563,2	103,2	644,3	713,8	1 633,7	199,7	283,0	100,9	313,7	964,3	245,5	66,9	264,7	5,1	512,6	73,7	7,8	

1) Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

2) Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

3) Noch unvollständige Angaben.

4) Ohne Meldung von Niedersachsen.

Wechselgeschäft
Beträge in Mill. DM

Berichtsmonat	Wechselbestand zu Beginn des Berichtsmonats	Während des Berichtsmonats angekaufte Wechsel				Verminderung des Wechselbestandes während des Berichtsmonats			Wechselbestand am Ende des Berichtsmonats			
		insgesamt	davon			insgesamt	davon		insgesamt	darunter		
			Handelwechsel	Bankakzepte	Sola- und sonstige Wechsel		durch Rediskont	durch Fälligkeit od. Rückgabe vor Verfall		eigene Akzepte	fremde Bankakzepte	Debitorenziehungen

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)
(Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken)

1948													
August	1011,1	1457,4	838,4	459,7	159,3	879,0	506,4	372,6	1589,5				
September	1588,9	1401,2	924,1	367,3	109,8	1146,5	658,4	488,1	1843,6				
Oktober	1852,0	1685,1	1056,2	459,0	169,9	1841,3	1104,0	737,3	1695,8				
November	1695,5	1671,2	1095,6	463,4	112,2	1872,8	1135,3	737,5	1493,9	373,1	138,0	107,1	
Dezember	1492,1	1804,0	1254,4	473,9	75,7	1664,7	1011,1	653,6	1631,4	407,8	113,2	94,5	

Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
(Repräsentativ-Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten)

1949													
2.1. — 7.1.	945,4	106,3	52,3	52,2	1,8	116,4	39,1	77,3	935,3	257,3	79,1	35,1	
8.1. — 15.1.	935,3	163,6	99,5	61,5	2,6	186,8	97,6	89,2	912,1	244,5	66,4	29,6	
16.1. — 23.1.	912,1	162,5	95,1	61,8	5,6	141,7	59,5	82,2	932,9	254,4	67,0	17,5	
24.1. — 31.1.	932,9	238,9	159,5	72,0	7,4	200,1	120,0	80,1	971,7	255,3	62,4	17,8	
1.2. — 7.2.	971,7	150,9	85,1	60,1	5,7	156,9	80,0	76,9	965,7	253,2	59,6	17,6	

Anmerkung: Die Abweichungen zwischen dem Wechselbestand am Ende des einen und dem Beginn des folgenden Berichtsmonats sind auf nachträgliche Korrekturreingänge zurückzuführen.

*) Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

Bargeldverkehr mit der Nichtbankenkundschaft¹⁾

Beträge in Mill. DM

Berichtsmonat	Bargeldverkehr insgesamt			Giro- und Kontokorrentverkehr						Sparverkehr		
	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo	Wirtschaftsunternehmen und Private			öffentliche Hand			Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo
				Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo			

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet*)
(Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken)

1948													
September	2 514,2	2 933,3	-419,1	2 211,6	2 321,0	-109,4	243,5	321,8	-78,3	59,1	290,5	-231,4	
Oktober	2 729,6	3 010,1	-280,5	2 407,5	2 437,3	-29,8	272,3	313,0	-40,7	49,8	259,8	-210,0	
November	2 861,8	2 891,0	-29,2	2 507,6	2 430,6	+ 77,0	306,1	290,4	+15,7	48,1	170,0	-121,9	
Dezember	3 381,5	3 557,4	-175,9	3 008,6	3 027,3	- 18,7	314,5	378,2	-63,7	58,4	151,9	- 93,5	

Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
(Repräsentativ-Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten)

1949													
2.1.- 7.1.	125,6	111,0	+ 14,6	109,8	98,0	+ 11,8	12,7	9,9	+ 2,8	3,1	3,1	—	
8.1.-15.1.	184,5	156,0	+ 28,5	151,4	129,2	+ 22,2	29,6	22,7	+ 6,9	3,5	3,5	- 0,6	
16.1.-23.1.	159,5	124,2	+ 34,3	135,0	113,8	+ 21,2	21,6	7,8	+13,8	2,9	2,9	- 0,7	
24.1.-31.1.	168,4	241,8	- 73,4	144,8	207,3	- 62,5	20,3	30,4	-10,1	3,3	4,1	- 0,8	
1.2.- 7.2.	163,0	152,0	+ 11,0	146,0	132,6	+ 13,4	13,1	15,5	- 2,4	3,9	3,6	—	

¹⁾ Ohne Postsparkassenämter.

*) Unberücksichtigt sind nur die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgegliedert nach Bankengruppen

Bankengruppen	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM					Überschußreserven (Reservefehlbeträge —) in Mill. DM					Überschußreserven in v. H.									
											der gesetzlichen Mindestreserven (Reserve-Soll)					der Gesamtsumme der Überschußreserven aller Bankengruppen				
	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	
1. Nachfolgeinstitute von Großbankfilialen	203,3	189,0	186,2	279,7	280,9	75,7	57,0	77,3	116,1	73,1	37,2	30,2	41,5	41,5	26,0	13,8	25,0	22,5	30,9	17,9
2. Regionalbanken	117,2	111,1	115,7	162,4	166,2	52,1	22,5	50,5	31,5	108,7	44,5	20,3	43,6	19,4	65,4	9,5	9,9	14,7	8,4	26,7
3. Privatbanken	23,4	22,1	22,1	34,0	34,8	3,2	1,0	4,5	2,7	3,3	13,7	4,5	20,4	7,9	9,5	0,6	0,4	1,3	0,7	0,8
4. Girozentralen	65,6	67,0	73,4	88,2	91,9	254,8	81,8	135,9	156,3	149,2	388,4	122,1	185,1	177,2	162,4	46,6	36,0	39,6	41,5	36,6
5. Sparkassen	300,2	266,0	258,2	327,5	330,2	77,6	26,3	38,0	21,9	32,2	25,8	9,9	14,7	6,7	9,8	14,2	11,5	11,1	5,8	7,9
6. Hypothekenbanken	0,5	0,7	0,5	0,8	1,1	0,5	0,6	0,6	1,0	2,0	100,0	85,7	120,0	125,0	166,7	0,1	0,3	0,2	0,3	0,5
7. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kreditgenossenschaften	73,8	54,2	59,4	71,4	75,2	20,3	4,9	6,2	5,4	5,6	27,5	9,0	10,4	7,6	7,4	3,7	2,1	1,8	1,4	1,4
8. Gewerbl. Zentralkassen	1,9	1,0	1,1	1,3	1,4	4,2	2,7	1,7	1,3	1,3	221,1	270,0	154,5	100,0	92,9	0,8	1,2	0,5	0,3	0,3
9. Gewerbl. Kreditgenossenschaften	57,6	53,4	52,2	67,2	66,8	4,3	0,1	1,2	— 2,6	0,3	7,5	0,2	2,3	— 3,9	0,4	0,8	—	0,3	— 0,7	0,1
10. Sonstige Geldinstitute	77,7	78,2	78,4	118,3	125,8	54,5	31,0	27,3	42,9	31,8	70,1	39,6	34,8	36,3	25,3	9,9	13,6	8,0	11,4	7,8
Bankengruppen insgesamt ¹⁾	921,1	842,7 ²⁾	847,2	1150,8	1174,3	547,2	227,9	343,2	376,5	407,5	59,4	27,0	40,5	32,7	34,7	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Abweichungen der Gesamt-Mindest- und Überschußreserven in der Tabelle gegenüber den entsprechenden, unter dem Strich ausgewiesenen Positionen im Konsolidierten Ausweis beruhen auf der Miteinbeziehung der Mindest- und Überschußreserven der Deutschen Verkehrskreditbank in die obige Berechnung sowie auf der Berücksichtigung von nach der Erstellung des Konsolidierten Ausweises eingegangenen Nachmeldungen.

²⁾ Die Senkung des Reserve-Solls ab Oktober ist auf die Streichung von 7/10 des Festkontos gemäß Nr. 65 (Festkontenentscheidung) zurückzuführen.

Mindestreservesätze

(in v. H. der reservspflichtigen Einlagen¹⁾)

Gültig ab	Sichteinlagen		Termineinlagen (einschließlich Spareinlagen)
	an Bankplätzen ²⁾	an Nichtbankplätzen	
1. Juli 1948	10	10	5
1. Dez. 1948	15	10	5

¹⁾ Reservspflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto sowie der geschätzte DM-Betrag

der noch nicht umgestellten RM-Konten. Abgesetzt werden die Einlagen solcher deutscher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken verpflichtet sind. Als Termineinlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat, alle Spareinlagen und die Einlagen auf Anlagekonto. Sichteinlagen sind alle übrigen Einlagen.

²⁾ Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

III. Sonstige Geld-
Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden
(in Prozenten)

	Bayern		Hessen		Württemberg-Baden ¹⁾		Bremen		Nordrhein-Westfalen ²⁾	
	Sollzinsen									
Zinssätze der Landeszentralbanken	5		5		5		5		5	
Diskontsatz	6		6		6		6		6	
Lombardsatz	Kreditkosten im einzelnen insgesamt		Kreditkosten im einzelnen insgesamt		Kreditkosten im einzelnen insgesamt		Kreditkosten im einzelnen insgesamt		Kreditkosten im einzelnen insgesamt	
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite										
Zinsen	7 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		7		6 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂	
Kreditprovision	1 ¹ / ₈ p. M.	9 ¹ / ₂	1 ¹ / ₄ p. M.	9 ¹ / ₂	1 ¹ / ₈ p. M.	9 ² / ₅	1 ¹ / ₄ p. M.	9 ¹ / ₂	1 ¹ / ₄ p. M.	9 ¹ / ₂
b) Kontoüberziehungen										
Zinsen	7 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		7		6 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂	
Überziehungsprovision	1 ¹ / ₈ p. T.	12	1 ¹ / ₈ p. T.	11	1 ¹ / ₈ p. T.	11 ¹ / ₂	1 ¹ / ₈ p. T.	11	1 ¹ / ₈ p. T.	11
2. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von DM 20.000 und höher										
Zinsen	6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6		5 ¹ / ₂ - 6		6 ¹ / ₂	
Diskontprovision	1 ⁰ / ₁₀₀ p. M.	7 ⁷ / ₁₀	1 ⁸ / ₁₀₀ p. M.	7	1 ¹² / ₁₀₀ p. M.	6 ¹ / ₂ - 7	1 ⁸ / ₁₀₀ p. M.	7 - 7 ¹ / ₂	1 ²⁴ / ₁₀₀ p. M.	7
b) Abschnitte von DM 5.000 bis 20.000										
Zinsen	6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6		5 ¹ / ₂ - 6		6 ¹ / ₂	
Diskontprovision	1 ⁰ / ₁₀₀ p. M.	7 ⁷ / ₁₀	1 ⁶ / ₁₀₀ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ¹² / ₁₀₀ p. M.	6 ¹ / ₂ - 7	1 ⁸ / ₁₀₀ p. M.	7 - 7 ¹ / ₂	1 ¹² / ₁₀₀ p. M.	7 ¹ / ₂
c) Abschnitte von DM 1.000 bis 5.000										
Zinsen	6 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6		5 ¹ / ₂ - 6		6 ¹ / ₂	
Diskontprovision	1 ⁸ / ₁₀₀ p. M.	8	1 ⁸ / ₁₀₀ p. M.	8	1 ⁸ / ₁₀₀ p. M.	7 - 7 ¹ / ₂	1 ⁶ / ₁₀₀ p. M.	7 ¹ / ₂ - 8	1 ⁸ / ₁₀₀ p. M.	8
d) Abschnitte unter DM 1.000										
Zinsen	6 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6		5 ¹ / ₂ - 6		6 ¹ / ₂	
Diskontprovision	1 ⁶ / ₁₀₀ p. M.	8 ¹ / ₂	1 ⁶ / ₁₀₀ p. M.	8 ¹ / ₂	1 ⁶ / ₁₀₀ p. M.	7 ¹ / ₂ - 8	1 ⁴ / ₁₀₀ p. M.	8 ¹ / ₂ - 9	1 ⁶ / ₁₀₀ p. M.	8 ¹ / ₂
3. Akzeptkredite										
Zinsen	6 - 7		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	
Akzeptprovision	1 ⁶ / ₁₀₀ p. M.	8 - 9	1 ⁴ / ₁₀₀ p. M.	8 ¹ / ₂ - 9 ¹ / ₂	1 ⁶ / ₁₀₀ p. M.	8 ¹ / ₂	1 ⁴ / ₁₀₀ p. M.	8 ¹ / ₂ - 9 ¹ / ₂	1 ⁴ / ₁₀₀ p. M.	8 ¹ / ₂ - 9 ¹ / ₂
4. Akzept- und Trattenkredite für Export- und Importfinanzierung										
a) für allg. Warengeschäfte										
Zinsen	6		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	
Kreditprovision	1 ⁶ / ₁₀₀ p. M.	8	1 ⁵ / ₁₀₀ p. M.	7 ⁹ / ₁₀ - 8 ⁹ / ₁₀	1 ⁶ / ₁₀₀ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ⁶ / ₁₀₀ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ⁵ / ₁₀₀ p. M.	7 ⁹ / ₁₀ - 8 ⁹ / ₁₀
b) zur Finanzierung bevorzugter Warengruppen										
Zinsen	keine Vereinbarung		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen	
Kreditprovision			1 ⁶ / ₁₀₀ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ⁶ / ₁₀₀ p. M.	7 ¹ / ₂				
c) zur Finanzierung v. Importen v. Getreide, Getreiderzeugn., Futtermittel usw.										
Zinsen	L. Z. B.-Diskontsatz + 1 ⁰ / ₁₀₀		5		5		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	
Kreditprovision	1 ⁸ / ₁₀₀ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ⁸ / ₁₀₀ p. M.	6 ¹ / ₂	1 ⁸ / ₁₀₀ p. M.	6 ¹ / ₂	1 ⁸ / ₁₀₀ p. M.	7 ⁰	1 ⁶ / ₁₀₀ p. M.	7 ¹ / ₂ - 8 ¹ / ₂
5. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	6 - 7		6 ¹ / ₂ - 7 ¹ / ₂		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung	
Kreditprovision	1 ⁶ / ₁₀₀ p. M.	8 - 9	1 ⁴ / ₁₀₀ p. M.	9 ¹ / ₂ - 10 ¹ / ₂						
Umsatzprovision	1 ⁸ / ₁₀₀ pr. Semester, minst. v. 3fachen des Höchstumsatzes		1 ⁸ / ₁₀₀ mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal		keine Angabe		1 ² / ₁₀₀ d. größeren Seite abzüglich Saldo vortrag, minst. 1 ² / ₁₀₀ pro Semest. a. Kreditbetrag		1 ⁰ / ₁₀₀ vom Umsatz der größ. Seite unter d. üblichen Bedingungen	
Mindestdiskontspesen	DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
Domizilprovision	1 ⁰ / ₁₀₀ min. DM - .50		1 ² / ₁₀₀ min. DM - .50		1 ² / ₁₀₀		1 ² / ₁₀₀		1 ² / ₁₀₀ min. DM - .50	

¹⁾ Abweichungen meldepflichtig ²⁾ bis 31. 3. 1949 verbindliche Mindestsätze bei Importen und angeordneter Vorratshaltung von Lebensmitteln, Saatgut und Düngemitteln ist Unterschreitung zulässig ³⁾ Sätze nur für Lübeckgültig ⁴⁾ Exportkredite ⁵⁾ Importkredite ⁶⁾ für Mineralöle nur „Erste Hand“

und Kreditstatistik

Zinskonditionen - Stand am 31. Januar 1949

jährlich)

Niedersachsen		Schleswig-Holstein ⁹⁾		Hamburg		Rheinland-Pfalz		Baden		Württemberg-Hohenzollern	
Sollzinsen											
5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen	
insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt	insge- samt
$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}\%$ p. M.	$9\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}\%$ p. M.	$9\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}\%$ p. M.	$9\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{5}\%$ p. M.	$8\frac{2}{5}$	6 $\frac{1}{4}\%$ p. M.	9	6 $\frac{1}{4}\%$ p. M.	9
$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. T.	11	$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. T.	11	$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. T.	11	6 $\frac{1}{8}\%$ p. T.	$10\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{8}\%$ p. T.	$10\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{8}\%$ p. T.	$10\frac{1}{2}$
$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. M.	8	$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. M.	8	$5\frac{1}{2}-6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. M.	7-8	6 $\frac{1}{24}\%$ p. M.	$6\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{8}\%$ p. M.	$6\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{8}\%$ p. M.	$6\frac{1}{2}$
$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. M.	8	$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. M.	8	$5\frac{1}{2}-6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. M.	7-8	6 $\frac{1}{24}-\frac{1}{12}\%$ p. M.	$6\frac{1}{2}-7$	5 $\frac{1}{8}\%$ p. M.	$6\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{12}\%$ p. M.	7
$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{6}\%$ p. M.	$8\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{6}\%$ p. M.	$8\frac{1}{2}$	$5\frac{1}{2}-6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{6}\%$ p. M.	$7\frac{1}{2}-8\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{8}\%$ p. M.	$7\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{6}\%$ p. M.	7	6 $\frac{1}{8}\%$ p. M.	$7\frac{1}{2}$
$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{5}\%$ p. M.	$8\frac{9}{10}$	$6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{5}\%$ p. M.	$9\frac{1}{2}$	$5\frac{1}{2}-6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{5}\%$ p. M.	$8\frac{1}{2}-9\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{6}\%$ p. M.	8	5 $\frac{1}{4}\%$ p. M.	8	6 $\frac{1}{6}\%$ p. M.	8
$5\frac{1}{2}-6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}\%$ p. M.	$8\frac{1}{2}-9\frac{1}{2}$	$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}\%$ p. M.	$8\frac{1}{2}$	$5\frac{1}{2}-6\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}\%$ p. M.	$8\frac{1}{2}-9\frac{1}{2}$	$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{6}\%$ p. M.	$7\frac{1}{2}$	5-6 $\frac{1}{8}-\frac{1}{4}\%$ p. M.	$6\frac{1}{2}-9$	$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{6}\%$ p. M.	$7\frac{1}{2}$
$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{6}\%$ p. M.	$7\frac{1}{2}$ ⁴⁾	$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{6}\%$ p. M.	$7\frac{1}{2}$	$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{6}\%$ p. M.	$7\frac{1}{2}$	5 $\frac{1}{6}\%$ p. M.	7	5-6 $\frac{1}{5}-\frac{1}{4}\%$ p. M.	$7\frac{2}{5}-9$	5 $\frac{1}{6}\%$ p. M.	7
$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{5}\%$ p. M.	$7\frac{9}{10}$ ⁵⁾	keine Vereinbarung		$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{24}\%$ p. M.	6^0	keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen	
keine Vereinbarung		$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. M.	7	$5\frac{1}{2}$ $\frac{1}{8}\%$ p. M.	7	keine besonderen Vereinbarungen		5 $\frac{1}{6}\%$ p. M.	7	5 $\frac{1}{8}\%$ p. M.	$6\frac{1}{2}$
keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		6 $\frac{1}{5}\%$ p. M.	$8\frac{2}{5}$	6 $\frac{1}{4}\%$ p. M.	9	nicht einheitlich geregelt	
$1\frac{0}{100}$		$1\frac{1}{2}\%$ vom Um- satz der größ. Seite		$\frac{1}{2}\%$ v. d. größeren Seite (ohne Saldo vortrag u. ohne d. übl. freizustellend. Post.)		$\frac{1}{8}\%$ v. d. größ. Seite mindest. a. d. zweifache Höchstschild p. Quartal		$1\frac{0}{100}$ mindestens a. d. $2\frac{1}{2}$ fache Höchstsoll pro Quartal		$1\frac{0}{100}$ vom dreifachen Kredit pro Halbjahr	
DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
$\frac{1}{2}\%$ min. DM -50		$\frac{1}{2}\%$ min. DM -50		nicht festgesetzt		$\frac{1}{2}\%$ min. DM -50		$\frac{1}{2}\%$ min. DM -50		$\frac{1}{2}\%$ min. DM -50	

Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden

(in Prozenten)

	Bayern	Hessen	Württemberg-Baden ¹⁾	Bremen	Nordrhein-Westfalen ²⁾
Habenzinsen					
1. für täglich fällige Gelder					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	2	2	1 ¹ / ₂	1 ³ / ₄	2
2. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2	2 ¹ / ₂
b) mit 6—12monatiger Kündigungsfrist	3	3	3	3	3
c) mit über 12monatiger Kündigungsfrist	4	4	3 ¹ / ₂	4	4
3. für Kündigungsgelder					
a) 1— 3 Monate	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2 ³ / ₈	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄
b) 3— 6 Monate	2 ¹ / ₂	2 ³ / ₄	2 ⁵ / ₈	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂
c) 6—12 Monate	2 ³ / ₄	3	2 ⁷ / ₈	2 ⁷ / ₈	2 ⁷ / ₈
d) über 12 Monate	3 ³ / ₄	3 ³ / ₄	3 ³ / ₈	3 ³ / ₄	3 ³ / ₄
4. für Festgelder					
a) bis 89 Tage	2	keine Vereinbarungen	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄	2 ¹ / ₄
b) bis 179 Tage	2 ¹ / ₄		2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂	2 ¹ / ₂
c) bis 359 Tage	2 ¹ / ₂		2 ³ / ₄	2 ³ / ₄	2 ³ / ₄
d) über 359 Tage	3 ¹ / ₂		3 ¹ / ₄	3 ¹ / ₂	3 ¹ / ₂
Zinsvoraus bei Genossenschaften und Privatbanken	nicht festgesetzt	1/4	nicht festgesetzt	1/4 höchstens	1/4

¹⁾ Abweichungen meldepflichtig

²⁾ bis 31. 3. 1949 verbindliche Mindestsätze

³⁾ Sätze nur für Lübeck gültig

⁴⁾ der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1¹/₄%

⁵⁾ der Bankierkundschaft 1¹/₄%

Kursdurchschnitt der 4%igen Schuldverschreibungen

(Börsen: Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, München, Stuttgart)

Zeit	Pfandbriefe		Kommunalobligationen		Stadtanleihen	Industrieobligationen	Gesamtdurchschnitt
	Hypothekensbanken	öffentlich-rechtliche	Hypothekensbanken	öffentlich-rechtliche			
1936 M.-D.	88,9	89,6	90,6	89,2	88,4	93,3	90,0
1937 „	93,7	90,8	93,5	93,3	97,6	97,1	95,0
1938 „	95,2	94,9	94,5	94,7	94,9	97,5	95,6
1939 „	92,0	92,2	92,1	92,0	93,4	94,8	92,7
1940 „	98,9	98,4	99,7	98,0	98,8	105,3	100,2
1941 „	101,5	101,7	101,4	101,6	102,3	107,6	102,8
1942 „	102,5	102,6	102,4	102,5	103,3	103,7	102,8
1943 „	102,5	102,5	102,5	102,8	104,8	105,7	103,2
1944 „	102,5	102,5	102,5	102,9	105,4	107,2	103,6
1948 15. August	9,16	9,14	8,13	8,28	7,47	7,35	8,67
31. „	9,11	9,02	8,10	8,23	7,38	7,27	8,60
15. September	8,99	8,99	8,05	8,15	7,38	7,07	8,48
30. „	8,14	8,75	7,75	7,96	7,42	6,90	7,92
15. Oktober	7,82	8,08	7,33	7,58	7,42	6,61	7,56
31. „	7,83	8,01	7,20	7,52	7,45	6,66	7,56
15. November	7,14	7,73	6,80	7,33	7,42	6,30	7,04
30. „	6,98	7,36	6,45	7,17	7,41	5,88	6,79
15. Dezember	6,97	7,28	6,43	7,04	7,41	5,40	6,67
31. „	7,58	7,68	6,60	7,38	7,41	5,77	7,16
1949 15. Januar	7,65	7,73	6,62	7,38	7,31	5,89	7,24
31. „	8,05	8,03	6,98	7,79	7,39	6,25	7,61

¹⁾ Berliner Börse, neu berechnet.

Zinskonditionen - Stand am 31. Januar 1949

jährlich)

Niedersachsen	Schleswig-Holstein ³⁾	Hamburg	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern
Habenzinsen					
1	1	1 ⁴⁾	1	1 ⁵⁾	1
1 ^{3/4}	1	1 ^{1/2}	2	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}
2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}
3	3	3	3	3	2 ^{3/4}
4	4	4	4	4	3 ^{1/4}
2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2
2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/4}
2 ^{7/8}	2 ^{7/8}	2 ^{7/8}	2 ^{7/8}	2 ^{7/8}	2 ^{1/2}
3 ^{3/4}	3 ^{3/4}	3 ^{3/4}	3 ^{3/4}	3 ^{3/4}	3
2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2
2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/4}
2 ^{3/4}	2 ^{3/4}	2 ^{3/4}	2 ^{3/4}	2 ^{3/4}	2 ^{1/2}
3 ^{1/2}	3 ^{1/2}	3 ^{1/2}	3 ^{1/2}	3 ^{1/2}	3
1/4	besondere Festsätze	nicht festgesetzt	nicht festgesetzt	nicht festgesetzt	1/4

Wertpapierkurse an der Frankfurter Börse

Monatsdurchschnitt

	1948						1949
	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Adlerwerke	20,50	19,00	17,16	20,69	24,97	23,31	23,39
B. M. W.	18,31	17,02	16,11	20,07	23,00	20,69	20,56
Contigummi	54,25	47,56	44,79	51,99	57,07	53,05	51,40
Gutehoffnungshütte	39,31	31,33	33,92	33,49	30,49	25,53	23,96
Löwenbräu München	56,50	53,19	55,15	55,90	56,66	48,64	48,31
R. W. E.	54,00	44,69	42,68	44,02	44,37	36,02	35,92
Süddeutsche Zucker	54,75	54,27	54,88	55,26	65,79	63,41	62,12
Commerzbank	10,44	7,97	8,14	7,46	7,41	6,70	6,64
Deutsche Bank	8,31	6,72	6,63	6,73	6,78	6,40	6,31
Dresdner Bank	9,09	6,66	6,43	5,90	6,72	6,43	6,37
4% Frankfurter Hyp.-Bank-Pfbr.	9,40	9,12	8,56	7,55	7,00	7,03	7,68
4% Bayr.Hyp.- u. Wechselbank G.-Pfbr.	9,58	9,51	9,51	8,10	7,69	7,65	7,82
4% Degussa-Obl. v. 1943	8,85	8,61	8,41	8,19	7,84	7,57	7,79

IV. Öffentliche Finanzen
Das Steueraufkommen der Länder im Währungsgebiet
in Mill. RM bzw. DM

	Rechnungsjahr 1947/48	1 9 4 8									
		April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
1. Vereinigtes Wirtschaftsgebiet											
a) Besitz- und Verkehrssteuern	10 293,8	1 382,0	853,6	1 298,8	189,6	516,3	574,2	787,9	846,4	789,4	
b) Verbrauchssteuern und Zölle	2 464,0	200,8	219,4	384,8	18,1	101,6	150,9	202,1	273,0	211,3	
Insgesamt	12 757,8	1 582,8	1 073,0	1 683,6	207,7	617,9	725,1	990,0	1 119,4	1 000,7	
2. Französische Zone											
a) Besitz- und Verkehrssteuern	1 066,9	150,6	108,7	72,7	14,7	41,9	47,2	72,2	82,7	—	
b) Verbrauchssteuern und Zölle	512,4	40,1	29,3	31,9	2,1	12,0	15,0	28,1	27,7	—	
Insgesamt	1 579,3	190,7	138,0	104,6¹⁾	16,8	53,9	62,2	100,3	110,4	²⁾	
3. Währungsgebiet (1 + 2)											
a) Besitz- und Verkehrssteuern	11 360,7	1 532,6	962,3	1 371,5	204,3	558,2	621,4	860,1	929,1	—	
b) Verbrauchssteuern und Zölle	2 976,4	240,9	248,7	416,7	20,2	113,6	165,9	230,2	300,7	—	
Insgesamt	14 337,1	1 773,5	1 211,0	1 788,2¹⁾	224,5	671,8	787,3	1 090,3	1 229,8	²⁾	

¹⁾ Ohne Rheinland-Pfalz

²⁾ Nicht verfügbar

V. Produktion, Umsatz und Preise - Index der industriellen Produktion (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

1936 = 100

Zeit	Gesamt-Index	Investitionsgüter-Industrien								
		Insgesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen							
			Eisenerz Fe-Gehalt	Eisen und Stahl	NE-Metalle	Steine und Erden	Säge- und Holzindustrie	Ma-schinenbau	Fahr-zeugbau	Elektro-technische Industrie
1946 M.-D.	34,4
1947 M.-D.	39,2	28,8	58,9	20,1	23,5	35,3	62,1	32,2	15,3	59,3
1948 Januar	46,8	34,6	79,5	25,1	28,4	37,2	59,1	38,9	20,3	67,5
Februar	47,3	36,0	71,9	23,7	28,3	36,2	56,0	42,7	23,3	72,7
März	50,7	38,6	81,2	26,9	29,4	41,6	57,0	44,4	25,7	83,6
April	52,9	41,7	97,1	28,8	33,9	47,2	66,0	45,5	27,3	93,1
Mai	47,0	36,9	83,7	25,7	29,0	48,3	68,5	39,7	22,1	72,0
Juni	51,1	39,7	90,1	30,2	31,3	57,5	58,7	41,6	26,3	81,2
Juli	61,2	50,2	109,3	37,6	49,0	72,9	70,3	48,4	41,1	94,5
August	64,9	55,3	106,6	40,9	54,4	83,5	79,9	50,9	42,0	111,7
September	70,0	61,4	104,9	43,7	60,1	87,0	88,5	58,9	52,1	129,6
Oktober	73,7	65,5	110,3	48,1	60,9	90,0	98,2	63,2	58,5	141,9
November	75,4	68,4	110,7	47,9	63,6	85,5	99,1	71,3	62,9	153,3
Dezember	78,8	71,0	114,5	50,9	65,9	76,2	99,0	70,8	68,7	165,3
1949 Januar ¹⁾	80,4	71,3	115,1	51,9	65,9	66,6	104,2	72,2	69,4	170,6

Zeit	Allgemeine Produktionsgüter-Industrien					Verbrauchsgüter-Industrien						
	Insgesamt	darunter ausgewählte Ind.-Grupp.				Insgesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen					
		Kohle	Strom	Gas	Chemie		Papier- Erzeugung	Leder- Erzeugung	Textilien (ohne Kunstseide u. Zellwolle)	Keramik	Bereifung u. sonstige Kautschukwaren	Schuhe
1946 M.-D.
1947 M.-D.	64,7	65,2	111,3	47,9	40,2	33,3	30,7	29,0	27,5	38,6	48,3	34,8
1948 Januar	76,8	73,0	142,2	57,7	46,3	39,8	38,2	32,9	31,8	46,3	60,2	40,9
Februar	73,6	70,0	129,7	57,1	48,2	42,6	40,1	33,0	34,6	50,3	70,1	44,6
März	79,9	77,8	136,3	63,1	52,8	44,6	41,0	33,7	36,4	52,1	71,2	46,0
April	79,4	76,2	131,4	63,3	55,6	47,9	45,3	32,8	39,0	52,4	79,4	47,4
Mai	72,7	66,1	121,3	64,5	51,8	40,5	36,4	27,8	32,2	48,8	61,7	35,5
Juni	77,6	79,5	121,3	64,5	53,1	44,8	42,6	28,8	36,2	51,9	63,8	28,6
Juli	84,7	83,4	126,1	69,2	64,5	58,3	58,2	49,1	48,1	67,9	90,2	61,1
August	85,8	81,1	129,1	70,6	67,6	62,8	59,9	56,7	53,4	75,3	92,3	64,0
September	90,5	82,5	145,3	70,2	70,4	66,2	63,9	55,2	55,5	80,1	96,8	72,4
Oktober	93,6	85,9	150,1	73,8	71,8	69,6	66,8	54,5	59,3	87,8	99,4	76,6
November	94,1	83,8	150,7	74,3	75,2	69,7	67,5	52,7	57,9	91,0	97,2	73,8
Dezember	99,2	88,6	166,1	79,5	75,6	73,0	69,4	58,2	61,9	96,8	100,9	75,7
1949 Januar ¹⁾	101,8	89,7	169,0	80,6	78,8	76,6	72,4	61,1	64,7	96,5	100,9	78,9

¹⁾ Vorläufige Zahlen

Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

Eisen- und Stahlerzeugung (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) in 1000 t

Zeit	Steinkohlenförderung		Ausfuhrüberschuß	
	im Monat in 1000 t	arbeits-täglich in 1000 t	Steinkohle in 1000 t	Koks in 1000 t
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.
1947 M.-D.	5 927	234,7	.	.
1948 Januar	6 624	254,8	4 208	2 656
Februar	6 423	267,6		
März	7 203	288,1		
April	6 980	268,5		
Mai	5 931	265,8		
Juni	7 412	285,1		
Juli	7 761	287,4	786	675
August	7 456	286,8	627	662
September	7 567	291,0	743	631
Oktober	7 865	302,5	733	620
November	7 715	308,6	697	628
Dezember	8 096	311,4	632	626
1949 Januar	8 204	328,2		

Zeit	Roheisen	Rohstahl	Walzwerks-erzeugnisse ¹⁾
1946 M.-D.	173	207	162
1947 "	189	246	175
1948 Januar	266	304	215
Februar	262	299	198
März	297	343	223
April	313	363	241
Mai	313	324	211
Juni	336	378	253
Juli	402	457	320
August	434	510	345
September	469	572	363
Oktober	511	610	403
November	494	599	407
Dezember	514	612	439
1949 Januar	547	651	439

¹⁾ ohne unbearbeitetes Halbzeug

Arbeitsmarkt
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

Zeit	Erwerbstätige in 1000	Arbeitslose in 1000	Offene Stellen in 1000	Arbeitslosen- und Arbeits- losenfürsorgeunterstützungs- empfänger in 1000
1948 31. März	16 074,8	462,5	682,8	.
31. Mai	.	439,1	724,6	13
30. Juni	16 423,9	441,6	604,9	15
31. Juli	.	650,5	245,0	79
31. August	.	768,2	235,4	208
30. September	16 380,6	767,8	260,1	265
31. Oktober	.	723,2	268,8	288
30. November	.	701,1	245,2	311
31. Dezember	16 595,3	742,9	200,7	377
1949 31. Januar	.	944,2	.	519

Verkehrsentwicklung (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

Zeit	Eisenbahn						Binnen- schifffahrt
	Durchschnitt- liche arbeits- tägliche Gü- terwagen- gestellung	Umlaufzeit der Güterwagen in Tagen	beförderte Güter in 1000 t	beförderte Personen in 1000	betriebs- fähige Güterwagen in 1000	betriebs- fähige Dampf- lokomotiven in 1000	beförderte Güter in 1000 t
1947 M.-D.	29 900	7,7	11 133,0	123 500	220,2	6,2	2 367
1948 Januar	32 814	7,6	12 168,3	131 285	236,5	6,5	2 305
Februar	34 235	7,2	11 579,7	128 956	235,9	6,5	2 984
März	36 059	7,1	12 935,1	144 286	237,5	6,6	3 885
April	36 561	6,6	13 987,2	140 163	228,3	6,7	4 432
Mai	37 812	6,9	12 538,0	155 400	226,0	6,8	3 821
Juni	37 444	6,2	13 757,4	140 015	234,1	6,9	4 724
Juli	40 946	5,7	15 911,4	86 090	233,0	7,0	4 721
August	43 439	5,6	15 578,7	100 942	235,0	7,3	4 709
September	44 631	5,2	15 930,8	99 864	235,4	7,4	4 866
Oktober	46 086	5,2	16 772,5	109 329	235,5	7,6	4 497
November	48 418	5,1	16 521,5	111 335	243,4	7,8	4 245
Dezember	44 885	5,5	15 791,5	107 402	247,9	7,9	3 506
1949 Januar	45 857	5,4	15 500,0 ¹⁾	116 967	243,2	7,8	.

¹⁾ Vorläufige Zahlen.

Außenhandel (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) in Mill. RM, ab Juli 1948 in Mill. DM

Zeit	Einfuhr (Kategorie A+B)			Ausfuhr			Einfuhr- überschuß
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		
		Ernährungs- güter	gewerbl. Güter		Ernährungs- güter	gewerbl. Güter	
1948 Januar	116,3	71,7	44,7	43,0	1,9	41,1	73,3
Februar	145,1	94,7	50,3	67,7	10,8	56,9	77,4
März	148,2	89,8	58,4	77,4	7,3	70,2	70,8
April	204,6	126,3	78,3	97,2	2,9	94,3	107,4
Mai	226,5	145,0	81,4	89,6	3,5	86,1	136,9
Juni	330,1	219,7	110,4	109,6	1,0	108,6	220,5
Juli	290,9	177,8	113,2	170,5	0,5	170,0	120,4
August	331,4	188,0	143,4	223,5	1,4	222,1	107,9
September	364,2	228,0	136,3	205,8	0,4	205,3	158,4
Oktober	218,3	108,0	110,2	216,5	1,1	215,4	1,8
November	302,7	149,4	153,3	225,8	4,3	221,6	76,9
Dezember	485,5	226,6	258,9	290,2	13,5	276,7	195,3
Insgesamt	3163,8	1825,0	1338,8	1816,8	48,6	1768,3	1347,0
1949 Januar	315,3	147,0	168,3	253,9	12,4	241,5	61,4

Index der Grundstoffpreise
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)
1938 = 100

Zeit	insgesamt	davon	
		Nahrungsmittel	Industriestoffe (Rohstoffe und Halbzeuge)
1948 Juni ¹⁾	154,8	123,5	175,6
Juli	158,6	127,2	179,3
August	171,9	129,2	200,3
September	178,8	132,2	209,9
Oktober	187,7	148,6	213,7
November	190,1	150,6	216,5
Dezember	191,2	151,1	218,0
1949 Januar	190,6	152,2	216,2

¹⁾ Monatsmitte

Großhandelspreisindexziffern
wichtiger Länder

Zeit	Vereingte Staaten	Großbritannien	Frankreich	Vereinigtes Wirtschaftsgebiet (Grundstoffpreise)
1944 M.-D.	136	171	265	.
1945 „	138	174	375	.
1946 „	158	180	648	.
1947 „	198	197	989	.
1948 Januar	214	218	1463	.
Februar	208	223	1537	.
März	211	223	1536	.
April	214	225	1555	.
Mai	215	227	1653	.
Juni	218	228	1691	154,8
Juli	220	228	1698	158,6
August	220	227	1783	171,9
September	220	226	1791	178,8
Oktober	216	226	1884	187,7
November	215	227	1974	190,1
Dezember	.	227	1971	191,2
1949 Januar	.	.	.	190,6

Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren
(Durchschnittspreise)

Zeit	Weizen Chicago 1 Bushel = 60 lbs. \$	Mais Chicago 1 Bushel = 56 lbs. \$	Kaffee New York 1 lb. \$ cents	Zucker New York 1 lb. \$ cents	Schweine Chicago 100 lb. \$	Baumwolle New Orleans 1 lb. \$ cents	Kautschuk New York 1 lb. \$	Kupfer New York 1 lb. \$ cents	Zinn New York 1 lb. \$ cents	Blei New York 1 lb. \$ cents	Zink St. Louis 1 lb. \$ cents	Erdöl, roh Pennsylvan. 1 Barrel = 1,59 hl. \$
1946	1,98	1,63 ^{3/4}	17,61 ^{1/8}	4,43 ^{3/8}	18,68 ^{3/4}	29,57 ^{1/2}	0,22 ^{1/2}	13,06 ^{1/4}	52,00	7,68 ^{3/4}	8,81 ^{1/4}	3,15 ^{1/4}
1947	2,62	2,17	26,62 ^{1/2}	6,21	24,85	32,39	0,21	21,04	78,33	14,67	10,50	4,29
1948 Januar	3,20	2,81	26,50	5,60	27,50	33,70	0,22 ^{1/4}	21,37 ^{1/2}	94,00	15,00	10,50	5,00
Februar	2,53 ^{1/2}	2,07 ^{1/4}	26,25	5,50	22,45	30,20	0,20 ^{1/2}	21,37 ^{1/2}	94,00	15,00	12,00	5,00
März	2,56 ^{1/2}	2,37	26,25	5,45	23,05	31,65	0,20	21,37 ^{1/2}	94,00	15,00	12,00	5,00
April	2,61 ^{3/4}	2,42	26,50	5,37	20,45	35,35	0,23	21,37 ^{1/2}	94,00	17,50	12,00	5,00
Mai	2,49	2,36 ^{3/4}	27,00	5,15	19,20	35,65	0,23 ^{1/2}	21,37 ^{1/2}	94,00	17,50	12,00	5,00
Juni	2,39 ^{1/2}	2,33	27,00	5,20	23,35	35,15	0,22 ^{7/8}	21,37 ^{1/2}	103,00	17,50	12,00	5,00
Juli	2,29 ^{1/2}	2,20	27,00	5,70	25,65	30,50	0,23	21,37 ^{1/2}	103,00	17,50	12,00	5,00
August	2,21 ^{1/4}	2,07	27,00	5,78	27,40	28,05	0,23	23,37 ^{1/2}	103,00	19,50	15,00	5,00
September	2,25 ^{1/2}	1,95	26,50	5,65	27,50	31,15	0,27 ^{7/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	19,50	15,00	5,00
Oktober	2,26	1,55	27,00	5,60	25,50	27,85	0,22 ^{5/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	19,50	15,00	5,00
November	2,26 ^{1/2}	1,39	27,25	5,68	21,25	29,05	0,19 ^{3/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	15,50	5,00
Dezember	2,26 ^{1/2}	1,45	27,00	5,60	20,55	29,80	0,18 ^{3/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	17,50	5,00
1949 Januar	2,34	1,44 ^{1/4}	27,00	5,70	19,90	30,30	0,19 ^{1/4}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	17,50	4,50



Druckfehler-Berichtigung

In der Januar-Ausgabe sind folgende Druckfehler zu berichtigen:

1. Seite 15, linke Spalte, 8. bis 10. Zeile von unten, muß es heißen: „Da die Berechnung des Reserve-Solls (Mindestguthaben)“ anstatt: „Da die Berechnung des Reserve-Solls und der Mindestguthaben“
2. Seite 46 in der Spalte „Bayern“ muß es bei 2b) Diskontprovision heißen: „1⁰/100 p.M.“ anstatt: „1⁰/10 p.M.“.
3. Seite 50 : der Tabelle „Index der industriellen Produktion“, Spalte „Eisen und Stahl“ muß es bei 1947 M.-D. heißen: „20,1“ anstatt: „41,1“.

Druckerei Otto Lembeck, Frankfurt am Main und Butzbach

-3. 49. 8500.